

Daniel Clarke-Serret : „PAX ARABICA“

(Übersetzung in das Deutsche, von : Dr. Lothar Riemenschneider)

Vorwort, von NACHUM KAPLAN

Als Daniel Clarke-Serret mich einlud, ein Vorwort zu „Pax Arabica“ zu schreiben, fragte ich mich: Warum ist ein Buch wie dieses wichtig? Was bewegt mich als Journalist und Politischer Kommentator dazu, meine Stimme zu erheben?

Die Antwort ist einfach. Das Buch steht für Schreiben und Denken auf höchstem Niveau. Daniel liefert eine umfassende und akribisch argumentierte Anklage gegen den arabisierten Islam als imperialistische Kraft.

Kolonialismus wurde viel zu lange als eine rein „westliche“ Sünde betrachtet, an der sich nur Nationen beteiligt hätten. Daniel zeigt, dass der arabisierte Islam selbst, ob säkularisiert oder offener religiös, die größte koloniale und expansionistische Kraft der Geschichte ist.

Es gibt Bücher, die dem Gewissen des Lesers schmeicheln, und es gibt solche, die es konfrontieren. „Pax Arabica“ gehört eindeutig zur letzteren Kategorie. Daniels Darstellung ist konfrontativ, ja – aber auch zutiefst ehrlich. Dieses Buch argumentiert überzeugend, dass es in den Konflikten des Nahen Ostens weniger um Grenzen geht als vielmehr um die *moralische Landkarte*, anhand derer sich die moderne Welt orientiert – und dabei verliert.

Daniel schreibt nicht als distanzierter Akademiker, der die Geschichte aus den Augen verloren hat, sondern als moralischer Archäologe, der das freilegt, was die höfliche Diplomatie lieber vergräbt. „Pax Arabica“ bietet eine disziplinierte und schonungslose Analyse der ideologischen und strukturellen Kräfte, die dem arabischen Imperialismus zugrunde liegen.

„Pax Arabica“ schildert nicht einfach nur Ereignisse – es legt die darunter liegende zivilisatorische Grammatik offen. Es verfolgt, wie das Vokabular des so genannten „Antikolonialismus“ instrumentalisiert wurde, um ältere Kolonialismen auszulöschen; wie die Rhetorik des „Friedens“ zu einer Beschönigung für gelenkte Feindseligkeit wurde; und wie die Kriege der arabischen Welt gegen Israel nicht allein durch Ressentiments aufrechterhalten wurden, sondern durch eine ideologische Infrastruktur, die das Ressentiment selbst mit Lügen wie „Völkermord“ und „Apartheid“ legitimiert.

Dieses Werk ist auch ein Zeugnis intellektuellen Mutes: die Weigerung, westliche Selbsttäuschung über den „Nahen Osten“ zu einem Dogma erstarren zu lassen. Es stellt unbequeme Fragen wie:

- Was wurde mit indigenen Minderheiten im Nahen Osten getan?**
- Welche Art von Frieden ruht auf Schweigen und Vertreibung?**
- Und welchen Preis zahlt der Westen dafür, dass er rhetorische Nachgiebigkeit der ehrlichen Konfrontation vorzieht?**

Besonders wertvoll ist die Art und Weise, wie das Buch den Nahostkonflikt als weit mehr als den „israelisch-palästinensischen“ Konflikt betrachtet, der den westlichen Diskurs über die Region dominiert.

Von Kurden, Jesiden, Juden, Schwarzafricanern und anderen – die arabisch-islamische Expansion und der heimtückische Sklavenhandel, der sie ermöglichte, werden schonungslos offengelegt. Der Autor ordnet zudem nichtstaatliche Akteure wie den IS in den größeren Kontext des Imperialismus ein.

Ich ermutige Sie, sich mit „Pax Arabica“ nicht als passiver Leser, sondern als aktiver Teilnehmer an der Suche nach Klarheit auseinanderzusetzen. Lassen Sie sich von dem Buch zum Nachdenken anregen, Ihre Annahmen hinterfragen und Ihr moralisches Empfinden schärfen. Dann fragen Sie sich: Was mache ich mit dem, was ich jetzt sehe? Wo stehe ich? Was werde ich ablehnen?

Jeder Leser, der so handelt, wird mit weniger Illusionen und einem erneuerten Engagement für echten Frieden hervorgehen – nicht für einen Frieden, der auf Mythen und Verdrängung beruht, sondern auf Wahrheit, Verantwortlichkeit und Menschenwürde.

— Nachum Kaplan, November 2025

Einleitung

ES IST AN DER ZEIT, DIE ERZÄHLWEISE (das „Narrativ“) ZU ÄNDERN!

Ich kann mich nicht länger zurückhalten. Die Zeit der Manipulation ist vorbei.

Ich kann nicht länger mit ungläubigen Ohren dasitzen und mir eine Lüge nach der anderen Seitens der arabischen Tyrannie und ihrer Apologeten anhören.

Ich kann nicht länger ruhig bleiben, während die scheinbar Gebildeten und Weltgewandten einem der abscheulichsten Imperien der modernen Geschichte huldigen.

Wie immer hat es Jesaja am besten ausgedrückt: „Wehe denen, die Böses gut und Gutes böse nennen, die Finsternis für Licht und Licht für Finsternis halten, Bitteres für Süßes und Süßes für Bitteres!“ Wie zu Zeiten des Propheten leben wir erneut in einer Ära, in der die Umkehrung der Realität unsere Realität ist.

Finanziert von Qatar und unterstützt durch ihre eigenen dysfunktionalen Neokortexe, plappern westliche „Eliten“ Verleumdungen nach über „ethnische Säuberungen“, „Völkermord“, „Apartheid“ und „Rassismus“ - durch Israel ! - nach. Studierende glauben den moralischen Proklamationen, getürkten oder verkürzten Video-Aufnahmen und „Todesstatistiken“ von bekennden Terroristen, die obendrein noch rassistisch, sexistisch und homophob sind. Extrem „linke“ („atheistische“) politische Parteien hissen lieber die Fahne theokratischer Illiberaler, die den Westen hassen, als ihre eigene zum Teil noch liberal-demokratische Geschichte zu feiern.

Nun sage ich: Es reicht!

Wir, die langmütige schweigende Mehrheit, sagen: Es reicht!

Wir werden die Wahrheit sagen und endlich Jesajas Aufruf erfüllen, das Böse als Böses, die Finsternis als Finsternis und die Bitterkeit als Bitterkeit zu benennen.

Die sogenannte arabische Welt wird nicht („von außen“) „unterdrückt“.

Sie leidet nicht unter Völkermord, ethnischer Säuberung oder Apartheid, jedenfalls nicht durch ausländische Hände.

Vielmehr sind **sie selbst** die Unterdrücker, die all dieses Leid dreist und schändlich verursachen. Es sind die Araber, die im Sudan Völkermord begehen und im Jemen Babys verhungern lassen.

Es sind die Araber, die jede einzelne Minderheit in Syrien auslöschen wollen und es nicht ertragen können, auch nur einen einzigen Juden nach Libyen zurückkehren zu sehen.

Es sind die Araber, die eine der grausamsten ethnischen Säuberungen der Geschichte begangen haben, indem sie die uralte irakisch-jüdische Gemeinde vernichteten.

Wo einst ein jüdischer König über das Königreich Jemen (Himyr) herrschte, ist das jüdische Volk heute in seiner angestammten Heimat ausgestorben – allesamt durch die Hand des heimtückischen arabischen Imperiums.

In Syrien fürchtet jede einzelne Minderheit um ihr Leben. Von den Drusen bis zu den Kurden – jede Minderheit hat das Schicksal ihrer jesidischen Glaubensbrüder gesehen und weiß, was sie unter arabischer Herrschaft erwartet.

Der „Nahe Osten“ war einst eine der vielfältigsten, „diversesten“ Regionen der Welt. *Er war die Wiege der westlichen, jüdisch-christlichen Zivilisation.*

Doch heute ist es eine buchstäbliche und metaphorische Wüste monokultureller, monolinguistischer, monolithischer Hoffnungslosigkeit. Es taumelt verzweifelt in der wirtschaftlichen Dummheit, seine innovativsten Bürger vertrieben zu haben.

Der moderne arabische Staat wählt seine Worte mit Bedacht. Er spricht von Menschenrechten und Gerechtigkeit. Doch dies ist nur eine kaum verhüllte Fassade. Alles, was dieses Reich der Hölle Israel vorwirft, ist eine kurze Aufzählung und Anklageschrift seiner eigenen Verbrechen. In seinem Umgang mit Frauen, die unter einem zweigleisigen Unterdrückungssystem leiden, ist die arabische Welt das Epizentrum der modernen Apartheid.

Im Umgang mit „Minderheiten“ ist sie mal gefühllos, mal blutbefleckt und mal völkermörderisch.

In ihrer Versklavung schwarzer Afrikaner ist sie in einem für den modernen Westen unvorstellbaren Ausmaß rassistisch. Sie ist ein Synonym für ethnische Säuberung. Die arabische Welt ist ein Meister der Manipulation, spricht vom „westlichen Imperium“, vom „Anglo-Imperialismus“, von Eroberungen und europäischer Unterdrückung, von den Gräueltaten des „atlantischen Sklavenhandels“, der aber nicht nur von den Briten längst abgeschafft wurde, jedoch seit mindestens fünfzehnhundert Jahren in der „Arabischen Welt“ weiter existiert und genährt wird.

Doch dies ist nichts weiter als ein ausgeklügelter Ablenkungsversuch. Für welche fremde Macht wurde in die gesamte Levante und Nordafrika eingefallen? Welches ferne Volk zwang den Unwilligen unter Waffengewalt seine Religion auf? Und welche rassistischen Eindringlinge hielten es für ihr gottgegebenes Recht, alle „Nicht-Gläubigen“ langsam, aber sicher aus den angestammten Ländern anderer zu vertreiben?

Es waren nicht die Briten. Es waren nicht die Franzosen.

Es waren die Araber.

Das Arabische Reich – die Pax Arabica – ist die abstoßende moderne Abartigkeit, die sich offenkundig zu verbergen versucht.

Das Heimtückische an der Pax Arabica ist, dass sie ihre Verbrechen nicht einmal zu verbergen versucht. Sie vollführt sie eklatant und lacht dem leichtgläubigen Westen ins Gesicht. Nehmen wir Sudan, den gottverlassenen Außenposten des arabischen Grauens. Haben Sie sich jemals gefragt, warum es in diesem angeblich arabischen Land so viele Schwarzafrikaner gibt?

Haben Sie jemals innegehalten und darüber nachgedacht, was das Wort „Sudan“ überhaupt bedeutet? Wenn ja – wenn Sie sich auch nur fünf Minuten Zeit genommen hätten, die Bedeutung dieses schrecklichen Wortes zu erforschen – würden Sie die grauenhafte Wahrheit erfahren – einen Blitzschlag, der Sie wie vom Blitz getroffen innehalten und Sie schließlich zwingen würde, zu erkennen, dass die „arabische Welt“ ein lebendiges, atmendes, entsetzliches modernes Imperium ist.

Sudan bedeutet „Schwarze“ – also schwarze Menschen.

Die Bezeichnung „Schwarze“ ist kein moderner Versuch, „Vielfalt“ zu feiern.

Vielmehr verweist sie unmissverständlich auf den fortwährenden Charakter dieser Kolonie:

Sie ist ein arabischer Außenposten für die Entführung und Versklavung von Schwarzafrikäern.

Obwohl die Briten versucht hatten, den Sklavenhandel im Sudan vollständig abzuschaffen, hielten die islamischen Araber an ihrer Begeisterung fest. Khartum, die Hauptstadt dieser „Nation“, wurde als Sklavenhandelsstadt gegründet, und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestand der Großteil ihrer Einwohner aus schwarzen Sklaven. Diese rassistische und unmoralische Praxis wird bis heute fortgeführt.

Doch angesichts eines ungläubigen westlichen Publikums versucht sie nicht einmal, die Tatsache zu verbergen. Die hellhäutigen Araber dieses Außenpostens hatten die unfassbare Dreistigkeit, das „Land“ nach der unmoralischen Praxis zu benennen, für die es am berüchtigsten war! Und dieser Name besteht bis heute.

Anstatt Statuen längst verstorbene britische Sklavenhändler in die Flüsse Bristols zu werfen, warum entsorgen unsere verblendeten Jugendlichen nicht lieber ihre Unterstützung für die rassistische arabische Welt?

Nichts von dem, was ich in diesem Buch präsentieren werde, ist schwer zu entdecken. Wir alle wissen um die Unterdrückung von Frauen und „Minderheiten“ in der arabischen Welt. Wir alle wissen, dass Irak, Libyen, Jemen und all die anderen Länder, die von der arabischen Welt kontrolliert werden, „judenfreie Provinzen“ sind, in denen die verbliebenen Minderheiten in Angst leben.

Tief in unserem Herzen kennen wir diese Wahrheit.

Selbst die verabscheuungswürdigen Jeremy Corbyn und Jean-Luc Mélenchon würden Israel jedem seiner unliebsamen Nachbarn vorziehen. Doch sie schwenken die Fahne Palästinas – eines Feindes unserer Werte – aus einer Mischung aus antiwestlichen Gefühlen, Dummheit und einem Mangel an gesundem Menschenverstand.

Ich verwende diese Formulierung bewusst – so harmlos sie auch klingen mag –, denn so lautete der Titel von Thomas Paines einflussreichem Werk über die amerikanische Unabhängigkeit.

Es war diese kämpferische, polemische und unmissverständliche Schrift, die die Erzählung über das Wesen der Dreizehn Kolonien grundlegend veränderte.

In seiner respektlosen Kritik an der Monarchie und der britischen Verfassung erlaubte er es den Menschen, das auszusprechen, was zuvor verboten gewesen war – und er tat dies in einer Sprache, die jeder verstehen konnte. Genau das ist mein Ziel hier.

Dies ist kein akademisches, weltfremdes, fantasievolles Werk. Es ist sachbezogen, intelligibel, durchdacht und wahr.

Und es ist auch „direkt“, im Sinne von schonungslos. Es soll die „Erzählung“ endgültig verändern. Es soll die Herzen der einfachen, anständigen Menschen erreichen. Sprechen wir also Klartext.

Nicht Israel begeht „Apartheid“, sondern die „Pax Arabica“. Nicht Israel begeht „Völkermord“, sondern die „Pax Arabica“. Nicht Israel kauft die Welt mit seinem Öl, sondern die Pax Arabica.

Sklaverei ist arabisch. Rassismus ist arabisch. Imperialismus ist arabisch. Das Imperium ist arabisch.

Doch die größte Lüge von allen ist die, die ich bisher aus „Verständnisgründen“ bemühen musste: dass der Nahe Osten und Nordafrika die „arabische Welt“ seien.

Das sind sie ganz gewiss **nicht**.

Es sind die Ländereien indigener Völker, die gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden, und die Verbliebenen kämpfen ums Überleben.

Kurden, Drusen, Maroniten, Aramäer:

Sie alle und viele andere *blicken auf Israel* als die *einige* Nation, die sich der Pax Arabica und ihren barbarischen Methoden entgegengestellt hat.

Jene „Erzählung“ muss sich ändern, denn sie ist falsch.

Israel ist das einzige indigene Land in der Levante, im nördlichen „Nahen Osten“. Es ist eine ***Nation***, während die anderen Kolonien sind.

Weit davon entfernt, ein „Außenposten des westlichen Imperialismus“ zu sein, ist es ein ***indigener Widerstand gegen den arabischen Imperialismus***.

Alle anderen Länder wurden erobert, kolonisiert und sozialisiert.

Bethlehem verliert täglich an christlichem Einfluss. Libanesische Maroniten kämpfen ums Überleben. Dass die nichtjüdischen indigenen Völker in diesem Ausmaß Arabisch sprechen, liegt daran, dass sie durch die Ungerechtigkeit der Geschichte dazu gezwungen wurden.

Zur Zeit der Amerikanischen Revolution verkaufte eine angesehene Zeitung etwa 1000 Exemplare pro Woche. Thomas Paines „Common Sense“ war weitaus erfolgreicher: Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1776 wurden bis zu 150.000 Exemplare verkauft, und bis zur vollständigen Unabhängigkeit gingen über 500.000 Exemplare über die Ladentheke.

Wie lässt sich das erklären? Ganz einfach: Weil er die einfachen Leute ansprach und diese ihren „Vertretern“ widersprachen. Die bisherige Vorstellung, die Kolonisten seien britische Untertanen, die nach verfassungsmäßigen Rechten strebten, wurde von einer Welle republikanischen Gedankenguts widerlegt.

Heute streben wir dieselbe Revolution in der Wahrnehmung des Arabischen Reiches, der verhängnisvollen Pax Arabica, an.

Wir fordern die Freiheit der Frauen, die Freiheit der Minderheiten, die Freiheit der indigenen Völker, die Freiheit der Nicht-Muslime und die Freiheit aller Menschen, in den Ländern ihrer Vorfahren so zu leben, wie sie es wünschen.

Wir streben nichts Geringeres an als die *Erfüllung der Prophezeiung Jesajas*: dass wir die Dinge beim Namen nennen, *damit der Löwe endlich beim Lamm wohnen kann*.

Diese Einleitung wurde an dem Tag verfasst, an dem Großbritannien „Palästina“ anerkannte, einen weiteren gescheiterten, frauenfeindlichen, sexistischen, homophoben und rassistischen Außenposten des Arabischen Reiches.

Eine weitere Kolonialmacht, die den indigenen Völkern der Levante aufgezwungen wurde. Schlimmer noch: *Großbritannien ist der Propaganda seiner Feinde erlegen*. Es glaubt, seine Geschichte sei nur eine Geschichte des Bösen, des Sklavenhandels und des Rassismus – etwas, das man verleugnen müsse – damit eine neue, perfekte Welt arabischer Homophobie entstehen könne ?

Zu dieser Geschichtsfälschung sage ich Folgendes: Nein, wir waren nicht perfekt. Wer war das schon? Aber wir brachten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Handelsfreiheit und so viele andere Errungenschaften auf diese finstere Erde, während das Arabische Reich in Sklaverei, Hass, Spaltung, Rassismus und Theokratie schwelgte – und es weiterhin tut.

Was auch immer wir als Imperium waren, sie sind der absolute Tiefpunkt dessen, was ein Imperium sein kann, und sie begehen dieses Unrecht gerade jetzt, während wir sprechen.

Wenn Großbritannien die Sünden der Vergangenheit wirklich bereut, warum sollte es dann den seit Langem leidenden Minderheiten des Nahen Ostens etwas weitaus Schlimmeres aufzwingen wollen?

Warum sollten wir die abscheulichsten terroristischen Unterstützerorganisationen den schönen (und funktionierenden) Gesellschaften Taiwans oder Kurdistans vorziehen?

Heute wehen zwei Flaggen auf den Straßen Großbritanniens. Die eine ist der Union Jack, ein Symbol für internationale Ordnung, Welthandel und unabhängige Nationen, die durch die Prinzipien der Freiheit und der Menschenwürde vereint sind.

Das andere ist die Flagge „*Palästinas*“, ein Symbol für die *Rückkehr zu den schlimmsten Exzessen des Imperialismus*.

Wir müssen die Rechtfertigungen jetzt beenden. Wir müssen aus unserem Dornrösenschlaf erwachen. Wir müssen unser eigenes glorreiches Erbe verteidigen und die arabische Barbarei entschieden zurückweisen.

Stattdessen müssen wir unmissverständlich unabhängige Nationalstaaten im Nahen Osten fordern, die sich dem Leben, der Freiheit und dem Eigentum des Menschen verpflichtet fühlen.

Der Westen muss seine Werte wiederentdecken, spät, aber entschlossen.

Wir müssen lautstark die Niederlage des Islamismus, des Palästinensertums und der arabischen Kolonialherrschaft fordern.

Wir müssen Israel als einzigen unabhängigen indigenen Staat im nördlichen Nahen Osten unterstützen. Vor allem aber sollten wir den Mut haben, das panarabische Gebilde beim Namen zu nennen: ein Imperium.

Möge es bald und noch zu unseren Lebzeiten zerschlagen werden.

TEIL 1: BABEL

KAPITEL 1 : Über den Arabischen Imperialismus

DAS IMPERIUM IM KLAREN BLICK

Einleitung:

Das erfolgreichste Imperium

Viele mächtige Imperien haben die Erde bereits beherrscht.

Manche kamen und gingen im Nu und sind in den tiefsten Winkeln unseres kollektiven Gedächtnisses begraben.

Andere hinterließen unauslöschliche Spuren, mussten sich aber dem Lauf der Geschichte beugen.

Die mongolischen Horden verbreiteten Schrecken in China, Persien, Russland und Europa und drangen bis in den Nahen Osten vor.

Kein Land kann von sich behaupten, die Weltherrschaft erlangt zu haben, doch die Mongolen kamen ihr verdammt nahe. Der Name Khan – der sich häufig unter den Nachnamen von Indianern, Pakistanern, Arabern, Juden und sogar einigen Spaniern findet – zeugt von einem Erbe, das im Imperiumsbau seinesgleichen sucht.

Die Briten beherrschten die Weltmeere, und vielleicht kommunizieren wir heute – geschützt durch Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und relative Freiheit – auf Englisch, weil sie uns beeinflusst haben. Doch die Zeit der unerwünschten wirtschaftlichen Dominanz einer kleinen europäischen Nation ist vorbei.

Auch sie verschwand im Zuge der Dekolonialisierung von der Weltbühne.

Doch sowohl die Mongolen als auch die Briten stehen im Schatten des erfolgreichsten Imperiums aller Zeiten.

Eines Imperiums, das bis heute existiert.

Ein so heimtückisches Imperium, dass es die Welt glauben ließ, es sei gar kein Imperium.

Dass sie die Ureinwohner des gesamten Nahen Ostens und Nordafrikas seien, und – am dreisten von allem – an vorderster Front im Kampf gegen den „westlichen Imperialismus“ stünden.

Ich spreche natürlich von der „Pax Arabica“.

Dem arabischen Imperium. Und seinem Dachverband, der „Arabischen Liga“. Das Wesen des arabischen Imperiums und seine Auswirkungen auf die heutige Zeit.

Sagen wir es offen: Die Araber stammen aus Arabien.

Nicht aus Israel oder Mesopotamien.

Nicht aus Marokko oder dem Libanon.

Mit dem Wind des Islam im Rücken fielen sie in die Levante ein, besiedelten und kolonisierten sie und setzten ihren Willen von Indien bis Spanien durch.

Wären sie nicht in der geschichtsträchtigen Schlacht von Tours (gegen die Franken) besiegt worden, stünde heute ganz Europa unter ihrer theokratischen und panarabischen Herrschaft.

Die Berber in Marokko, die Afrikaner im Sudan, die Kurden, Jesiden und Aramäer im Nordirak, die Maroniten und Drusen im Libanon, die Juden Israels: dies sind bekannte Beispiele für unterdrückte indigene Völker, deren Länder durch arabische Herrschaft, Kolonisation, Diktatur und Vernachlässigung zerrissen wurden.

Juden, die Jahrtausende in diesen Ländern gelebt haben, wurden ethnisch gesäubert, und so schwebt das Damoklesschwert über jeder Gruppe, die sich der von dem arabisch-islamischen Reich verhängten Bürgerschaft zweiter Klasse nicht unterwirft.

„Zahlt eure Dschizya. Baut keine nicht-islamischen Gotteshäuser mehr. Akzeptiert, als Araber definiert zu werden. Sprecht die arabische Kaisersprache. Seid gute „Gäste“. Und ihr werdet toleriert werden ... vorerst.“

Es gab Rückschläge, der bekannteste davon war die spanische Reconquista. Doch größtenteils hielt das arabische Imperium stand. Die Kreuzfahrer waren alles andere als „fremde Invasoren“, sondern versuchten, den Status quo ante wiederherzustellen und das Christentum nach den arabischen Eroberungen in Jerusalem neu zu etablieren.

Letztendlich scheiterte dieses Vorhaben jedoch.

Ein Jude jener Zeit hätte den Untergang des lateinischen Königreichs Jerusalem begrüßt. Genauso wie er über die Fesseln geweint hätte, die ihm Ferdinand und Isabella von Spanien im Jahr des Falls von Granada auferlegten.

Lieber ein Bürger zweiter Klasse in einem muslimischen Reich, als unter byzantinischer Herrschaft keinen Fuß nach Jerusalem setzen zu können.

Doch das Rad der Geschichte hat sich gedreht. Ich schreibe Ihnen nun aus der ehemaligen Taifa von Zaragoza, einer der äußersten Provinzen arabischer Herrschaft.

Der Tag ist verflucht von der eisigen „Cierzo“-Brise, so frostig wie damals, als die Araber die Stadt „Braut des Windes“ tauften.

Obwohl meine Vorfahren aus eben diesem katholischen Spanien vertrieben wurden, bin ich unendlich froh, heute unabhängig vom arabisch-islamischen Imperium in einem Land der Freiheit zu leben. Und das ist keine Geschichte aus längst vergangenen Zeiten. Es ist die Realität der Gegenwart.

Ein Professor der Universität Cambridge – ein irakischer Asylbewerber in Großbritannien und ein Bekannter von mir – erinnert sich daran, sich in seinem Pass als „Araber“ bezeichnen zu müssen: „um Saddam zufriedenzustellen“.

Ich hatte Mühe, in Marrakesch auch nur eine einzige Person zu finden, die sich als „Araber“ bezeichnen wollte.

Und als der deutlich afrikanisch aussehende Anwar al-Sadat beschloss, das nationale Interesse der Rückgewinnung ägyptischen Territoriums an erste Stelle zu setzen:

Bumm! Wie kann er es wagen?

Niemand widersetzt sich den imperialen Interessen der Araber! Niemand stellte sich der Vertreibung der rebellischen, nicht-arabischen „zionistischen Entität“ aus dem Herzen des Imperiums in den Weg! Er musste gestoppt werden.

Der PLO-Arm der imperialen Miliz verübte 1978 das Küstenmassaker auf israelischem Gebiet. Und schließlich wurde der mutige ägyptische Nationalistenführer ermordet, weil er es wagte, die Unabhängigkeit des jüdischen Judäa vom Imperium anzuerkennen.

Sudan und die Bedeutung des Dschihad

Das Wesen des arabischen Reiches ist eng mit dem Konzept des Dschihad verbunden, der nichts Geringeres und nichts anderes als die gewaltsame Ausdehnung dieses gesamtstaatlichen Gebildes darstellt.

Eine Ausdehnung, die bis heute andauert. Während wir hier sprechen, gehen die arabischen Streitkräfte im Sudan gegen die schwarzen Afrikaner, die Masalit, vor.

Sie versuchen mit zunehmender Brutalität, eine Bastion nicht-arabischer Kultur zu zerstören und die widerspenstigen Einheimischen ethnisch zu säubern.

Um einen Artikel von Tasha Kheiriddin aus dem November 2023 zu zitieren: „Seit Juli wurden im Sudan über 9.000 Menschen getötet und 5,6 Millionen vertrieben, bedingt durch die Kämpfe zwischen den arabischen paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) und der sudanesischen Armee. ... Erst vor zwei Wochen ermordeten sie im Flüchtlingslager Ardamata innerhalb von 24 Stunden über 1.000 Masalit. Und es droht, noch schlimmer zu werden. Die Welt kennt dieses Szenario bereits. Zwischen 2003 und 2008 wurden 300.000 Masalit von den Janjaweed, einer arabischen Miliz, ermordet und 2,5 Millionen vertrieben.“

Der ehemalige sudanesische Präsident Omar al-Bashir setzte diese Terroristen ein, um die Darfuri-Rebellengruppen zu unterdrücken, die gegen die Vernachlässigung der schwarzafrkanischen Bevölkerung der Region rebellierten.

Die heutigen RSF und ihr Anführer, Mohamed Hamdan Dagalo, stammen Berichten zufolge aus dieser Janjaweed-Gruppe.“ Kämpfer.

Und ihre Taktiken sind brutal. Forscher des Center for Information Resilience verifizierten Videos, die Milizionäre zeigen, wie sie Masalit-Männer in Ardamata zusammentreiben und auspeitschen. In einem Video ist zu sehen, wie uniformierte Männer, einige mit RSF-Abzeichen, Männer mit Gewehren schlagen und ihre Opfer als „Hundesöhne“ beschimpfen.

Die RSF soll gezielt Männer und Jungen angreifen, um ihnen ihr Land zu nehmen und sie als indigene Darfuri-Gruppe auszulöschen. Viele würden argumentieren, dass Dschihad ein Begriff für inneren Kampf ist: den Kampf gegen das Böse in uns. Und es stimmt sicherlich, dass sich der Islam, als er sich vom Nahen Osten nach Persien und Indien ausbreitete, mit den dortigen alten Kulturen verband und zu einem spirituelleren Unterfangen wurde.

Der mystische Sufi-Islam verkörpert den Islam als innere Reformation und spirituelle Evolution. Und jeder Iraner weiß, dass Kyros der Große ebenso sehr Teil seiner außergewöhnlichen nationalen Geschichte ist wie der Islam, und beides verbindet sich so eng, dass die Religion nur eine Facette seiner nationalen Identität darstellt.

Arabien mag, wie einst die Sowjetunion, Satellitenstaaten haben, doch keines dieser Länder hat seine Wurzeln völlig vergessen. Aber wenn es um den Islam innerhalb der Grenzen des Arabischen Reiches geht, ist und war er immer ein politisches Projekt.

Nach eigener Aussage war Arabien vor dem Islam eine Stammesgesellschaft ohne regionale (geschweige denn internationale) Bedeutung. Die Sassaniden und Byzantiner lebten und bekämpften einander fast ohne Rücksicht auf ihre arabischen Nachbarn – außer, wenn sie in Zeiten der Spannungen eine alternative Seidenstraße in den Osten suchten.

Der Islam veränderte alles. Er einte die Araber und zerstörte alles, was ihm vorausging. Die persischen Sassaniden und die byzantinischen Christen verschwanden in seinem Gefolge.

Doch ohne den Islam gäbe es keine arabische Macht. Was bliebe übrig? Eine riesige, ölfleckige Sanddüne mit einer Vorliebe für Terrorausbildungslager. Anders als bei den Persern oder Pakistanern gab es vor dem Islam kein arabisches kulturelles Hinterland. Daher muss das Reich erhalten bleiben. Es gibt keinen anderen Weg.

Palästinenser: Eine Nation? Oder die Vorhut des Imperiums?

(I) Die PLO

Die „Palästinensische Nationalbewegung“ steht an vorderster Front dieser arabischen imperialen Bestrebungen.

Dies ist nicht meine „Meinung“.

Es ist explizit in den Chartas sowohl der säkularen PLO als auch der islamistischen Hamas festgehalten. In der PLO-Charta von 1968 fällt die Betonung der arabischen Nation gegenüber einer palästinensischen Nation auf.

Der Begriff „palästinensische Nation“ wird kein einziges Mal erwähnt.

Artikel 1 besagt: „Palästina ist die Heimat des arabisch-palästinensischen Volkes; es ist ein unteilbares Element der arabischen Heimat, und das palästinensische Volk ist ein integraler Bestandteil der arabischen Nation.“

Arabisches palästinensisches Volk. Teil der größeren arabischen Heimat. Integraler Bestandteil der größeren arabischen Nation.

Ob gut oder schlecht, ungeachtet der historischen Korrektheit dieser Aussage, die PLO von 1968 verstand sich als Teil der umfassenderen panarabischen Nation und nicht als eigenständige politische Einheit.

Ebenso heißt es in Artikel 12: „Das palästinensische Volk glaubt an die arabische Einheit. Um jedoch seinen Beitrag zur Verwirklichung dieses Ziels zu leisten, muss es in der gegenwärtigen Phase des Kampfes seine palästinensische Identität bewahren, sein Bewusstsein für diese Identität stärken und sich jedem Plan widersetzen, der sie auflösen oder beeinträchtigen könnte.“

Man beachte, dass die arabische Einheit – der Erhalt des panarabischen Reiches – das *Endziel* ist.

Die palästinensische Identität ist eine Zwischenstation auf diesem Weg; daher muss sie „in der gegenwärtigen Phase“ geschützt werden.

In ähnlicher Weise lesen wir Folgendes in Artikel 14: „Das Schicksal der arabischen Nation und, ja, die arabische Existenz selbst hängt vom Schicksal der palästinensischen Sache ab. ... Das palästinensische Volk spielt die Vorhut bei der Verwirklichung dieses heiligen (qawmi) Ziels.“

Auch hier sehen wir, dass die Palästinenser an der „Vorhut“ eines arabischen Kampfes für die arabische Nation stehen.

Sie sind Spielfiguren des Imperiums.

(II) *Hamas* : Obwohl die Hamas-Charta von 1988 eindeutig von religiösen Überzeugungen geprägt ist, formuliert sie ihre imperialen Ziele noch deutlicher, wobei der Schwerpunkt auf dem Islam und nicht auf dem Arabismus liegt.

Artikel 11 ist von entscheidender Bedeutung:

„Dies ist das Gesetz, welches das Land Palästina gemäß der islamischen Scharia regelt, und dasselbe gilt für jedes Land, das die Muslime mit Gewalt erobert haben, denn während der (islamischen) Eroberungen weihten die Muslime diese Ländereien den nachfolgenden Generationen bis zum Tag des Jüngsten Gerichts.“

Es geschah folgendermaßen: Als die Anführer der islamischen Armeen Syrien und den Irak eroberten, wandten sie sich an den Kalifen der Muslime, Umar ibn al-Khattab, und baten ihn um Rat bezüglich des eroberten Landes – ob sie es unter den Soldaten aufteilen oder seinen Eigentümern überlassen sollten oder was sonst geschehen sollte.

Nach Beratungen und Diskussionen zwischen dem Kalifen der Muslime, Umar ibn al-Khattab, und den Gefährten des Propheten (Allah segne ihn und gewähre ihm das Heil) wurde entschieden, dass das Land seinen Eigentümern überlassen werden sollte, die von seinen Früchten profitieren konnten.

Was das tatsächliche Eigentum am Land und das Land selbst betrifft, so sollte es den Muslimen geweiht bleiben.“ ...

„Generationen bis zum Jüngsten Tag. Diejenigen, die sich auf diesem Land befinden, sind nur dort, um von seinen Früchten zu profitieren. Diese Waqf-Stiftung besteht, solange Himmel und Erde bestehen.“

Die Charta betont, dass ein Gebiet, sobald es unter islamischer Herrschaft steht, nicht mehr aufgegeben werden kann noch darf, sei es „Palästina“ oder „jedes Land, das die Muslime mit Gewalt erobert haben“.

Obwohl Islamismus und Panarabismus unterschiedliche Quellen und Inspirationen haben, ist das Ergebnis dasselbe: kein Teil des arabisch-islamistischen Territoriums kann noch darf aufgegeben werden. Dekolonialisierung ist eine Sünde.

Die Dekonstruktion von Babel

All dies sollte den Leser an eine bekannte Geschichte erinnern: den Turmbau zu Babel.

Diese Geschichte hat mich immer schon verwirrt.

Was taten die Babylonier so falsch, als sie eine Zikkurat bauten?

War ihre Einheit nicht bewundernswert? War ihr unbedingter Wille, den Himmel zu erreichen, nicht ein erstrebenswertes Ziel? Sollten wir nicht alle danach streben, gemeinsam – als eine vereinte Menschheit – eine bessere Welt zu schaffen?

Doch die Erbauer wurden zerstreut und in Nationen mit unterschiedlichen Sprachen aufgeteilt.

Warum? Heute – im Angesicht des gesamten Arabischen Reiches – erkennen wir eine tiefere Botschaft in dieser Geschichte.

Denn die Arabische Liga und ihre Mitgliedsstaaten streben nach dem, was die Erbauer von Babel anstrebten: Eine Sprache, eine Nation, eine Kultur, vollkommene und totale Einheit.

Aber es ist die falsche Art von Einheit.

Es ist die Unterwerfung all jener, die einer „höheren Sache“ widersprechen. Es ist Unterwerfung, Exil oder Tod. Es ist Intoleranz im großen Stil und eine Welt voller Albträume. Es ist Imperialismus in Reinkultur.

Wir brauchen Einheit in dieser Welt, aber keine „arabische Einheit“.

Wir brauchen die *Einheit freier Völker*, die in Freiheit zusammenleben und einander mit *Respekt und Verständnis* begegnen.

Wir brauchen einen Nahen Osten mit vielfältigen, aber einander respektierenden Nationen.

Wir brauchen *Religionsfreiheit* für alle.

Es braucht ein unabhängiges Israel, ein unabhängiges Kurdistan, einen unabhängigen westlichen Sudan und einen unabhängigen christlichen Staat im Libanon.

Und es braucht wahrhaft unabhängige, nicht-arabisch geprägte Nationen in Ägypten, Jordanien und Syrien; Länder, die den Islam als persönlichen, spirituellen Leitfaden im Privaten haben können, aber das nationale Interesse (und den internationalen Frieden) als politischen Leitfaden im öffentlichen Leben.

Der „*Panarabismus*“ – der Überrest des *mittelalterlichen* islamischen Dschihad – muss endgültig in die Geschichtsbücher verschwinden.

Der Terror von Babel muss ein Ende haben.

Dekolonisierung jetzt! Die Panarabisten und Islamisten – ob nun religiös motiviert oder durch das arabische Erbe von Eroberung und Unterdrückung – verfolgen dasselbe Ziel: den Erhalt des Imperiums.

Um die Unabhängigkeit nicht-arabischer Nationen zu verhindern. Um die Dekolonisierung um jeden Preis zu stoppen.

Um die Kurden zu brechen, die Juden zu vertreiben, die Maroniten zu beherrschen. Um die afrikanische Kultur im Sudan auszulöschen. Um den Aramäern und anderen ihre Selbstidentität zu verweigern.

Um individuelle Nationalismen in Ägypten, Marokko und dem haschemitischen Jordanien zu verhindern; um das panarabische Imperium um jeden Preis zu stärken.

Und wenn all dies erreicht ist, um das ehemals arabische Spanien zurückzuerobern.

Zu allen, denen Freiheit, Dekolonisierung und das Recht auf Selbstbestimmung am Herzen liegen, spreche ich heute.

Das arabische Imperium ist Ausdruck all dessen, wogegen wir uns stellen müssen: Überlegenheits-Ideologie, Sklaverei, Unterwerfung, Theokratie, Vertreibung, ethnische Säuberung und Ungleichheit.

Wenn ihr an die Freiheit glaubt, steht an meiner Seite und an der Seite der indigenen Völker des Imperiums und verkündet die Wahrheit. Wir werden uns nicht unterwerfen. Wir werden leben. Und die Zeit zur Dekolonisierung ist jetzt.

KAPITEL 2: In Vorreiterschaft -

ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT - - 1978: DER URSPRÜNGLICHE 7. OKTOBER

Stellen Sie sich den Kontext vor.

Denn wie der jetzige „UN-Generalsekretär“ immer wieder betont: „Nichts geschieht im luftleeren Raum“:

Israel und Ägypten standen kurz vor der Unterzeichnung eines historischen Friedensabkommens.

Dieses Abkommen „drohte“, den Status quo im Nahen Osten auf den Kopf zu stellen, und die jahrzehntelange, geeinte arabische Feindschaft gegen das „zionistische Gebilde“ schien zu bröckeln. Es musste um jeden Preis verhindert werden.

Wie damals um den israelisch-ägyptischen Frieden, so steht es auch heute um den israelisch-saudischen Frieden.

Die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO) war entschlossen, aktiv zu werden. Sie war längst aus Jordanien vertrieben worden. König Hussein wollte nicht zulassen, dass sein Land als Ausgangspunkt für Angriffe auf den jüdischen Staat missbraucht wurde. Die Terrorgruppe hatte sich nun fest im Libanon eingenistet und nutzte den Süden des Landes für Terroranschläge gegen israelische Siedlungen an der Grenze.

Bewaffnet von Syriens Hafiz al-Assad, stellte dieser palästinensische Staat im Staate eine Bedrohung für Israel und die nichtmuslimische libanesische Bevölkerung dar.

Insbesondere die maronitischen Christen waren der Ansicht, dass die PLO – die sich aktiv und nicht neutral im libanesischen Bürgerkrieg engagierte – die Grenzen ihrer Gastfreundschaft längst überschritten hatte.

Am 9. März 1978 stachen 13 palästinensische Fedajin-Terroristen vom Libanon aus in See. Ihr Ziel: Tel Aviv. Ihr Vorhaben: Ein Luxushotel mit Waffengewalt zu erobern und die anwesenden Touristen und ausländischen Botschafter als Geiseln zu nehmen.

Ihr erklärtes Ziel: Die Geiseln gegen gefangene Kämpfer in israelischen Gefängnissen auszutauschen.

Ihr wahres Ziel: Die Aussicht auf einen israelisch-ägyptischen Frieden endgültig zu zerstören. Die „Pax Arabica“ bis zur endgültigen Vernichtung Israels aufrechtzuerhalten.

Das Wetter machte ihnen zu schaffen. Von den Naturgewalten umtost, ertranken zwei der Terroristen. Doch der herannahende Todessturm zog weiter auf Israel zu. Die Zodiac-Boote wurden an einen Sandstrand gespült.

Aber wo waren sie? Zypern? Ägypten? Türkei? Sie befürchteten das Schlimmste, hofften aber auf noch Schlimmeres. Dort am Strand war ein junger Fotograf, und sie stellten die verhängnisvolle Frage: „Wo sind wir?“

Die Antwort kostete Gail Ruben, die Nichte des US-Senators Abraham A. Ribcoff, das Leben.

Als sie feststellten, dass sie sich 64 Kilometer nördlich von Tel Aviv befanden, änderte sich ihr Plan schlagartig. Sie entführten einen Egged-Bus auf der Autobahn Haifa-Tel Aviv, der mit Familien auf einem Tagesausflug besetzt war.

Nun mit zahlreichen Geiseln in ihrer Gewalt, verworfen sie den Plan, ein Hotel zu besetzen, und begaben sich auf eine mordende Reise ohne Grenzen. Erlauben Sie mir, aus folgendem Bericht zu zitieren:

„Die Militanten fuhren die Küstenstraße entlang und beschossen und bewarfen vorbeifahrende Autos mit Granaten. Sie schossen auch auf die Fahrgäste und warfen mindestens eine Leiche aus dem Bus. Schließlich kaperten sie den Bus 901, der von Tel Aviv nach Haifa unterwegs war, nahmen auch dessen Fahrgäste als Geiseln und zwangen die Fahrgäste des ersten Busses, einzusteigen. Der Bus hielt an, und einer der Täter stieg aus und schoss direkt in ein vorbeifahrendes Auto. Dabei tötete er den Teenager Imri Tel-Oren und verletzte seinen Vater Hanoch.“

Als der Bus schließlich von einer Polizeisperre gestoppt wurde, schoss einer der Terroristen auf die flüchtenden Fahrgäste.

Am Ende des Anschlags waren 38 Zivilisten, darunter 13 Kinder, ermordet worden. Das Time Magazine bezeichnete ihn als „den schlimmsten Terroranschlag in der Geschichte Israels“.

Der ägyptische Präsident Sadat verurteilte ihn als „unverantwortliche Tat“.

Doch die „PLO“ feierte die Operation: „Diese Operation entspringt der festen Überzeugung der Fatah, dass der bewaffnete Kampf gegen den zionistischen Feind im besetzten Gebiet fortgesetzt werden muss.“

Die Ähnlichkeiten zwischen diesen Ereignissen und denen vom 7. Oktober 2023 sind frappierend.

Der Hintergrund eines möglichen israelisch-arabischen Friedens, die Geiselnahme, das von Ekstase geprägte Blutbad und die wahllosen Angriffe auf Zivilisten. All dies gepaart mit der Bestürzung gemäßigter arabischer Führer.

Doch in einem Punkt unterschied sich die Situation 1978: Die Terroristen waren keine Islamisten. Und sie waren nicht religiös motiviert.

Seit dem 7. Oktober wird viel über den IS-ähnlichen Charakter der Hamas-Angriffe und die Gefahren einer dschihadistisch inspirierten Ideologie diskutiert. Auch der Einfluss der ruchlosen Islamischen Republik Iran wurde vielfach thematisiert.

Doch der Anschlag von 1978 zeigt uns, dass dieses Verhalten schon immer Teil der palästinensischen politischen Strategie war – einer Ideologie, die sowohl säkulare als auch religiöse Extremisten in ihrem politischen Umfeld durchdringt.

Die PLO feuerte Raketen von Jordanien und dem Libanon aus auf Israel ab. Die PLO versuchte, Israel zu Gegenreaktionen zu provozieren, um einen regionalen Krieg zu entfachen. Die PLO entführte und mordete. Sie mögen keine Islamisten gewesen sein. Doch ihre Taten – die mörderischen Aktionen des palästinensischen „Widerstands“ – waren dieselben.

Oft fällt es Außenstehenden schwer, die Beweggründe der Palästinenser zu begreifen: wollen sie nicht „einfach nur einen eigenen Staat“?

Wollen sie nicht einfach nur eine „gerechte Lösung“ des „Konflikts von 1948“?

Und soweit sie Gräueltaten begehen, ist das nicht einfach nur eine Reaktion auf „zionistische Propaganda“?

Wenn die „kolonialistischen Israelis“ den „armen Palästinensern“ endlich nicht mehr das Recht auf Selbstbestimmung verweigern würden, gäbe es Frieden und Ruhe im Nahen Osten. Endlich.

So heißt es zumindest.

Doch eine solche Analyse widerspricht jeder historischen Betrachtung. 1936, 1947, 1967, 1978, 1982, Oslo, 2000, 2001, 2005, 2008:

Wie viele Friedensangebote muss ein Land noch unterbreiten, bis wir alle begreifen, dass die Gegenseite kein Interesse hat?

Hätten die Palästinenser lediglich einen eigenen Staat gewollt, hätten sie ihn längst und spätestens zwölf Jahre vor der Wiedergründung Israels erreichen können.

Doch Frieden war nie ihr Ziel.

Die Antwort auf Baraks umfassende Friedensregelung war die „Zweite Intifada“.

Die Antwort auf Sharons Rückzug aus dem Gazastreifen waren Raketen, Tunnel und Terrorismus.

Ihre Bilanz ist eindeutig: Keine Gegenangebote, kein Abkommen, kein Friedenspartner.

Aber warum?

Weil Palästina keine nationale Bewegung für Selbstbestimmung ist.

Es könnte eine sein, es sollte eine sein, aber es ist keine.

Wie in der PLO-Charta klar dargelegt, ist der Palästinismus die Avantgarde des panarabischen Imperiums.

Es ist eine temporäre Identität, die aufrechterhalten werden muss, bis die nicht-arabischen Juden aus dem Nahen Osten vertrieben oder ihnen zumindest ihre Souveränität als freies, einheimisches Volk des Nahen Ostens aberkannt wird.

Er ist eher ein Instrument zu einer jüdischen Nicht-Selbstbestimmung, als ein Wegbereiter für die nationale Selbstverwirklichung der Palästinenser.

Sie sind die Speerspitze eines zerfallenden Imperiums.

Ob säkular oder islamistisch, ob von ihren „arabischen Brüdern“ im Stich gelassen oder unterstützt, sie werden den Kampf bis zum letzten Mann, der letzten Frau und dem letzten Kind unerbittlich fortsetzen.

Das Problem der palästinensischen Führung besteht darin, dass ihre arabischen Brüder rapide das Vertrauen in das Imperium verlieren.

1978 war es der Ägypter Sadat, der nationale über imperiale Interessen stellte.

Heute sind es die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, die die Reform anführen.

Doch die „Palästinenser“ werden nicht nachgeben.

Selbst wenn alle Kolonien der Pax Arabica ihre wahre Unabhängigkeit erklären würden, würde die „palästinensische“ Vorhut weiterkämpfen.

Vor diesem Hintergrund wird die „Unlösbarkeit“ des israelisch-palästinensischen Machtkampfs verständlich. Und vor diesem Hintergrund wird etwa die ägyptische Zurückhaltung, ja die offene Feindseligkeit gegenüber der Idee einer palästinensischen Flüchtlingswelle in den Sinai verständlich.

Es liegt nicht daran, dass sie Israel hassen.

Es liegt daran, dass sie den palästinensischen Terrorismus hassen.

Al-Sisi hat Recht.

Er weiß, dass die Palästinenser ihr Hoheitsgebiet unweigerlich für Raketenangriffe auf ihren jüdischen Nachbarn nutzen würden, und sie wollen keine israelische Vergeltung provozieren, die ihr Land womöglich in einen ungewollten Krieg hineinziehen könnte. Sie haben den jordanischen Film gesehen. Sie haben den libanesischen Film gesehen. Sie wollen nicht „Zurück in die Zukunft III“ drehen.

Lasst uns die Wahrheit sagen. Nur dieses eine Mal.

Die Wahrheit, die den ägyptischen Präsidenten, den verstorbenen König Hussein von Jordanien, die maronisch-christlichen Führer des Libanon und mich eint, ist, dass dieses Problem nicht ausschließlich islamistischer Natur ist.

Es ist palästinensisch und arabisch-imperialistisch.

Es ist der nie endende Wunsch – von 1917 über 1948, 1967, 1973 bis 2023 –, Israel mit allen erdenklichen Mitteln zu vernichten, damit die Pax Arabica den Nahen Osten endgültig und unangefochten dominieren kann.

Und all dies geschieht gegen die nationalen Interessen Jordaniens, Ägyptens, des Libanon, Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate und der gemäßigten arabischen Staaten. Genug gesagt. Genug gesagt. Genug gesagt. Genug gesagt.

Und genug gesagt, so auch die arabischen Nachbarn des jüdischen Staates.

Wir alle wollen Frieden.

Wir alle wollen den Würgegriff des palästinensischen Terrorismus auf die Angelegenheiten des Nahen Ostens beenden; sein Beharren auf der Aufrechterhaltung einer feindseligen Allianz gegen alle nicht-arabischen Nachbarn.

Es ist an der Zeit, die palästinensische politische Elite als die Sympathisanten des Terrorismus zu entlarven, die sie sind.

Es braucht eine neue palästinensische Politik. Mit echten Gemäßigten. Mit Sadats und Zayeds. Mit nationalen Träumen von Selbstbestimmung, die imperialistische Träume von monolithischer Hegemonie überwinden. Andernfalls wird das palästinensisch-arabische Projekt ewigen Krieg in die Stadt des Friedens und ewiges Elend über die Kinder aller Glaubensrichtungen bringen.

Werden die wahren palästinensischen Nationalisten – Bitte - aufstehen?

KAPITEL 3: Über diktatorische Unterdrückung

L'ÉTAT, C'EST NOUS: KICKING THE CAN DOWN THE NILE- Das Problem aufschieben

Abdelfatah al-Sisi hat ein Problem. Genauer gesagt, mehrere – und ich beneide ihn nicht.

Als mächtigster Gefangener der Welt steht er vor zwei unüberwindlichen Hindernissen auf dem Weg zur Freiheit.

Das erste – und sein dringlichstes – ist der Militärkomplex, der das Land regiert.

Obwohl al-Sisi nominell an dessen Spitze steht, trägt er den Titel des Präsidenten nur aus einem einzigen Grund: um die Interessen der Armee zu schützen – einer Kampftruppe nur dem Namen nach.

Denn das Hauptziel des Militärs ist nicht die Verteidigung des Vaterlandes. Es ist die Verteidigung seiner privaten Geschäftsinteressen gegen unerwünschte Konkurrenz.

Nahezu jeder Bereich der ägyptischen Wirtschaft wird vom Militär kontrolliert, und jeder Versuch al-Sisis, die Wirtschaft durch die Privatisierung staatlicher Vermögenswerte zu liberalisieren, würde auf heftigsten Widerstand stoßen.

Das heißt, er würde durch einen gefügigeren Mann ersetzt werden.

Sein zweites, aber damit verbundenes Hindernis ist nicht weniger furchteinflößend: das ägyptische Volk. 107 Millionen Menschen drängen sich auf einem fruchtbaren Gebiet, das nicht größer ist als Schottland.

Auch wenn eine Karte Ägyptens – mit den endlosen Sahara-Wüsten – etwas anderes vermuten lässt, ist Ägypten in Wirklichkeit eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt, nur übertroffen von den Mikronationen Monaco, Singapur und dem Gazastreifen.

Trotz der Bemühungen der ägyptischen Regierung, die Geburtenrate durch Werbekampagnen zu senken, bekommen die Frauen weiterhin Kinder, was der ägyptischen Nation offensichtlich schadet.

Bis 2050 wird die Bevölkerung die 150-Millionen-Marke überschritten haben. Das ist nicht tragbar, und ist destabilisierend.

War Ägypten einst die Kornkammer des Römischen Reiches, ist die Arabische Republik heute gezwungen, Getreide zu importieren. Es scheint keinen Ausweg zu geben.

Da al-Sisi weder das Land reformieren noch die Geburtenrate eindämmen noch dem Wüstenland mehr Ackerland abringen konnte, greift er zur Ludwig-XIV.-Methode: Flucht vor dem Volk.

Er errichtet ein Versailles in der Wüste, fernab der aufgebrachten Bevölkerung, und verlegt die Regierung dorthin in eine „Neue Verwaltungshauptstadt“.

Auf dem Papier scheint dies nicht mehr als ein Prestigeprojekt mit freudianischen Problemen zu sein. Die größte Moschee. Die größte Kathedrale. Der größte Fahnenmast. Und nicht zu vergessen das höchste Gebäude der Welt!

Der Präsidentenpalast wird protzig und opulent sein, und der funkelnde neue Komplex des Verteidigungsministeriums wird das Pentagon in den Schatten stellen.

Denn er wird nicht nur achteckig sein (!), sondern sich auch über eine Fläche erstrecken, die der Größe des unabhängigen Staates San Marino entspricht.

Und das alles für ein Land mit einem vergleichsweise niedrigen Verteidigungsbudget, von dem ein beträchtlicher Teil vom US-Steuerzahler als Gegenleistung für den Frieden mit Israel beigesteuert wird.

Es scheint, als würden Touristen in tausend Jahren noch mehr unglaubliche Bauwerke als die aus der Pharaonenzeit besichtigen können! Die neue Hauptstadt treibt das Land in den Bankrott.

Während das Land von Chaos im Sudan, in Gaza und Libyen umgeben ist und die Raketen der Huthi die Einnahmen aus dem Suezkanal massiv beeinträchtigen, gibt die Regierung immer mehr Geld aus, das sie nicht hat.

Sie ist süchtig nach teuren Krediten geworden, deren Tilgungszahlungen mehr als die Hälfte der gesamten Staatsausgaben ausmachen. Ein Teufelskreis. Der IWF fordert für jeden neuen Kredit eine Abwertung des ägyptischen Pfunds, wodurch der US-Dollar für den Durchschnittsägypter immer teurer wird; und mit der stetig steigenden Inflation wird das Leben am Nil nahezu unmöglich.

In diesem Jahrhundert gab es bereits zwei Revolutionen, die nicht zuletzt durch die Nähe der Macht zum Zentrum des zivilen Kairos verursacht wurden. Indem sie den Tahrir-Platz füllten und die Regierungsarbeit lahmlegten, erzwangen die Demonstranten zweimal einen Führungswechsel.

Und da sich die Lage seit 2013 noch verschlimmert hat und die Wut der Bevölkerung weiter zugenommen hat, sind die Voraussetzungen für einen Regimewechsel nach wie vor gegeben.

Würde die Regierung verkünden: „Sollen sie doch Kuchen essen“, könnte die Antwort lauten: „Nur wenn ihr zahlt.“ In diesem Kontext erscheint die Verlegung der Hauptstadt aus Kairo sinnvoll – zumindest aus zynischer, politischer Sicht.

Trotz der Belastung für den Staatshaushalt gibt es keinen anderen Weg.

Das Volk stellt eine Gefahr dar. Die Revolutionsgefahr ist real und besteht fort. Warum nicht dem Beispiel von König Ludwig folgen und die Regierung vom Pariser Mob wegbringen?

Proteste in Kairo würden die Regierung nicht länger lahmlegen; denn das Regime befände sich 80 Kilometer entfernt in einer Sandwüste, praktischerweise abgeschnitten vom öffentlichen Nahverkehr. [Kurioserweise war die geplante Einschienenbahn von Kairo zur Neuen Hauptstadt eines der wenigen Projekte, die angesichts explodierender Haushaltssmittel gestrichen wurden.]

Bürger könnten dort leben, aber nicht das gemeine Gesindel. Die teuren neuen Wohnungen wären ausschließlich Autobesitzern vorbehalten. Das heißt, wohlhabende Menschen profitieren von der militärischen Kontrolle über die Wirtschaft.

Selbst wenn es Demonstranten gelänge, die neue Hauptstadt zu erreichen – indem sie irgendwie an Autos gelangen und die unvermeidlichen Kontrollpunkte der Regierung umgehen –, würden sie auf breite Boulevards stoßen, die eigens dafür angelegt wurden, Barrikaden im Stil von „Les Misérables“ zu vermeiden. Chinesische Kameratechnik, die überall auf den Straßen zu finden ist, würde die Gesichter der „Staatsfeinde“ identifizieren. Und falls Sie sich fragen, ob der Regierung das Geld für den Bau dieser Pariser Fluchtkapsel ausgeht, hat al-Sisi einen geheimen Trumpf in der Hand: niemand außerhalb der Türkei, des Irans und Qatars wünscht sich den Sturz seiner Regierung.

Sie mag das ägyptische Volk im Stich lassen, aber sie ist ein Stabilitätsanker in einer explosiven Region.

Wer möchte schon, dass die riesige ägyptische Bevölkerung als hungernde Flüchtlinge durch den Nahen Osten und Europa irrt? Wer möchte eine islamistische Regierung in Kairo? Wer möchte, dass ein Feind der Golfmonarchien, des ägyptisch-israelischen Friedens und der Freizügigkeit im Suezkanal in der Wüste entsteht? (Fast) niemand.

Der Zusammenbruch des ägyptischen Staates wäre eine Katastrophe für die meisten arabischen Staaten, Europa, die USA und Israel und würde ein weiteres gewaltiges Weltproblem aufwerfen.

Solange al-Sisi Inseln im Roten Meer an Saudi-Arabien und Immobilien im Mittelmeer an die VAE veräußern kann, wird er überleben.

Solange die Hilfen der USA und der EU fließen, wird seine Regierung bestehen bleiben. Doch es ist ein Pulverfass, das Frankreich nur allzu gut kennt. Der Staat sind wir. Wir, nicht ich. Denn es ist der ägyptische Militärkomplex, nicht al-Sisi selbst, der dafür sorgt, dass dieser höllische, unhaltbare Albtraum weitergeht. Ein Escape Room ohne Tür.

Das ägyptische Volk, wie alle seine nicht-palästinensischen arabischen Brüder, versteht die Wahrheit: das Debakel der Pax Arabica steht kurz vor dem Zusammenbruch. Der versprochene Wohlstand des „Sozialismus“, die ethnische Solidarität und die imperiale Vorherrschaft haben sich als betrügerischer Betrug erwiesen. Sie haben nichts als politische Unterdrückung, politische Niederlage und Verarmung gebracht.

Die ägyptische Regierung, seit Sadat, hat dieselbe Wahrheit erkannt. Deshalb hat sie sich Friedensabkommen mit Israel und Übereinkünften mit den Vereinigten Staaten zugewandt. Sie hat die Muslimbrüder verboten und eine gemäßigtere Außenpolitik angestrebt.

Doch was sie nicht versucht hat, ist noch vielsagender:

warum haben Ägyptens Partner und die eigene Regierung nicht in Bildung investiert, anstatt in Militärhilfe?

Warum wurden nicht die Grundlagen für einen prosperierenden und stabilen Staat gelegt?

Warum wurden die Menschen nicht von ihren Vorurteilen befreit und darüber aufgeklärt, dass es einen anderen Weg gibt?

Warum wird in den ägyptischen Medien immer noch antiisraelischer Hass geschürt?

Warum ist der „Frieden“ ein halbes Jahrhundert nach dem Sadat-Begin-Abkommen immer noch so brüchig?

Und warum werden Menschen von einem scheinbar säkularen Regime immer noch für den Übertritt vom Islam bestraft?

Handelt der Präsident nicht entgegen seinen eigenen langfristigen Interessen? Die Antworten liegen auf der Hand und lassen sich in einem kurzen Satz zusammenfassen: Al-Sisi fürchtet das ägyptische Volk.

Und nicht nur er: Auch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA.

Aber warum? Weil sie wissen, dass das Ergebnis einer Volksrevolution – oder einer aufgezwungenen Demokratie – kein stabiler Staat mit gefestigten Institutionen, Menschenrechten und westlicher Freiheit wäre.

Es wäre nicht einmal eine Diktatur nach chinesischem Vorbild mit wirtschaftlichem Aufschwung. Es wäre zweifellos ein islamistisches Chaos mit noch größerer Armut und noch mehr Elend.

Denn obwohl sich das ägyptische Volk unterdrückt fühlt und sich mit jedem Tag nach Freiheit sehnt, sucht es nicht nach „westlichen“ Lösungen für seine Befreiung.

Zuerst muss es noch tiefer in den Abgrund der Verzweiflung stürzen.

Sie müssen die „Freiheit“ des Islamismus erleben, eine „Lösung“, die den arabischen Imperialismus mit einer wahrhaft globalen imperialen Ideologie in den Schatten stellt.

El-Sisi ist schwach, aber er muss standhaft bleiben.

Denn wenn das Ancien Régime schließlich fällt, wird es verheerende Folgen haben – und eine Schreckensherrschaft.

KAPITEL 4: Über Islamistische „Freiheit“

MAKE THE UMMAH GREAT AGAIN! – Macht die Ummah wieder groß !

The Godfather of Middle Eastern Chaos : Der Pate des Chaos im Nahen Osten

Der Pate des Chaos im Nahen Osten, Sayyid Qutb, ist womöglich der einflussreichste Philosoph unserer Zeit.

Denn obwohl vielen sein Name unbekannt sein mag, ist wohl niemand seiner Wirkung entgangen.

Nur mit seinen Schriften ausgestattet, lehrte sein Bruder Mohammed an einer renommierten saudischen Universität. Inspiriert und radikaliert beging ein berüchtigter Student das Verbrechen des Jahrhunderts. Sein Name : Osama Bin Laden.

Doch seine Lehren verbreiteten sich weit über sunnitische Kreise hinaus. Ayatollah Khomeini, so schiitisch er auch gewesen sein mag, schöpfte großen Nutzen aus dem intellektuellen Sumpf Qutbs.

Siehe da : er bildete die Grundlage der „Islamischen Revolution“ im Iran. So lässt uns, am Vorabend des hoffentlich bevorstehenden Zusammenbruchs dieses Regimes, die Verderbnis aufdecken, aus der es hervorgegangen ist. Denn der Qutbismus stellt nicht nur im Iran, in Saudi-Arabien und in der gesamten islamischen Welt eine Herausforderung dar. Er birgt, meiner Ansicht nach, eine existenzielle Bedrohung für den gesamten britischen und europäischen Gesellschaftsvertrag.

Wer war Sayyid Qutb?

Er war ein führendes Mitglied der „Muslimbruderschaft“ und ein einflussreicher ägyptischer islamistischer Intellektueller. Viele seiner 24 Bücher wurden vom ägyptischen Staat verboten. Nachdem er zweier Attentate auf seinen ägyptischen, panarabischen Führer Gamal Abdel Nasser beschuldigt worden war, wurde er inhaftiert und schließlich 1966 hingerichtet.

Doch obwohl sein Körper in den Tiefen der Erde verweste, gelang es seiner Seele nicht, in den islamischen Himmel aufzusteigen. Stattdessen beeinflusste er eine ganze Generation der ägyptischen Oberschicht – Politiker, Intellektuelle und Literaten wurden durch seine Worte radikalisiert. Schüler und Studenten lernten anhand eines Lehrplans, der seine Schriften in den Vordergrund stellte, und so wurde eine ganze neue Generation mit der islamistischen Ideologie vertraut gemacht.

Auch wir müssen uns nun einer ähnlichen Bildung unterziehen, um die Bedrohung zu verstehen, der wir gegenüberstehen : Islamisten, Marxisten und Ansätze zur „Unterdrückung“ - es dürfte den Leser nicht überraschen, dass dieses Kapitel dem Inhalt von Qutbs Weltanschauung überwiegend negativ gegenübersteht, mit besonderem Fokus auf sein ikonisches Werk „Ma'alim fi al-Tariq“ (Meilensteine).

Beginnen wir dennoch mit einem potenziell positiven Aspekt und beleuchten wir das scheinbar wohlwollende Ziel von Qutbs Ideologie.

Obwohl er später „im Namen des Islam“ zu Märtyrertum und Mord aufrief, war sein Ziel nicht der Tod an sich.

In vielerlei Hinsicht strebte er genau das an, wonach wir alle streben, vom Marxisten bis zum englischen Liberalen: Freiheit – Freiheit von Unterdrückung, Freiheit von Tyrannie und vor allem Freiheit von der Sklaverei.

In Anlehnung an das Kommunistische Manifest, das die Arbeiter zur Befreiung von ihren Fesseln aufrief, forderte Qutb die islamischen Gläubigen auf, es ihm gleichzutun.

In Anlehnung an den Exodus, in dem der israelitische Diener von menschlicher Unterdrückung befreit wurde, um in der Wüste ein Diener Gottes zu werden, rief Qutb die wahren Anhänger des Islam auf, sich von ihren menschlichen Herren zu befreien.

Nur so können sie unter der Herrschaft Gottes wahre Freiheit erlangen. Selbst in England, wo Voltaire die vielfältige Vermischung der Religionen auf dem Markt lobte und von der Toleranz des Staates gegenüber nicht-anglikanischen Konfessionen schwärmt, tut er dies im Namen der Freiheit.

Seine Verachtung für die Natur tyrannischer menschlicher Herrschaft ist mehr als deutlich. So verstanden, ist Qutbs Ziel keine radikale Abkehr von jenen religiösen und nicht-religiösen Ideologien, die in anderen Welten aufgeblüht sind.

Die Befreiung der Menschheit von ihren Fesseln scheint ein universelles Ideal zu sein. Trotz seiner spezifischen Kritik an kommunistischen Gesellschaften in der Einleitung des Buches kann „Meilensteine“ mitunter als theistische Adaption marxistischer Ideologie gelesen werden, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Wiederholung des Begriffs „Unterdrückung“.

Im „Kommunistischen Manifest“ schreiben Marx und Engels von der allmählichen Reduzierung der Klassen im Laufe der Zeit. Im Feudalzeitalter rangen viele konkurrierende Interessen um die Befriedigung ihrer gemeinsamen Interessen. Mit dem Aufkommen des Kapitalismus und der Industriellen Revolution blieben der Gesellschaft jedoch nur noch zwei bedeutende rivalisierende Klassen: die Bourgeoisie und das Proletariat.

Dies sei eine positive Entwicklung auf dem Weg zum Kommunismus, so die Befürworter. Doch indem sie die Bauern in Städten konzentrierten und ihnen zumindest eine Grundbildung ermöglichten, hätten sich die Kapitalisten selbst geschadet. Schließlich, so die Behauptung, würden die Arbeiter sich in einer Revolution erheben, und nach einer unbestimmten Zeit proletarischer Diktatur würde eine einzige kommunistische Klasse die Macht übernehmen.

Qutbs Islam erscheint als ein weiterer, gewiss ebenso gefährlicher Versuch, die Menschheit in einer einzigen, gleichgestellten internationalen Klasse zu vereinen, in der sich alle einer festgelegten Ordnung „freiwillig unterwerfen“.

Beim Lesen von „Meilensteine“ sollte man daher der Versuchung widerstehen, den Islamismus mit der islamischen Kultur im Allgemeinen - oder gar mit „Religion“ ! - gleichzusetzen.

Denn sein vielleicht gefährlichster Widersacher ist der gottlose, säkulare und doch grenzenlose Marxismus.

In beiden Fällen sehen wir eine Ideologie, die sich direkt gegen die Nation und jede Identität richtet, die durch Sprache, Kultur, Ort oder Ethnizität geprägt ist. In beiden Fällen sehen wir einen restriktiven, „universalistischen“, gewalttätigen „Internationalismus“, der als „Heilmittel gegen Sklaverei und Unterdrückung“ propagiert wird.

Das islamistische Glaubenssystem

Die genauen Konturen der von Qutb propagierten „Freiheit“ sind mittlerweile allgemein bekannt. Die Offenbarung des Korans wird als Akt reinen religiösen Glaubens und nicht als intellektuelle Entdeckungsreise verstanden.

Seine Lehren werden bedingungslos und ohne Hinterfragen befolgt.

Eine vom wahren Glauben getrennte säkulare Sphäre wird abgelehnt. Der Islam ist allumfassend und auf alle Lebensbereiche anwendbar.

Alle nicht-islamischen Quellen und Weisheiten gelten als wertlos, und alle früheren muslimischen Gelehrten und Philosophen, die versucht haben, den Islam in einen breiteren Wissensraum zu integrieren, hätten dies „in sündhaftem Irrtum“ getan.

Qutb zufolge ist die islamische Welt durch die Vermischung mit ungültigen Weisheitsquellen verfallen (die Parallelen zur nationalsozialistischen Idee der Rassenmischung sind beunruhigend offensichtlich).

Um die Umma – und damit die Welt – zu reinigen, sei eine Rückkehr zu den Werten der ersten islamischen Generation notwendig.

Der Islam dürfe nicht länger als Kultur, Philosophie oder Inspirationsquelle für einen bestimmten Teil der Weltbevölkerung betrachtet werden; vielmehr muss er sich wieder als der „eine universelle Glaube“ verstehen, der die „alleinige und einzigartige Wahrheit“ innerhalb seiner heiligen Schriften bergen soll.

Qutb bekräftigt die Einteilung der Welt in ein „Haus des Friedens“ und ein „Haus des Krieges“, wobei eine dritte, dazwischenliegende Gruppe für die „Schriftbesitzer“ - also Christen und Juden - vorgesehen ist.

Anders als die ketzerischen Polytheisten, die bekämpft werden müssten, bis sie sich dem Islam unterwerfen, haben die monotheistischen Glaubensgenossen der Welt die Wahl: die Vorherrschaft des Islam anerkennen und eine Tributsteuer entrichten oder die Konsequenzen tragen.

„Meilensteine“, wie der englische Titel bereits andeutet, sieht diesen Prozess weder als schnell noch als einfach an.

Er wird Zeit brauchen. Es ist ein Prozess, der methodisch, Schritt für Schritt, erreicht werden muss.

Wenn der wahre Muslim von einer Mehrheit Nichtgläubiger umgeben ist, muss er sich möglicherweise zurückhalten, oder „verstellen“, genau wie in den Tagen der ersten Muslime von Mekka.

Aber wo immer es ihm möglich ist, kämpft er, um zu siegen. Zunächst gegen jene, die als Abnehmer des Monotheismus gelten, und, wo nötig, gegen jene, die sich weigern, die Vorherrschaft des einen wahren Glaubens anzuerkennen.

So tief sei die Umma seit ihren Weltherrschaftszeiten gesunken, dass es notwendig geworden sei, den „defensiven“ Angriff mit einer „Avantgarde“ anzuführen. Jene, die nichts fürchten und alle Sorgen hinter sich gelassen haben, so überzeugt sind sie von der Wahrheit der Botschaft.

Angesichts von „Armut, Schwierigkeiten, Frustration, Qualen“ und unzähligen Rückschlägen wird der islamistische Kämpfer nicht den Mut verlieren. Stattdessen wird er seinen Kampf für die „Befreiung der Menschheit von Unterdrückung“ fortsetzen, unter einer scheinbar allumfassenden, internationalen und universellen Unterwerfung unter „die Wahrheit“. Es bleibt dem Leser überlassen zu entscheiden, ob ein solches Mittel tatsächlich Freiheit bedeuten kann.

Märtyrertum und der Sinn des Lebens

Qutb lehnt ausdrücklich die Vorstellung ab, dass der Sinn des Lebens utilitaristisch sei; dass wir nach Vergnügen streben oder uns gegen Schmerz verteidigen müssten. Auch die Suche nach Wissen begründe keinen Sinn.

Vielmehr muss das Leben, gemäß Qutbs alarmierendster Auffassung, als „Kampf zwischen Glaubensrichtungen – ob Unglaube oder Glaube, ob Dschahiliyya oder Islam“ – verstanden werden.

Er stellt zutreffend fest, dass, wäre der Kampf politischer, wirtschaftlicher oder rassistischer Natur, „seine Beilegung einfach wäre“, doch als Kampf zwischen Glaubensrichtungen ist Frieden ohne Unterwerfung unmöglich.

In diesem berüchtigten Absatz verstehen wir schließlich das jahrhundertlange Scheitern der „Lösung“ des „israelisch-palästinensischen Konflikts“.

Politische Fragen liessen sich „leicht“ lösen, ebenso solche, die rassistische Ungerechtigkeit betreffen, doch jene, die auf fundamentalistischem Glauben beruhen, sind unweigerlich unlösbar.

Qutbs Weg zu seinen islamistischen Zielen führt über das Märtyrertum.

Diese Vorschrift wird dem Leser in Kapitel 12 (mit dem Titel „Dies ist der Weg“) klar dargelegt, und ihre Wirksamkeit soll auf der Befreiung des Märtyrers von der „Anbetung dieses Lebens“ beruhen.

Nichts, nicht einmal Folter, wird die Vorhut von ihrer blutigen Mission abhalten können.

In einer besonders verstörenden Passage erwähnt Qutb sogar zustimmend das Martyrium von Kindern:

Der Gesandte Gottes – Friede sei mit ihm – sagte:

„Wenn das Kind eines Menschen stirbt, fragt Gott die Engel: Habt ihr die Seele des Kindes Meines Dieners genommen? Sie sagen: Ja.

Dann fragt Er: Habt ihr den Apfel Meines Auges genommen? Sie sagen: Ja.

Dann fragt Er: Was sagte Mein Diener? Sie sagen: Er lobte Dich und sagte: „Wahrlich, wir gehören Gott, und zu Ihm kehren wir zurück.“

Dann sagt Er: Baut ein Haus für Meinen Diener im Garten und nennt es das Haus des Lobes.“ (Tirmidhi)

Wieder einmal sehen wir die Resonanz dieser Philosophie in den heutigen Ereignissen. Die Hamas ist bereit, den Tod ihrer Kinder hinzunehmen, ja ihn sogar zu fördern, im „sicheren“ Wissen, dass die jungen Verstorbenen bald ins Paradies eingehen werden.

Der Tod soll gefeiert werden. Der Tod muss über das Leben triumphieren, damit die Unterdrückung von der Erde verschwindet.

In seinen eigenen Worten: „Diese Welt ist kein Ort der Belohnung.“

Islam, Islamismus und die Avantgarde

Ich habe bei dieser Darstellung von Qutbs Islamismus – dem Manifest eines Todeskultes, formuliert im eleganten Stil eines belesenen Akademikers – sehr darauf geachtet, den Begriff „Islamismus“ niemals mit dem Glauben an den Islam gleichzusetzen. Ich tue dies nicht aus politischer Korrektheit, sondern weil Qutb selbst diese Unterscheidung impliziert.

Zugegeben, was Qutb als Islam bezeichnet, und ich als Islamismus, ist das, was Qutb als den einzigen „wahren Islam“ ansieht.

Doch indem der Autor die Reinheit seiner Darstellung betont, impliziert er zwangsläufig, dass die (überwiegende) Mehrheit der Muslime, die nicht zur Avantgarde gehören, ihren Glauben anders interpretieren.

Es steht mir als Nicht-Muslim nicht zu, die „richtige Interpretation“ zu verkünden, sondern lediglich festzustellen, dass es in diesem Punkt (blutige) Auseinandersetzungen zwischen Qutbs Anhängern und jenen gibt, die sich außerhalb des islamistischen Lagers befinden.

Qutbs Lager bildete 1966 eindeutig die überwältigende Minderheit, sonst hätte er ja nicht von einer „Avantgarde“ sprechen müssen.

Wozu überhaupt von einem schrittweisen Prozess?

Qutbs Frustration darüber, dass die Muslime seiner Zeit von äußeren Einflüssen verunreinigt würden, inspirierte ihn überhaupt erst zu diesem kontroversen Werk.

Er sah den „Abfall“ von der vermeintlichen Reinheit des frühen Islam als Ursache für den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang der muslimischen Welt.

Die Anziehungskraft seiner Ideologie, der Wunsch, die Umma wieder groß zu machen, ist genau das, was Osama Bin Laden, Ayatollah Khomeini und eine Reihe wohlhabender, vermeintlicher „Intellektueller“ dazu ermutigte, seinem Beispiel zu folgen.

Entweder ist der Islam wahr und wir müssen uns grundlegend reformieren, um unsere Größe wiederzuerlangen; oder der Islam ist falsch und wir sind von Gott verworfen. Letzteres dürfen wir nicht zulassen. Deshalb müssen wir kämpfen.

Der Unterschied zwischen Qutbs Freiheit und der anglophonen Freiheit könnte nicht größer sein. Voltaire stellte den intellektuellen Niedergang des katholischen Frankreichs dem wirtschaftlichen Fortschritt des anglikanischen Englands gegenüber und pries dessen Toleranz als Schlüssel zum Erfolg.

Man kann nur erahnen, mit welcher Verachtung er Qutbs Islamismus betrachtet und ausgeführt hätte:

wenn die muslimische Welt wirklich wirtschaftlichen, intellektuellen und politischen Fortschritt anstreben – wenn sie sich tatsächlich von Unterdrückung befreien will –, dann muss sie dem Weg Englands im 18. Jahrhundert folgen:

Sie muss den Markt liberalisieren, ihre Handelswege öffnen und die damit einhergehende friedliche Vermischung der Religionen akzeptieren.

Es ist mit großer Freude zu beobachten, dass insbesondere die Vereinigten Arabischen Emirate die Wechselbeziehung zwischen Handel und Frieden, zwischen der Toleranz gegenüber den Quäkern und dem Erreichen von Größe endlich erkannt haben.

Vielleicht, wer weiß, werden diese Länder bald stolz das verkünden können, was Voltaire in seinem berühmten Brief über England schrieb: „Betrachten Sie die Royal Exchange in London, einen Ort, der ehrwürdiger ist als so manches Gericht, wo sich die Vertreter aller Nationen zum Wohle der Menschheit versammeln.“

Dort handeln Juden, Muslime und Christen miteinander, als ob sie alle derselben Religion angehörten, und bezeichnen nur Bankrotteure als Ungläubige.

Dort vertraut der Presbyterianer dem Täufer, und der Kirchgänger verlässt sich auf das Wort des Quäkers.“ Er fuhr fort: „Wäre in England nur eine Religion erlaubt, würde die Regierung sehr wahrscheinlich willkürlich werden; gäbe es nur zwei, würden sich die Menschen gegenseitig umbringen; aber da es so viele gibt, leben sie alle glücklich und friedlich.“

In jenen alten englischen Zeiten handelte der Muslim mit Angehörigen aller Glaubensrichtungen.

In jenen alten englischen Zeiten erlangten Muslime im Handel mit Juden Wohlstand. In jenen alten englischen Zeiten fanden Muslime im Handel mit Juden Frieden. In jenen alten englischen Zeiten fanden Muslime Frieden und Glück mit allen, wenn sie in Gegenwart völliger religiöser Vielfalt Handel trieben.

Vielleicht liegt darin das Geheimnis. Vielleicht ist dies der Grund für den Niedergang der islamischen Welt. Der Weg zur islamischen Wiedergeburt führt nicht über die „Befreiung“ von Unterdrückung durch Massenunterdrückung. Auch nicht über das Festhalten an imperialen Visionen. Vielmehr liegt er in der Akzeptanz von Frieden durch religiöse Vielfalt, gestützt auf Handelsfreiheit.

Wir können nur hoffen, dass ein solcher Wandel bevorsteht; dass die islamische Welt wieder zu Größe gelangt und wir alle ihren Fortschritt bejubeln werden. In jenen kommenden Tagen wird der totalitäre Islamismus der Vergangenheit angehören. Er wird durch eine furchtlose Rückkehr zur anglophonen Freiheit des 18. Jahrhunderts ersetzt werden, in der Juden, Muslime und Christen friedlich zusammenleben. Möge es bald so weit sein, und zwar in unseren Tagen.

Insha'allah.

KAPITEL 5: Über das Elend des Islamismus - ALLE AUGEN AUF NIGERIA !

Einleitung:

„Westliche“ Bildung ist verboten. Entführung ist völlig in Ordnung. Boko Haram war noch nie für seine Intelligenz bekannt; was möglicherweise mit ihrer Überzeugung zusammenhängt, dass „westliche Bildung verboten ist“.

In einem Interview mit der BBC vor seiner außergerichtlichen Hinrichtung durch die nigerianischen Behörden erklärte der Gründer von Boko Haram, die Erde sei flach, und stellte die wissenschaftliche Erklärung für Regen infrage.

Wenn es jemals einen Beweis für die Wichtigkeit von Bildung gab, dann diesen. Angesichts der Tatsache, dass die Beschwichtigung von Islamisten an US-Universitäten immer üblicher wird, sollte er sich besser an eine israelische oder indische Ausbildung halten.

Die Brutalität dieser abscheulichen Individuen lässt sich kaum in Worte fassen. Man könnte sie sogar als „Bestien“ bezeichnen, aber man möchte sich wohl kaum vor dem Internationalen Gerichtshof wiederfinden.

Nichtsdestotrotz ist diese Beschreibung angesichts ihrer bestialischen Taten mehr als treffend.

Boko Haram rückte nach der Entführung von 276 Schülerinnen in Chibok im nigerianischen Bundesstaat Borno ins weltweite Bewusstsein. Der Fall entwickelte sich zu einem Politikum, das die Öffentlichkeit stark beeinflusste.

Hollywood wurde aktiv und mobilisierte zuvor eher zurückhaltende Schauspieler für die Sache dieser afrikanischen Tragödie.

Michelle Obama nutzte den Hashtag #bringbackourgirls, schwieg jedoch auffällig seit der Geiselnahme israelischer, thailändischer und anderer Mädchen am 7. Oktober 2023.

Doch wir sollten nicht glauben, Boko Haram sei durch die Macht amerikanischer Symbolpolitik eingeschüchtert worden.

Wir sollten uns an das Blutbad erinnern, das islamistische Terroristen im darauffolgenden Jahrzehnt angerichtet haben. Allein in den vergangenen zehn Jahren wurden in Nigeria unglaubliche 1.400 Schülerinnen von dieser abscheulichen Terrorgruppe entführt.

Boko Haram: Eine Geschichte der Brutalität.

Wir sind Taiwo Adebayo von der Associated Press zu Dank verpflichtet, der uns eine umfassende Liste der prominentesten Schulentführungen im Zeitraum 2014–2024 zur Verfügung stellt. Prominente, wahlgemerkt. Die Liste ist nicht vollständig.

Während wir diese Gräueltaten lesen, sollten wir uns fragen, ob die westliche Presse es für nötig hält, über diese Gräueltaten zu berichten.

Wir sollten uns fragen, welche Maßnahmen die „Vereinten Nationen“ und ihr Verbündeter in der Justiz, der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), ergriffen haben.

Und wir sollten uns in Grund und Boden schämen, wie wir es versäumt haben, der nigerianischen Regierung und dem nigerianischen Volk in diesem verfluchten Jahrzehnt der Hölle Solidarität zu zeigen.

Hier ist die Chronologie der Verzweiflung:

14. April 2014 – Mitglieder der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram entführen 276 Schülerinnen bei einem nächtlichen Angriff auf eine staatliche Sekundarschule in Chibok, einer Stadt im Bundesstaat Borno. Der Angriff löst internationale Empörung aus. Mehr als 90 Schülerinnen und Schüler werden laut Amnesty International weiterhin vermisst.

19. Februar 2018 – Eine Boko-Haram-Gruppe entführt 110 Schülerinnen eines naturwissenschaftlichen Mädchengymnasiums in Dapchi, einer Stadt im nordöstlichen Nigeria, Bundesstaat Yobe. Fast alle wurden später freigelassen, fünf Mädchen jedoch getötet.

11. Dezember 2020 – Bewaffnete Männer auf Motorrädern greifen eine staatliche naturwissenschaftliche Sekundarschule in Kankara, Bundesstaat Katsina, an und entführen über 300 Jungen. Die Regierung des Bundesstaates kündigte sechs Tage später nach Verhandlungen ihre Freilassung an. Der Drahtzieher des Angriffs, Auwwalu Daudawa, akzeptierte ein Amnestieangebot der Regierung, kehrte aber später in den Busch zurück, wo er von einer rivalisierenden Bande getötet wurde.

17. Februar 2021 – Bewaffnete Männer in Militärkleidung greifen nachts ein naturwissenschaftliches Gymnasium in Kagara, Bundesstaat Niger, an und entführen 27 Schüler, drei Mitarbeiter und weitere Personen. Nach Verhandlungen, wie die Regierung des Bundesstaates mitteilte, wurden die Entführten über eine Woche später freigelassen.

26. Februar 2021 – Bewaffnete entführten bei einem nächtlichen Überfall auf ein staatliches Internat in Jangebe (Bundesstaat Zamfara) über 300 Schülerinnen. Anfang März desselben Jahres wurden alle Entführten nach Zahlung eines Lösegelds freigelassen.

11. März 2021 – Bewaffnete entführten 39 Studenten – 23 Mädchen und 16 Jungen – vom Federal College of Forestry Mechanization in Afaka (Bundesstaat Kaduna). Die Studenten wurden zwischen April und Mai in mehreren Gruppen freigelassen.

20. April 2021 – Bewaffnete griffen die private Greenfield University im Bundesstaat Kaduna an und entführten mindestens 20 Studenten. Die meisten wurden freigelassen, fünf jedoch getötet, offenbar weil die Lösegeldverhandlungen zu lange dauerten.

5. Juli 2021 – Bewaffnete entführten über 100 Schüler der Bethel Baptist High School in Chikun, Bundesstaat Kaduna. Die Banditen ließen die Schüler über mehrere Monate hinweg frei.

7. März 2024 – Bewaffnete auf Motorrädern entführten 287 Schüler der staatlichen Sekundarschule in Kuriga, Bundesstaat Kaduna. Sicherheitskräfte suchten in den Wäldern Nordwestnigerias nach den Opfern.

9. März 2024 – Bewaffnete drangen in ein Internat im Dorf Gidan Bakuso im Bundesstaat Sokoto ein und entführten 15 schlafende Kinder. Auch eine Frau wurde aus dem Dorf in Nordwestnigeria verschleppt.

In der Woche, in der Taiwo Anfang März 2024 seinen Artikel veröffentlichte, wurden über 300 Studenten in zwei Vorfällen entführt, die von den untätigen Weltmedien ignoriert wurden.

Und in dieser Woche, in der ich diesen Artikel schreibe, ging der Terror im Dorf Kuchi weiter. Während die Welt aufgerufen war, aus der islamistischen Blutgier in Süd-Israel zu lernen, lassen wir Folgendes in einem kurzen, unveröffentlichten BBC-Artikel von Chris Ewokor:

Zehn Menschen wurden getötet und mindestens 160 weitere Dorfbewohner aus einer abgelegenen Gemeinde im zentralen Bundesstaat Niger in Nigeria entführt, wie Behörden mitteilten.

Eine große Anzahl bewaffneter Männer, mutmaßlich Mitglieder der militanten islamistischen Gruppe Boko Haram, drang am Freitagabend in das Dorf Kuchi ein, sagte der örtliche Beamte Aminu Abdulhamid Najume dem BBC World Service.

Bei den Entführten handelte es sich hauptsächlich um Frauen und Kinder, unter den Getöteten befanden sich auch einheimische Jäger, die für die Sicherheit des Gebiets sorgten, sagte er. Die Bewaffneten sollen auf Motorrädern nach Kuchi gefahren sein und dort sogar Zeit verbracht haben, Essen zuzubereiten, Tee zu kochen und Häuser zu plündern, bevor sie mehr als zwei Stunden später wieder abzogen.

Internationale Beschwichtigung.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft war schockierend, und zwar nicht nur aufgrund ihres Schweigens. Soweit die Ereignisse in Nigeria überhaupt wahrgenommen wurden, wurde die Schuld eindeutig „den nigerianischen Behörden“ zugeschrieben.

Nachdem „Amnesty International“ festgestellt hatte, dass islamistische Bewaffnete seit 2021 „das Dorf Kuchi immer wieder angreifen und Frauen und Mädchen in ihren Häusern vergewaltigen“, spricht die diskreditierte Organisation Boko Haram dem Islamischen Staat in Westafrika und ähnlichen Terroristen jegliche Handlungsfähigkeit, Verantwortung und Reife ab.

Sie erklärt unverblümt: „Der Einfall der Bewaffneten in das Dorf ist ein weiteres Indiz für das völlige Versagen der nigerianischen Behörden beim Schutz von Menschenleben.“

Es heißt weiter: „Amnesty International fordert die nigerianischen Behörden auf, diese Welle von Entführungen zu beenden und die mutmaßlichen Täter vor Gericht zu bringen. Häufige Massenentführungen und -morde sind ein klarer Beweis für das Versagen der Behörden beim Schutz der Bevölkerung.“

Anstatt die offensichtliche Tatsache anzusprechen, dass die Bewaffneten selbst für ihre grausame Unmenschlichkeit verantwortlich sind, wird die nigerianische Regierung – die ihre eigenen Soldaten opfert, um den anhaltenden Terrorismus zu beenden – unverdient beschuldigt.

Darüber hinaus hat „Amnesty“ versucht, den Islamismus von der allgegenwärtigen Gewalt zu trennen.

Die Organisation hat Zweifel an den Motiven der Bewaffneten geäußert und angedeutet, dass finanzielle Motive eine Rolle spielen könnten.

Ich zitiere: „Von Zeit zu Zeit fordern die Bewaffneten Millionen von Naira als Lösegeld von den Menschen, um einer Entführung zu entgehen.“

Nun, auch wenn Geld ein Teil ihrer Motivation sein mag – wann tut es das nicht? –, lassen sich zwei Punkte klar herausstellen - zunächst einmal: wofür glauben internationale NGOs, dass das von islamistischen Fanatikern angehäufte Geld verwendet werden könnte?

Könnte es nicht dazu dienen, die Macht über die lokale Bevölkerung auszuweiten und diejenigen zu terrorisieren, die sich nicht fügen?

Könnte es nicht dazu verwendet werden, die zunehmend ungebildete Zivilbevölkerung zu radikalisieren?

Und zweitens: Was auch immer die „Motive“ dieser Terroristen sein mögen, ihre Taten sind entsetzlich. Unbeschreiblich barbarisch. Und es gibt kein Motiv und keine Entschuldigung, die ihre Sünden ungeschehen machen könnte.

Doch ungeachtet der bewussten Ignoranz mancher Beobachter ist die Zwangsbekehrung zum Islam das Kernstück der Bemühungen von Boko Haram.

Wie das in der Fußnote erwähnte Video zeigt, haben die inzwischen freigelassenen (oder geflohenen) entführten Mädchen die hohe Priorität bestätigt, die die Entführer der Zwangsbekehrung einräumen.

Ein Mädchen – das sich standhaft weigerte, ihren christlichen Glauben aufzugeben – befindet sich weiterhin in Gefangenschaft. Der antichristliche Kreuzzug ist unbestreitbar der Kern der Mission von Boko Haram.

Der vollständige Name „Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'awati Wal-Jihad“ offenbart die Wahrheit. Dahah – der arabische Begriff in der bemerkenswert einfallslosen Bezeichnung – bedeutet „Konversion zum Islam“.

Und Jihad am Ende des Namens: Sie alle wissen, was das bedeutet.

Und die Wahrheit liegt in den Taten. In einem Terrorregime, das den IS in den Schatten stellt, griff Boko Haram bis Juli 2016 17.500 Kirchen an, brannte sie nieder oder zerstörte sie.

Hinzu kamen die Schließung von etwa 2.000 christlichen Schulen.

Christliche Jungen wurden unter Waffengewalt gezwungen, sich Boko Haram anzuschließen.

Selbst die eben geschilderte Chronologie von Terror, Entführungen, Kirchenzerstörung und Geiselnahmen ist nur ein Geringes im Vergleich zum Gemetzel in Nord-Nigeria.

Regierungsgebäude und UN-Einrichtungen wurden angegriffen. Und die wohl schockierendste Enthüllung ist, dass Frauen und Kindersoldaten zum Rückgrat der Boko-Haram-Kampftruppe geworden sind.

Kindersoldaten gelten in der Führung der Gruppe als „besonders nützlich“, da sie höhere zivile Opferzahlen verursachen können. Die Bombardierung ziviler Gebiete und die Maximierung ziviler Opferzahlen werden in diesem unmenschlichsten aller Kriege als unerlässlich angesehen. Und im Bestreben, die islamische Sharia in Nigeria einzuführen, wurden mindestens 35.000 Menschen getötet und 2,1 Millionen vertrieben.

Ein unerträglich trauriger Zustand, zu dem die Führung der Vereinten Nationen und ihr Sicherheitsrat kaum etwas sagen.

Nigeria wehrt sich :

Trotz der begründeten Kritik an islamistenfreundlichen NGOs setzt die nigerianische Regierung alles daran, ihre Bürger aus der Gefahr zu retten.

Die AP berichtet in einem kürzlich von Haruna Umar verfassten Artikel (21. Mai 2024):

MAIDUGURI, Nigeria (AP) – Hunderte Geiseln, zumeist Kinder und Frauen, die monate- oder jahrelang von Boko-Haram-Extremisten im Nordosten Nigerias gefangen gehalten wurden, sind aus einem Waldgebiet befreit und den Behörden übergeben worden, teilte die Armee mit.

Die 350 Geiseln waren im Sambisa-Wald festgehalten worden, einem Versteck der Extremistengruppe, die 2009 einen Aufstand begonnen hatte, sagte Generalmajor Ken Chigbu, ein hochrangiger Offizier der nigerianischen Armee, am späten Montag bei ihrer Übergabe an die Behörden in Borno, wo sich der Wald befindet.

Die 209 Kinder, 135 Frauen und sechs Männer wirkten in ihrer abgetragenen Kleidung erschöpft. Einige der Mädchen hatten Babys, die vermutlich aus Zwangsehen stammten, wie es häufig bei weiblichen Opfern der Fall ist, die in Gefangenschaft entweder vergewaltigt oder zur Heirat mit den Militanten gezwungen werden.

Eine der Geiseln hatte sieben Kinder und erzählte, wie sie und andere wegen ihrer Kinder nicht fliehen konnten. „Ich wollte immer fliehen, konnte es aber wegen der Kinder nicht“, sagte Hajara Umara, die zusammen mit ihren Kindern befreit wurde.

„Wenn sie einen beim Fluchtversuch erwischten, folterten sie einen und hielten einen auf unbestimmte Zeit fest.“

Die Armee gab bekannt, dass die Geiseln während einer mehrtägigen Militäroperation im Sambisa-Wald befreit wurden. Dieser Wald, einst ein blühendes Naturschutzgebiet an der Grenze zu Kamerun und Niger, dient heute als Rückzugsgebiet, von dem aus Boko Haram und ihre Splittergruppen Angriffe verüben, die sich auch gegen Zivilisten und Sicherheitskräfte in den Nachbarländern richten.

Die befreiten Geiseln wurden in Lastwagen zum Regierungsgebäude des Bundesstaates Borno gebracht, wo sie bis zu ihrer Heimreise von den Behörden betreut werden.

Für ihre israelischen Kollegen dürfte diese Nachricht kaum überraschend, und bekannt sein: Die nigerianische Regierung befindet sich in einem Dilemma. Wenn sie nicht handelt, wird ihr – ähnlich wie im Fall von Amnesty International – vorgeworfen, ihre Bürger nicht ausreichend zu schützen.

Wenn sie jedoch entschlossen handelt, um ihre Landsleute zu retten, wird ihr „unverhältnismäßiges Vorgehen“ unterstellt, und sie wird beschuldigt, einen Teufelskreis der Gewalt anzuzeuhen.

Nigeria hat sich mitunter nicht gerade vorbildlich verhalten. Die außergerichtliche Tötung des Boko-Haram-Gründers Mohammed Yusuf ist ein bekanntes Beispiel. Fakt ist jedoch, dass Boko Haram – und nur Boko Haram – für den Feldzug des puren Bösen verantwortlich ist, den es bewusst entfesselt hat.

Nichts, was Nigeria getan hat oder jemals tun könnte, rechtfertigt die Verachtung dieser Gruppe für die grundlegenden Normen der Menschlichkeit. Was treibt Barbaren an?

Und wo wir gerade davon sprechen: Was genau hat Nigeria getan, um den Zorn extremistischer Muslime im Norden Nigerias zu rechtfertigen?

Der vermeintliche Kriegsgrund (sprich: die jämmerliche Ausrede) kam, als nigerianische Beamte in Uniform es wagten, einen -islamistischen- Motorradfahrer anzuhalten, weil er keinen Helm trug. Das gefiel ihnen gar nicht.

Also beschlossen sie, als Reaktion darauf Kinder zu entführen, Kirchen zu zerstören und Christen massenhaft zu vertreiben – und das über ein Jahrzehnt lang!

Das Ganze erinnert stark an die Art und Weise, wie Ariel Sharons Rundgang um die heiligste Stätte des Judentums als Auslöser – und Rechtfertigung – der mörderischen „Zweiten Intifada“ instrumentalisiert wurde.

Die langfristige islamistische Feindseligkeit röhrt schlichtweg daher, dass Nigerias Süden aufgrund der britischen Kolonialherrschaft von a) Gebildeten b) Christen bewohnt wird; diese stehen einem ungebildeten, unter der Sharia vereinten Nigeria im Wege. Unglaublich. Aber wahr.

Auch wenn man die britische Vergangenheit in Westafrika in vielerlei Hinsicht kritisieren mag, steht die Tatsache, dass sie der breiten Masse westliche Bildung zugänglich gemacht haben, nicht weit oben auf meiner persönlichen Negativliste.

Nicht so laut Boko Haram. Während mich das britische Engagement für Alphabetisierung und kritisches Denken mit Stolz erfüllt, ist Bildung für Islamisten eine existenzielle Frage. In diesem Zitat legt Andrew Walker die unbegründeten Einwände Boko Harams gegen den von den Briten gebrachten Fortschritt dar: denn Boko Haram wendet sich gegen die sogenannten „Yan Boko“ in Nordnigeria.

Yan Boko bedeutet wörtlich übersetzt „Kind des Buches“. Es bezeichnet die „Elite“, die durch die Politik der indirekten Herrschaft der Briten zur Kolonialisierung Nigerias geschaffen wurde – jene Menschen, die durch schnelles Geld und korrumpernde „westliche Werte“ von Allah abgewandt wurden.

Yan Boko zu sein bedeutet, spirituell und moralisch verdorben zu sein, religiöse Frömmigkeit zu vermissen und sich kriminell zu bereichern, anstatt sich der muslimischen Umma (Gemeinschaft) zu widmen.

Auch dieser Terrorismus „entstand nicht im luftleeren Raum“.

So genannt „Progressive“ Organisationen sind von einer absolutistischen totalitären „antiimperialistischen“ Ideologie durchdrungen, die all ihre geopolitischen und historischen Interpretationen prägt.

Im nigerianischen Kontext nutzen sie diese Ideologie, um islamistische Extremisten von der Verantwortung für ihre Verbrechen freizusprechen – unfassbar.

Mit Worten, die Antonio Guterres im Hinblick auf Gaza inspiriert haben dürften, verkündete Madiha Afzal: „Die Terrorgruppe entstand nicht im luftleeren Raum!“ - und man müsse die „kontextspezifische Beziehung“ zwischen Extremismus und Bildung untersuchen.

In einem Artikel für brookings.edu stellt die Autorin folgende Behauptungen auf:

„Die Terrorgruppe entstand nicht im luftleeren Raum: Yusuf nutzte die bereits bestehenden Unzufriedenheiten im Norden Nigerias gegenüber dem westlichen Bildungssystem des Landes aus.

Diese Unzufriedenheiten beruhen auf mehreren Faktoren.

Erstens mangelt es im Norden an Akzeptanz für das ‘postkoloniale’, vom Bund auferlegte westlich geprägte Bildungssystem Nigerias. Viele Muslime im Norden betrachten dieses System als ideologisch unvereinbar mit ihren Glaubensvorstellungen und als nicht ausreichend repräsentativ.

Zweitens wird die westliche Bildung auch für die schlechten Bildungsergebnisse im Norden verantwortlich gemacht, da sie einer Bevölkerung während der Kolonialzeit aufgezwungen wurde, die mit diesem System – anders als im Süden – nicht vertraut war.

Drittens wird das westliche Bildungssystem aufgrund der schlechten Bildungsergebnisse im Norden für den Mangel an Arbeitsplätzen verantwortlich gemacht, mit dem selbst Gebildete im Norden konfrontiert sind – als Symbol für „geplatzte Träume“, die dazu führen, dass junge Menschen ihre Zeugnisse oder Abschlüsse „zerreißen“.

Viertens gilt die westliche Bildung als Symbol für die Korruption des nigerianischen Staates, da westlich gebildete Politiker und Eliten als Drahtzieher dieser Korruption gelten.“

Offenbar soll also „das westliche Bildungssystem für die Entführungen verantwortlich“ sein. Die postkoloniale Realität schuld an den Vergewaltigungen.

Der Mangel an muslimischer Repräsentation schuld an der Vertreibung von Christen.

Und die schlechten Bildungsergebnisse sind schuld an der Zerstörung von Schulen und der Rekrutierung von Kindern für Terrorgruppen.

Welch eine verlogene, perverse – aber für „anti-kolonialistische progressive“ bezeichnende – Schluss-`Folgerung`!

Insofern das Bildungsniveau in Nordnigeria mangelhaft ist, bedarf es MEHR Schulen, MEHR Engagement des Bundes und vor allem MEHR („westlicher“) Bildung.

Wenn „viele Muslime im Norden dieses System als ideologisch unvereinbar mit ihren Glaubensvorstellungen ansehen“, liegt das an IHRER muslimischen Ideologie.

Es ist weder die Schuld der Briten noch der postkolonialen nigerianischen Regierung, die – im Gegenteil – für die Verbreitung von Bildung in zuvor ungebildeten, analphabetischen Provinzen gelobt werden muss.

Der Versuch, Boko Haram in einen (solchen) „Kontext“ zu setzen, erstreckt sich sogar auf US-amerikanische Regierungskreise.

Der ehemalige US-Botschafter in Nigeria, John Campbell, beschreibt Boko Haram teilweise als eine „Bewegung des Unmuts der Bevölkerung im Norden über die anhaltende Not und Armut im Norden“.

Sie würden „Rache am Staat für die ihnen widerfahrene Behandlung üben“. Diese Schlussfolgerung widerspricht den Tatsachen, denn es ist belegt, dass Boko Haram Terroranschläge gegen die Unschuldigsten der Unschuldigen verübt: Schulkinder.

John Walker spricht weiterhin von den politischen Zielen der Gruppe, als sei ein Boko-Haram-Staat ein legitimes Ziel und ein erstrebenswertes Ergebnis für die Menschheit.

Er schreibt: Obwohl sich die Vorgehensweise der Gruppe im Laufe der Zeit verändert hat, ist ihre zentrale Idee aus dem Jahr 2002 dieselbe geblieben.

Wie Mohammed Yusuf wollen auch die heutigen Anführer der Sekte eine staatsähnliche Organisation errichten, die zunächst in kleinem Rahmen parallel zur Bundesregierung operieren soll. Sie glauben, dass diese Organisation unweigerlich wachsen und schließlich den Staat ersetzen werde.

In den Jahren 2002 und 2003, als ihre Mitglieder ungehindert agieren konnten, verfolgte die Gruppe dieses Ziel.

Darauf baute sie in den Jahren in Maiduguri auf und wuchs so weit, dass sie zahlreiche staatsähnliche Funktionen übernahm, wie etwa die Verteilung von Sozialleistungen, Berufsausbildung, Arbeitsplätze in Kleinbetrieben, die Bereitstellung von Ressourcen für die übrige Bevölkerung und eine Art „Sittenpolizei“ nach dem Vorbild der Hisbah-Religionspolizei in Kano.

Diese Funktionen bestehen auch während des Konflikts seit 2009 fort. Mustapha hat beobachtet, dass das von Boko Haram gestohlene Geld zunächst zur Entschädigung der Witwen getöteter Mitglieder verwendet wird, was nach Ansicht des Autors einem Versuch staatsähnlicher Funktionen gleichkommt.

Die Verhandlungsfalle

Indem Wissenschaftler Boko Haram in einen lokalen politischen Kontext einordnen – ähnlich wie die Hamas im „palästinensischen“ Kontext –, können sie „beweisen“, dass der IS/Al-Qaida einer anderen Kategorie angehört.

Obwohl Boko Haram die tödlichste Terrorgruppe der Welt ist, entbindet sie die Tatsache, dass sie in der Regel internationale Ziele meidet, in den Augen ihrer Apologeten von den Konsequenzen ihrer mörderischen Taten.

Während der IS in Syrien in Schutt und Asche gebombt werden kann, kann Boko Haram in Nigeria ungehindert morden, entführen und vertreiben, ohne dass die „Internationale Gemeinschaft“ eingreift.

Und wie die Hamas werden sie – in widerlicher Weise – als lokale politische Akteure betrachtet, die eine lokale politische Gruppe repräsentierten.

Doch welchen Teil der Bevölkerung sie durch ihre Barbarei vertreten, ist kaum zu ergründen.

Und genau aufgrund dieser Interpretation wächst der Druck auf die nigerianische Regierung, mit Boko Haram zu verhandeln, stetig.

Anstatt ihrer moralischen Verpflichtung nachzukommen, sowohl Boko Haram als auch ihre Verbündeten, den „Islamischen Staat in Westafrika“, vollständig zu vernichten, wird das nigerianische Establishment aufgefordert, sie zu beschwichtigen.

Andrew Walker schreibt in einem Artikel für das „United States Institute for Peace“¹², dass es zwar „schwer vorstellbar ist, wie ein sinnvoller Dialog zwischen der Regierung und Boko Haram möglich sein kann“, die Versuche, Waffenstillstände auszuhandeln, jedoch fortwährend unternommen werden.

Er schreibt: „Die Forderungen von Boko Haram sind praktisch unerfüllbar und oft widersprüchlich. Beispielsweise will die Gruppe Nigeria in einen Nord- und einen Südtteil spalten, gleichzeitig aber auch, dass ganz Nigeria der Scharia unterstellt wird und zum Islam konvertiert.“

Sie fordert außerdem, dass Goodluck Jonathan zum Islam konvertiert. „Diese Forderungen können niemals erfüllt werden“, sagt (Raufu) Mustapha.

Trotz der Unmöglichkeit, mit denen zu verhandeln, die die Vernichtung des Landes wollen, wird von Seiten internationaler Akteure immer wieder beharrlich betont, dass man stets einen gemeinsamen Nenner finden könne.

Walker fährt fort: Es gibt weitere Forderungen, die zur Diskussion stehen könnten. Die Gruppe fordert die Freilassung der von der Regierung verhafteten hochrangigen Mitglieder, die Rückgabe allen ihren Mitgliedern entzogenen Eigentums und die Bestrafung der Verantwortlichen für die Hinrichtung von Mohammed Yusuf und anderen Gruppenmitgliedern.

„Dies sind politische Forderungen und könnten Teil von Verhandlungen sein“, sagt Campbell. Dem Bösen muss entgegengetreten werden. Ich möchte meine Meinung klar formulieren: Islamistische Organisationen wie Hamas und Boko Haram sind weder lokale politische Akteure noch Vertreter irgendeiner vernünftigen menschlichen Gemeinschaft. Sie sind böse und unverbesserliche Mörder. Ihre Ideologien sind in der Theorie abscheulich und in der Praxis noch viel schlimmer.“

Sie stellen eine existenzielle Bedrohung für Nigeria, Israel und alle Gesellschaften dar, die Bildung und Fortschritt fördern.

Sie verdienen nur eines: die völlige Vernichtung.

Wir dürfen niemals mit ihnen „verhandeln“.

Wir müssen sie bekämpfen. Und wir müssen die Menschen, die sie versklaven, retten, indem wir westliche Bildung, Ideale und Vernunft in alle Welt tragen.

Bildung ist nichts, wofür man sich entschuldigen müsste.

Insofern der Kolonialismus Bildung brachte, lobe ich ihn. Insofern der Islam Bildung auslöscht, verurteile ich ihn.

Der Islamismus mag behaupten wollen, Freiheit von Unterdrückung zu bringen, doch stattdessen hat er Unterdrückung geschaffen, um die Freiheit zu begraben.

Leider hat er die Pax Arabica weit über ihre ursprünglichen Grenzen hinaus ausgedehnt.

Nun reicht dieser Käfig des Elends bis ins Herz Afrikas, und das Übel wächst unaufhörlich.

An Boko Haram richte ich genau dasselbe wie an die Hamas: Ihr seid Organisationen, die in die Hölle gehören.

KAPITEL 6: Über die Apartheid

EINE DARLEGUNG UND VERTEIDIGUNG DER RECHTE ARABISCHER FRAUEN

„Es ist Zeit für eine Revolution der weiblichen Sitten – Zeit, ihnen ihre verlorene Würde zurückzugeben – und sie als Teil der Menschheit dazu zu bringen, sich selbst zu reformieren, um die Welt zu reformieren.

Es ist Zeit, unveränderliche Moralvorstellungen von lokalen Sitten zu trennen.“

– Mary Wollstonecraft, Ein Plädoyer für die Rechte der Frau (1792).

Meine Studien an der Universität Aix-en-Provence sind mir etwas verschwommen in Erinnerung geblieben; die Feinheiten des französischen Strafrechts sind mir längst entfallen. Doch abseits der Fakultät an der Avenue Robert Schuman lernte ich etwas von unschätzbarem Wert, sowohl für meine persönliche Entwicklung als auch für meine politische Haltung. Denn was ich in den eleganten Straßen abseits des Cours Mirabeau entdeckte, wird mich für immer begleiten; ich gewann einen unvergesslichen – und herzzerreißenden – Einblick in die arabische Gesellschaft.

Beginnen wir mit Leila. Leila war eine liebe Freundin, die ich in meinem Studentenwohnheim kennenlernte.

Eines Tages schleusten wir uns undercover in die arabische Studentenvereinigung ein. Kaum eine Heldenat, die Eli Cohen würdig wäre, aber dennoch aufschlussreich. Dort trafen wir eine verschleierte Begleiterin aus Dschibuti (ich hatte vorher noch nie von diesem Land gehört) und saßen höflich inmitten des überwiegend männlichen Publikums. Ich fühlte mich sofort wohl.

Das Thema? Im Lauf der Geschichte verloren – doch Palästina tauchte gegen Ende unweigerlich unter begeistertem Applaus auf. Ich habe immer noch nicht verstanden, was die beiden Schwergewichte bezweckten, die im Amphitheater auf und ab marschierten.

In Synagogen geht es um äußere Sicherheit, aber hier schien alles um innere Kontrolle zu gehen. Vor wem schützten sie sich? Vor inneren Feinden? Spionen? Vor mir?

Egal. Im mizrachischen Südfrankreich sind Juden und Araber nicht zu unterscheiden. Vielleicht schaffe ich es ja doch noch zum syrischen Vizeverteidigungsminister?!

Leila und ich genossen es, die lokale Kultur kennenzulernen; wir gingen in einem Café, in dem Churchill früher Stammgast war, Kaffee trinken und sahen uns eine Comédie Musicale im Stadttheater an.

Ich hatte etwas in der Art von Andrew Lloyd Webber erwartet. Stattdessen bekam ich eine Farce. Wirklich.

Ich fragte Leila, ob sie Lust hätte, in Nizza, ihrem Geburtsort, auszugehen.

Sie war nicht begeistert. Ihre Familie würde es herausfinden.

Eine alleinstehende Araberin mit einem alleinstehenden Nicht-Araber? Da gebe es Ärger.

Wie wäre es mit Cannes? Dort hatte sie Cousins. Marseille? Auch dort.

Das bürgerliche Aix-en-Provence lag gerade noch außerhalb des Radars ihrer Familie. Ihre männlichen Verwandten wurden als Spione beschrieben, die bereit waren, jeden ihrer Schritte zu melden. Sie durfte einfach nicht „erwischt“ werden.

Seit ihrer Zeit in England hatte Leila einen Fernbeziehungsfreund. Für uns mag das nicht kontrovers klingen. Schließlich war er Muslim. „Aber“ er war ein pakistanischer Muslim. Ihre Eltern hätten das nicht gutgeheißen. Ich meine, sie hätten es wirklich nicht gutgeheißen.

In deren Augen kam nur ein arabischer Mann infrage. Die Konsequenzen, falls sie mit Daniel – oder ihrem Verehrer aus Birmingham – in der Stadt erwischt würde, wurden nie ausgesprochen. Doch alles wurde in den düstersten Farben geschildert.

Da war sie, eine französische Staatsbürgerin, eine intelligente Frau an einer „Elite“-Universität in einem westlichen Land, und doch war da dieses klar spürbare Gefühl, nicht frei zu sein. Dass jeder ihrer Schritte überwacht wurde. Dass ein einziger falscher Schritt schwerwiegendste Folgen haben könnte.

Aber wenn es Leila schon schlecht ging, so war es Loubna noch viel schlechter ergangen. In gewisser Hinsicht hatte Loubna das größere Glück von beiden. Allem Anschein nach waren ihre Eltern „liberal eingestellt“ und glücklich, in einem freien Land zu leben. Ihr Vater stammte aus Marokko, war aber froh, es verlassen zu haben. „Das Land hat ihn enttäuscht.“ Und er freute sich darauf, einen Urlaub in Israel zu planen.

Er war kein Hafiz al-Assad. Tatsächlich traf ich Loubna in der örtlichen Synagoge; sie war eng mit dem Vizepräsidenten der jüdischen Gemeinde befreundet. Man kann sich das vorstellen: der französische Youssef Haddad.

Doch eines muss klar sein: Sie war eine stolze Araberin. Eine stolze Muslimin? Vielleicht nicht. Sie praktizierte ihren Glauben kaum, wenn überhaupt. Aber eine stolze Araberin? Ja, zumindest was ihre kulturelle Identität betraf. Sie versuchte, Arabisch zu lernen, mit etwa dem Erfolg eines durchschnittlichen britischen Juden beim Hebräischlernen.

Doch arabische Ausdrücke durchzogen jedes ihrer Gespräche. Besonders „Inschallah“.

Sie war eine geborene Sängerin, eine Verehrerin der libanesischen Sängerinnen. „Sie sang für Beirut“, sagte sie wehmütig über eine von ihnen. Wie wenig sich doch ändert. Und wie bei so vielen von uns wurden ihre künstlerischen Träume von der gesellschaftlichen Erwartung, etwas aus sich zu machen, erdrückt. Sie studierte Jura.

Bei Loubna waren es nicht ihre Eltern, die Probleme bereiteten. Sie waren verständnisvoll und freundlich. Ich lernte sogar ihren Cousin Munir kennen; er schien ein netter Kerl zu sein, wie er, ganz klischeehaft, an einer frisch angezündeten Zigarette zog und süßen Tee trank.

Es war die Realität des Arabischseins, die sie bedrückte; die Realität der Frauen-Apartheid in der gesamten arabischen Welt; die Tatsache, dass man als arabische Frau nicht frei sein konnte.

Als Sängerin verstand sie die Ironie. Sie konnte weder in den Theatersälen von Mossul noch auf den Straßen Saudi-Arabiens von Freiheit singen. Araberin zu sein bedeutete, Teil einer wunderschönen ästhetischen Kultur zu sein, aber im Grunde unfrei. Eine Frau zu sein bedeutete, nicht zu existieren.

Was war Loubnas Traum?

In der arabischen Welt zu singen, ja. Aber noch wichtiger war es ihr, etwas für die Frauen dort zu tun. Sie sagte dies mit Melancholie, denn es war ein aussichtsloses Unterfangen. Ein unmögliches Unterfangen. Sie hatte einen Traum, aber keinen Weg, ihn zu verwirklichen.

Sie selbst hatte versucht, mit einem arabischen Mann zusammen zu sein. Ein Freund, der sie verstehen würde. Doch er schlug sie. Diese Erfahrung prägte sie tief. Sie verstärkte nur ihre Hoffnungslosigkeit und zementierte ihre Verzweiflung. Identität lässt sich nicht einfach ablegen. Sie konnte nicht einfach die Augen schließen und als Nicht-Araberin wieder aufwachen. Es war, wer sie war. Eine Last.

Das sind die Dilemmata, mit denen arabische Frauen täglich konfrontiert sind.

Sollen sie „existieren“ oder wirklich leben? Sollen sie lieben oder sterben, ohne zu lieben? Können sie etwas verändern? Oder gar fliehen? Ist ihre Knechtschaft ein unveränderlicher Teil ihrer Existenz?

Ich spreche nicht von denen, die in Bahrain durch Sklaverei und in Saudi-Arabien durch die (formelle) Apartheid zerstört wurden. Sie haben keinerlei Chance.

Ich spreche von den vergleichsweise säkularen, kulturell arabischen Frauen Frankreichs. Menschen, die wir von außen als befreit und frei ansehen würden. Doch die Realität ist, dass Riyadh und Cannes gar nicht (mehr) so unterschiedlich sind. Die scheinbare Freiheit der französischen Araber macht ihre Gefangenschaft nur noch unerträglicher.

Ich weiß nicht, was aus Leila geworden ist. Hat sie ihren pakistanischen Freund geheiratet? Hat sie sich gegen ihre Familie aufgelehnt? Ist sie ihren eigenen Weg gegangen oder wurde sie von der Last der kulturellen Bedrohung erdrückt?

Ich weiß nicht, was aus Loubna geworden ist. Singt sie auf den Straßen des Libanon für die Befreiung? Oder arbeitet sie in den Anwaltskanzleien der Provence und unterdrückt ihren kaum verhohlenen Hass auf die arabische Männerherrschaft?

Was ich aber weiß, ist Folgendes: Ihre Geschichten haben mich tief berührt. Und dieses Zeugnis ist mein kläglicher Versuch, ihre Lage zu verbessern. Meine Antwort auf das Leid – und die Träume – von Leila und Loubna.

Mary Wollstonecraft schrieb 1792 „Eine Verteidigung der Rechte der Frau“.

Daniel Clarke-Serret schreibt noch 2025 „Eine Verteidigung der Rechte arabischer Frauen“.

Genug jetzt.

Die Zeit für die Freiheit ist gekommen.

KAPITEL 7: Über Minderheiten im Nahen Osten

WAS NUN, FÜR DIE ALAWITEN?

Endlich Frieden.

Seine Karriere als unwahrscheinlichster Mörder der Welt ist endlich beendet.

Wenn man Baschar al-Assad Hand in Hand mit Asma sieht, denkt man an das, was hätte sein können, in einer anderen möglichen Welt.

Jenseits der Dimensionsgrenze hätte sich der bescheidene Augenarzt in seinem Herrenhaus in Buckinghamshire niedergelassen, in Hausschuhen vor dem offenen Kamin. Er hätte in seiner verstaubten Ausgabe von Descartes' Meditationen gelesen und dabei auf die frostbedeckten englischen Hügel geschaut, wehmütig an Syrien gedacht, aber dankbar für sein neues Leben.

Fernab des sektiererischen Getümmels seiner Heimat konnte er die Luft der Freiheit atmen. Er konnte aus Liebe heiraten, nicht aus Pflichtgefühl. Er konnte die Debatten über Alis Göttlichkeit tief in seinem Unbewussten begraben. Seine Frau, die lächelnd ihr neuestes Ofengericht betrachtete, war die vollkommene Frau. Keine sunnitische Randfigur mehr. Einfach nur eine Frau. Seine Frau.

Bashars Augenarztpraxis lief gut. Dort konnte er unsichtbar sein, ein beliebter Fachmann, eine Stütze der Gemeinde. Sein Einsatz beim Weihnachtsbasar war unvergessen, und sein prächtiger Garten war im ganzen Dorf Gesprächsthema. Am meisten wurde jedoch seine Spende für die Reparatur des undichten Kirchendachs gefeiert. Die Union-Jack-Girlanden hingen überall, doch das britische Wetter hatte das letzte Wort.

Während er seine sorgfältig vorbereitete Rede verlas, öffnete der Himmel seine Schleusen – eine Erinnerung an die Wut in der Heimat. Die Klapptische wurden schnell weggeräumt, aber das spielte keine Rolle. Er war befreit. Das graue, trostlose Hochland war ein geringer Preis für die Freiheit. Freiheit vom sektiererischen Hass. Freiheit von seinem Vater. Zurück zu Hause auf dem Sofa, fielen ihm die Sorgen von der Stirn. Denn „Das große Backen“ lief, und die teigbegabte Asma war da, um mit ihm zu schauen.

Das ist das Leben, das sich Bashar al-Assad gewünscht hätte. Daran habe ich kaum Zweifel. Ein mörderischer, fanatischer Sektierer heiratet niemanden anderen Glaubens und setzt sich nicht für Säkularismus ein. Ein mörderischer, fanatischer Sektierer fühlt sich in den Einkaufsstraßen von London und Paris nicht wohl.

Es ist das Wesen Syriens, das ihn von Buckinghamshire zum Gemetzel trieb. Es ist eine zutiefst tragische Angelegenheit. Ein Land ohne Nation, in dem jede Sekte erbarmungslos ums Überleben kämpft, ist kein Ort für einen kultivierten, liberal gebildeten Arzt.

In einem solchen Land, in dem Minderheiten gegen die Realität des politischen Islams ausgespielt werden und der infernalische sunnitisch-schiitische Hass grassiert, scheint es nur eine Möglichkeit zu geben: Kampf oder Flucht.

Flucht wäre human. Die einfache Entscheidung und vielleicht die moralische.

Doch der Duft der Heimat ist unbestreitbar. Der unstillbare Wunsch, im Land der Vorfahren zu bleiben, und die quälende Stimme, die „Widerstand leisten!“ ruft.

Wir werden uns dem sunnitischen politischen Islam, dieser Kriegermacht, die Religion aufzwingen, Unterschiede auflösen und Würde zerstören will, nicht ergeben. Wir werden bleiben. Wir werden ewig in dem Boden verweilen, der die westliche Zivilisation hervorgebracht hat, und unsere Wurzeln in der Erde nähren, die unsere Großväter bepflanzt haben.

Doch zu bleiben, zu kämpfen, Widerstand zu leisten, zu überleben ist keine leichte Entscheidung. Es ist kein Spaziergang an der Promenade von Brighton oder ein Bummel über die Champs-Élysées. Es ist ein blutiger Kampf, der eure Hände mit Blut beflecken wird – und egal wie rein das Wasser auch sein mag, die verdamten Flecken werden niemals verschwinden.

In der syrischen Matrix lebt ihr im Naturzustand, und eure Entscheidung kann euch nicht verweigert werden. Oder zumindest glaubt ihr das: Ihr habt Macht über andere, oder andere nutzen sie, um euch zu beherrschen.

Und diejenigen, die de facto herrschen, demokratisch, autokratisch oder noch schlimmer, sind die Mehrheit, die „Borg“-ähnlichen Hasser, die sich von Arabien aus ausbreiten, um den authentischen Nahen Osten auszulöschen.

Und damit ihr weiterhin auf dem Land leben könnt, das euren Vorfahren verheißen wurde; und damit eure Minderheitenbrüder dasselbe tun können; werdet ihr gezwungen, zu Monstern zu werden. Zu gewalttätigen Folterern und abscheulichen Schlägern. Diejenigen, die Chemiewaffen einsetzen, Gefangene mit Elektroschocks foltern und durch Angst herrschen. Ihr erlaubt ausländischen Theokraten, euer Land zu beherrschen, und lasst Wahnsinnige mit Turbanen Waffen durch euer Gebiet schmuggeln. In eurem Kampf um das Glück in Buckinghamshire werdet ihr genauso brutal und hasserfüllt wie eure Feinde und lasst eine andere politische Religion ungehindert wüten. „Was hat dieser Arabismus nur aus uns gemacht?“, ruft ihr.

Um zu überleben, mussten die Alawiten zu muslimischen Arabern werden. Ein Pakt mit dem Teufel, nur um existieren zu können. Sie beten nicht in Moscheen. Sie lehnen Speisevorschriften ab. Und die Gebetszeiten sind flexibel. Sie stellen Mohammed unter Ali, Jesus unter Petrus, Moses unter Josua und sehen Ali als die Inkarnation Gottes. Sie trinken Wein an Festen, feiern Weihnachten, sind von der Eucharistie beeinflusst und interpretieren eine Version von Aschura neu. Aber sie sind „Muslime“ und sie sind „Araber“. Das Überleben zwingt sie dazu. Und die syrische Verfassung verlangt es von ihren Führern.

Wir urteilen viel zu schnell über Minderheiten im Nahen Osten.

Sie sind, was sie sind, aufgrund ihrer Herkunft.

Angesichts von Gräueltaten konnten sie zu Schlägern wie Baschar al-Assad werden oder wie die Jesiden abgeschlachtet werden.

Sie konnten loyal sein wie die Drusen oder wie die Kurden für die Freiheit kämpfen. Die Alawiten – von konservativen Muslimen abgelehnt, von den Osmanen unterdrückt und in der Zeit vor Assad in Armut lebend – sind verstehbar.

Die Übernahme des Staatsapparats war ihr einziger Ausweg, um nicht das nächste Opfer islamistischen Terrors zu werden. Aber kann man ihnen das wirklich verzeihen? Mussten sie in ihrem Wunsch nach besseren Zeiten, fernab islamistischer Intoleranz, wirklich zum Baathismus greifen?

Wir fühlen mit ihnen. Wir wünschten, sie hätten die Freiheiten Großbritanniens fernab der Heuschreckenplage genießen können, die sie so bitterlich heimgesucht hat. Aber es gab einen anderen Weg.

Sie hätten für die Unabhängigkeit und eine liberale Demokratie kämpfen können. Wir wissen das, weil die Juden unweit von Syrien genau das geschafft haben. Die Kurden versuchen verzweifelt, Ähnliches zu erreichen. Im Nahen Osten, wo der verkümmerte Hass an die Tore Konstantinopels klopft, sind Mauern die einzige Lösung.

Grenzen. Sichere Zufluchtsorte; der Kampf um die Freiheit unter schwierigsten Bedingungen. Die Alawiten hätten „Nein“ sagen können.

Sie hätten die „französische Teilung“ ablehnen, eine liberal-demokratische alawitische Enklave errichten und sich mit den Kurden, Christen und Drusen verbünden können. Sie hätten zu den Waffen greifen und die Religionsfreiheit nach dem Vorbild der europäischen, christlichen Kulturen verteidigen können, die den Glauben ihrer Konfession so stark geprägt hatten.

Sie hätten sich vom zionistischen Widerstand inspirieren lassen können. Doch stattdessen entschieden sie sich für die Vorherrschaft.

Anstatt dem Beispiel des jüdischen Staates zu folgen und die Kurden beim Aufbau ihres eigenen Staates zu unterstützen, förderten sie den Antisemitismus und halfen den schlimmsten antisemitischen Regimen, zu gedeihen. Sie nutzten ihre Nation, um Israel immer wieder anzugreifen. Sie ließen zu, dass ihre Institutionen von iranischen Geistlichen geführt wurden und erlaubten Hisbollah-Dschihadisten, die Straßen zu unsicher zu machen. Sie unterdrückten Minderheiten im Libanon und verbündeten sich mit ihren säkularen Feinden. Sie wählten das Böse, wo sie das Gute hätten wählen können.

Es gibt kein Buckinghamshire im Nahen Osten, aber es hätte auch kein Assad-Syrien geben müssen.

Die Minderheiten Syriens stehen nun vor einer Krise. Sie kämpfen ums Überleben gegen den drohenden Völkermord. Sie sind den Gefahren sunnitisch-islamistischer Konformität ausgesetzt, und die Parallelen zum Irak lassen die Zukunft düster erscheinen.

In diesem Hobbes'schen Naturzustand bleibt ihnen nur eine Wahl: politisches Bündnis.

Die Alawiten und ihre christlichen syrischen Unterstützer müssen die Kurden um Vergebung bitten und sich zusammenschließen, um eine eiserne Mauer gegen den politischen Islam zu errichten.

Nur dort, wo der Gesellschaftsvertrag geschlossen und eingehalten wird, können sie wahrhaft frei sein. Hinter dieser Barriere können sie Englands grünes und liebliches Land an den Küsten des Mittelmeers errichten, und Religionsfreiheit für alle kann endlich zumindest in einem Teil des französischen Mandatsgebiets gedeihen. Buckinghamshire hat es erkannt.

Die Unwissenden behaupten, der syrische Bürgerkrieg sei vorbei. Tatsächlich hat er gerade erst begonnen. Und wenn man die Erfahrungen Israels betrachtet, wird den Alawiten, Christen, Kurden und Drusen der Luxus des Friedens niemals gewährt werden.

KAPITEL 8: Über die Meister der ethnischen Säuberung

DER „ARABISCHE IRAK“ MUSS ENDLICH ZUR VERANTWORTUNG GEZOGEN WERDEN

Es gibt drei heilige Länder des jüdischen Volkes; drei Länder, in denen die jüdische Nation geformt wurde, in denen ihre Texte verfasst wurden und in denen ihr einzigartiger Beitrag zur Welt von jenseits des Horizonts kam, um jene zu segnen, die ihre Weisheit annehmen würden.

Ich spreche nicht von Ländern, in denen Juden millionenfach lebten und leben – Nationen wie die Vereinigten Staaten und Russland –, wo Juden als Menschen arbeiten und privat in ihren Häusern und Gemeinden als Juden leben.

Amerikanische Juden sind erfolgreich, aber sie sind erfolgreich als Amerikaner. Britische Juden sind erfolgreich, aber über ihre Identität wird wenig gesprochen.

Es gibt in England außerhalb von York und Lincoln kaum einen Ort, an dem man sagen könnte, dass die Juden als Juden ihre Spuren hinterlassen hätten.

Aber dort, in den drei großen Ländern, ist das Land ohne die Juden nackt; seiner Essenz beraubt und in Verleugnung seiner Geschichte.

Marokko, Ägypten und Yemen, unter anderem, mögen traurig sein, es nicht in die engere Auswahl geschafft zu haben, aber für mich sind die Siegerplätze klar.

Wenn es um Beiträge zur jüdischen Literatur und zum jüdischen Denken geht, steht Israel an dritter Stelle. Es war stets das symbolische, spirituelle Haupt des jüdischen Volkes und Sitz Jerusalems, doch zweitausend Jahre lang war es der Ort, an dem Juden beteten, aber selten schrieben. Das soll natürlich nicht die zentrale Bedeutung Israels schmälern. Es gab immer eine jüdische Präsenz im Land, und heute sehen wir die Straßen von Tiberias und Safed wieder voll jüdischen Lebens. Möge es immer so bleiben. Ein Land, dem es an Seele mangelte, ist endlich wiederbelebt worden.

Doch das Land des Tempels wird von Spanien auf den zweiten Platz verwiesen, jenem Land, in dem jeder Stein, jedes noch so kleine Dorf ein Denkmal für das einst blühende jüdische Geisteszentrum ist.

Maimonides, Nachmonides, Rabbi Jona von Girona, Jehuda HaLevi:

Die Liste der Denker, die die moderne jüdische Praxis geprägt haben, ließe sich endlos fortsetzen.

Die Stadt, in der ich diese Zeilen schreibe – Zaragoza – ist eines der (unbekannten) Zentren des jüdischen Lebens.

Hier verfasste Ibn Paquda das vielleicht bedeutendste spirituelle Werk des Judentums, „Die Pflichten des Herzens“. Hier schrieb Solomon Ibn Gabirol seine Werke von majestätischer, poetischer Schönheit – darunter, für mich beunruhigenderweise, sein Meisterwerk „Beim Verlassen von Zaragoza“.

Nur eine halbe Stunde entfernt liegt Tudela, ein winziges, unbedeutendes Dorf, doch die historische Heimat von Benjamin von Tudela, dem jüdischen Marco Polo, der von Hebron über Bagdad nach Äthiopien reiste, dessen Reiseberichte für mittelalterliche Historiker von unschätzbarem Wert sind und der als erster Westler das Wort „China“ verwendete.

Indem ich in dieser Stadt, die unmissverständlich jüdisch und stolz ist, mein Buch schreibe, erwecke ich diese Nation zu neuem Leben, erweise unseren einstigen Meistern meine Ehre und bringe einen Hauch ihrer jüdischen Vergangenheit auf die Iberische Halbinsel, die Spanien zu dem gemacht hat, was es ist.

Doch obwohl ich ein heutiger Repräsentant Spaniens sein mag, der im aragonesischen Königreich für das Gute kämpft, wie einst Nachmonides in seiner berühmten Disputation, muss ich im Wettstreit der großen jüdischen Länder den ersten Platz zwangsläufig dem Irak überlassen.

Hier wurde Abraham erzogen, und hier entstand die Idee des Monotheismus – die Anerkennung eines allgegenwärtigen, universellen Gottes, losgelöst von einem einzelnen Land.

Hier predigten Jesaja und Ezechiel Hoffnung. Hier schuf das jüdische Volk im Exil sein bedeutendstes Werk: den Talmud.

Und hier – wenn man den Bibelkritikern Glauben schenken darf – wurde die Hebräische Bibel selbst zusammengestellt und in die Welt hinausgetragen.

Obwohl in Spanien vielleicht mehr einflussreiche Werke entstanden sind, ist der Irak das Land der Hebräischen Bibel, des Monotheismus und des Talmud. Leider können Israel und Spanien hier nicht mithalten.

Doch obwohl der Irak das absolute Zentrum der jüdischen Geschichte bildet; obwohl das Judentum ohne den Irak seelenlos wäre; obwohl er die zweitälteste jüdische Gemeinde der Welt beherbergte, die von 586 v. Chr. bis ins 20. Jahrhundert überlebte und florierte; obwohl Bagdad zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem Drittel jüdisch war; obwohl Juden in Religion, Politik, Wissenschaft und vielem mehr unauslöschliche Spuren in diesem Land hinterlassen haben; obwohl der Irak als Nation ohne die jüdische Geschichte, die seine Geschichte prägt, nichts wäre; und obwohl das Land Babylon um das Blut trauert, das nicht mehr durch seine Adern fließt und es einst groß machte:

HEUTE LEBEN IM IRAK NUR NOCH DREI JUDEN.

Ihre weltprägende Gemeinde verließ das Land nicht freiwillig. Sie waren irakische Patrioten. Seit zweitausendfünfhundert Jahren lebten sie dort.

Sie waren vor dem Islam und vor den Arabern da.

Sie waren die lebenden Nachfahren der Zeit von König Nebukadnezar und Kyros dem Großen. Sie bildeten das Bindeglied zwischen dem Irak der Antike und dem Irak der Moderne.

Doch wie Adi Schwartz in seinem bewegenden Bericht über die Adas-Affäre schildert, war selbst der wohlhabendste, einflussreichste, patriotischste und am besten integrierte Jude – ein Freund des von den Briten eingesetzten Königs und ein Mann, der Tausende von Dinar für den irakischen Feldzug gegen Israel gespendet hatte – dem Mob machtlos ausgeliefert.

Sein Sturz aufgrund erfundener Anschuldigungen war der erste Schlag einer Welle von Antisemitismus, Gewalt, Justizirrtum, Lynchjustiz und ethnischer Säuberung, die die jüdische Gemeinde in einem ihrer drei wichtigsten Länder vernichtete.

Die Zeichen standen an der Wand, doch anders als im Buch Daniel, wo der Untergang des babylonischen Königs prophezeit wurde, war es hier der Jude, der dem Untergang geweiht war.

Wir hören immer wieder Lügen darüber, wie wunderbar das Leben für die Juden in der arabisch kolonisierten Welt vor der Gründung des Staates Israel gewesen sei.

Die Adas-Affäre widerlegt diese Lüge.

Selbst im heiligsten und bedeutendsten ihrer Länder waren die Juden nicht sicher. Kein König und keine Wirtschaftselite konnte sie vor dem wütenden Hass der islamistischen Massen retten.

Die Vorzeichen standen schon viele Jahre zuvor schlecht.

Die Briten hatten eine Monarchie eingesetzt, die die Rechte von Minderheiten respektierte und Juden wie Muslimen gleichermaßen freundlich gesinnt war. Doch sie war bereits einmal durch einen Putsch gestürzt worden; der Emir hatte die Macht an eine Gruppe (buchstäblich) pronazistischer Iraker verloren, die mit Hilfe des Militärs die Macht ergriffen hatten.

Das Ergebnis dieser alptraumhaften Zwischenzeit war das berüchtigte Pogrom, das in der jüdischen Welt als „Farhud“ bekannt und in Erinnerung geblieben ist – das größte in der jahrtausendealten Geschichte des irakischen Judentums.

Die Parallelen zum Holocaust und zum Völkermord in Ruanda sind in den Ereignissen von 1941, dem Jahr, in dem der Naziterror durch Europa und Nordafrika zog, unverkennbar.

Während ruandische Propagandisten einst von „Kakerlaken“ sprachen, die es auszurotten galt, sprachen irakische von „Keimen“. Antisemitische, entmenschlichende Propaganda dieser nur allzu bekannten Art wurde schamlos von den völkermörderischen irakischen Radiosendern verbreitet. Sami Michael, ein Augenzeuge dieser schrecklichen Ereignisse, berichtet von den antisemitischen Parolen an den Mauern der Stadt: „Hitler tötete die Keime.“

Wäre Yunis al-Sabawi, der selbsternannte Gouverneur von Bagdad, nicht zur Flucht gezwungen worden, hätte sich eine noch größere Tragödie ereignet. Nachdem er die Juden angewiesen hatte, „zu ihrem eigenen Schutz“ in ihren Häusern zu bleiben, stand er kurz davor, einen Aufruf zu einem Massaker an allen Juden zu verkünden. Zum Glück für die jüdische Gemeinde Bagdads wurde dieser Aufruf nie ausgestrahlt – und anders als ihre ermordeten Glaubensgenossen in Europa wurden sie von der schnell eintreffenden britischen Armee gerettet.

Doch die Atempause war nur von kurzer Dauer, denn obwohl der abgesetzte Monarch auf den Thron zurückkehren sollte, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Wölfe zurückkehrten, um das Werk des irakisch-nazistischen Regimes aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs zu vollenden. Und wie die Nacht unheilvoll auf den Tag folgt, kamen sie...

Sie kamen, um zu morden, zu vertreiben und zu stehlen. Sie waren von den „echten Nazis“ inspiriert und ahmten deren Bild nach. Sie beendeten ihr Unheil erst, als fast die gesamte jüdische Gemeinde das Land verlassen hatte. Wie gesagt, heute leben im Land nur noch drei Juden. Die einst stark jüdisch geprägte Stadt Bagdad ist heute fast judenfrei.

Betrachten wir die Anklagepunkte im Detail. Manche behaupten, der „Farhud“ sei lediglich ein Gewaltausbruch gewesen, eine von Nazi-Provokateuren im Krieg verursachte Ausnahmeerscheinung. Doch die Ereignisse nur sieben Jahre später, 1948, als Juden beispieloser Verfolgung ausgesetzt waren, beweisen, dass der Hass schon lange unter der Oberfläche gebrodelt hatte.

Die „Nürnberger Gesetze“, denen die irakische jüdische Gemeinde ausgesetzt war, spiegeln genau jene wider, die in den frühen Jahren Adolf Hitlers erlassen wurden: Geschäfte wurden boykottiert, die Entlassung aus Regierungsämtern wurde gesetzlich vorgeschrieben und willkürliche Verhaftungen wurden zur Normalität.

Die Behauptung, diese „Nürnberger Gesetze“ seien durch die Gründung des Staates Israel gerechtfertigt gewesen, entbehrt jeder moralischen Grundlage. Selbst wenn die gesamte jüdische Gemeinde zionistisch gewesen wäre, hätte dies die Rechte der einheimischen Bevölkerung in einem zivilisierten Land in keiner Weise gefährden dürfen.

Meiner Ansicht nach stellt die „moderne“, „palästinensische“ Ideologie, die sich virusartig (mit allen altbekannten Lügen) in ganz Europa ausbreitet, eine direkte Bedrohung für unser jüdisch-christliches Erbe dar.

Doch in welcher moralischen Welt kann es das Recht geben, Bürger von Universitäten auszuschließen, willkürlich ihre Wohnungen zu durchsuchen und sie öffentlich auf Marktplätzen hinzurichten? Offenbar gelten für den Westen (noch) andere moralische Gesetze als für die „Unterdrückten“ der Pax Arabica.

Tatsächlich war jedoch nur ein winziger Prozentsatz der irakischen jüdischen Bevölkerung aktiv zionistisch und strebte die Einwanderung nach Israel an oder unterstützte diesen Staat im 19. Jahrhundert.

Obwohl anhaltende Verfolgung viele Juden in den folgenden Jahren zur Flucht zwang, erreichte die ethnische Säuberung nach dem „Sechstagekrieg“ ihren Höhepunkt. Erneut wurden Juden aus dem Staatsdienst entlassen und vom Universitätsstudium ausgeschlossen. Erneut wurden sie „wegen Spionage“ verhaftet und öffentlich hingerichtet.

Doch diesmal erreichte der Neonazismus einen neuen Höhepunkt: Bankkonten wurden eingefroren, Immobilienverkäufe verboten, Straßengewalt gegen Juden wurde zur Tagesordnung, und viele wurden faktisch in ihren Häusern eingesperrt.

Ein zweiter Holocaust drohte. Die verängstigten Juden, obwohl sie durch und durch Mesopotamier waren, mussten um ihr Leben fliehen. Die ethnische Säuberung war vollendet.

Anfang des 20. Jahrhunderts – vor weniger als 100 Jahren – war die Schönheitskönigin des Irak eine Jüdin. 1946 wurde Renée Rebecca Dangoor zur ersten Miss Bagdad gekrönt, ein Ereignis, das in der Netflix-Dokumentation „Remembering Baghdad“ verewigt wurde.

Doch heute ist es für den prominenten britisch-irakischen Juden Edwin Shuker nicht einmal mehr sicher, unbegleitet ins Land einzureisen, da sich sein altes Elternhaus in einem stark islamisierten Viertel der Hauptstadt befindet. Nur im kurdischen Norden konnte er Immobilien erwerben, um seine zweieinhalbtausendjährige jüdische Verbindung zu dem Land zu bekräftigen.

Selbst nach der US-Invasion, als die alte Jüdische Gemeinde nur noch ein längst verschwundener Schatten war, bekräftigt der Irak mit jedem verabschiedeten Gesetz seinen Rassismus und Hass.

Anfang der 1950er-Jahre wurden Gesetze erlassen, „um das Vorgehen der irakischen Regierung zu legalisieren, die irakische Juden vertrieb, ihren Besitz stahl und ihnen die irakische Staatsbürgerschaft entzog“ (Al-Hamadani).

Doch wurden diese Gesetze seit der von den USA vorangetriebenen Verabschiedung einer neuen irakischen Verfassung im Jahr 2005 aufgehoben? Dürfen Juden zurückkehren, ihre Staatsbürgerschaft wiedererlangen oder ihr Eigentum zurückbekommen? Sie kennen die Antwort bereits.

Was genau besagt der Artikel im irakischen Staatsbürgerschaftsgesetz Nr. 26 von 2006, der die Wiederherstellung des Staatsbürgerschaftsrechts für diejenigen fordert, die es verloren haben? Lasst uns die erschreckende, rassistische Wahrheit erkennen und bestätigen...

Artikel 18:

„I. Jeder Iraker, dem aus politischen, religiösen, rassistischen oder sektiererischen Gründen die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, hat das Recht, seine irakische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen, sofern er einen entsprechenden Antrag stellt. ...

II. Von den Vorteilen gemäß Artikel I ausgeschlossen sind Iraker, die ihre Staatsbürgerschaft gemäß Gesetz Nr. (1) von 1950 und Gesetz Nr. (12) von 1952 verloren haben.

Mit anderen Worten: Juden werden anders behandelt.

Mit anderen Worten: Die 1950 und 1952 gegen Juden erlassenen Gesetze gelten weiterhin.

Mit anderen Worten: Auch heute noch haben Juden kein Recht, ihre Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen oder in ihr angestammtes Land zurückzukehren (weder für einen Urlaub noch dauerhaft, wenn sie dies wünschen).

Al-Hamadani bringt es auf den Punkt:

„Dieses Gesetz schloss irakische Juden aus – die genauso wie alle anderen Iraker hätten eingeschlossen sein sollen“ ... die irakischen Juden werden im neuen Irak weiterhin der Gerechtigkeit beraubt, ein klarer Verstoß gegen die Verfassung.“

Heute, nachdem Juden vertrieben, Jesiden massakriert und die orthodoxe christlich-orthodoxe Gemeinde in die Flucht getrieben wurde, sind nur noch die Nordkurden als Zeugnis dessen übrig, was der Irak einst war und wohl nie wieder sein wird.

Die muslimisch-arabischen Islamisten haben den Irak zerstört und monströse Taten gegen die Gemeinschaften verübt, die der Nation ihre Seele gaben.

Wir wünschen den Kurden alles Gute, die von arabischen ethnischen Säuberern auf der einen und den türkischen ethnischen Säuberern von Afrin auf der anderen Seite umzingelt sind, aber nichts kann uns die Wahrheit vergessen lassen: der „arabische Irak“ ist eine Nation von Nürnberg-Anhängern; ein Zerstörer antiker Welten.

Die monströse qatarische Propagandamaschine verbreitet Verleumdungen über „Völkermord“ und „ethnische Säuberung“ im Heiligen Land, aber das ist klassische Irreführung.

Sie – die Pax Arabica – sind die ethnischen Säuberer und Rassisten. Sie haben einen zweiten Holocaust geplant. Sie sind es, die Meister des Horrors im 20. Jahrhundert.

Die Zeit ist reif – wir müssen den „arabischen Irak“ für seine Verbrechen zur Rechenschaft ziehen.

KAPITEL 9: Über Völkermord, Sklaverei und rassistische Gleichgültigkeit

WEN INTERESSIERT SUDAN? : *Endemische Ignoranz*

Wenn ich über den Nahen Osten schreibe, dann, weil ich über Fachkenntnisse verfüge. Wenn ich über britische Politik und Geschichte schreibe, tue ich dies ebenfalls aufgrund meiner Fachkenntnisse.

Doch selbst dort, wo ich über Fachkenntnisse verfüge, ist die eklatante Unwissenheit kaum zu übersehen. Ich habe zwar fast 30 Jahre lang Französisch gelernt, 15 Jahre lang unterrichtet, ein Jahr an einer französischen Universität verbracht und täglich französische Audioaufnahmen gehört, aber es gibt unzählige peinlich einfache Ausdrücke, die ich einfach vergesse.

Ich habe Jura studiert, bin als Anwalt zugelassen und habe juristische Wettbewerbe gewonnen, aber angesichts dessen, wie wenig ich mir von dem Thema gemerkt habe, ist das kaum zu glauben.

Je mehr man weiß, desto deutlicher wird, wie wenig man eigentlich weiß. Das ist keine Bescheidenheit. Es ist die ungeschminkte Wahrheit.

Vor diesem Hintergrund schmerzt es mich, über den Sudan zu sprechen. Seit über zwei Jahrzehnten beschäftige ich mich intensiv mit dem israelisch-arabischen Konflikt und habe mir viele Gedanken darüber gemacht. Ich habe unzählige Texte gelesen, unzählige Vorträge gehört, unzählige Träume gehabt und unzählige herausfordernde Gedanken gefasst. Aber Sudan? Ich habe innerhalb eines Jahres einige Artikel gelesen und einige Videos gesehen. Kaum genug, um mich in Blooms Taxonomie weiterzuentwickeln.

Und doch ... Haben wir angesichts des Holocaust nicht die Pflicht, „*Nie wieder*“ zu sagen? Und sind wir nicht rechtlich und moralisch verpflichtet, Völkermord überall dort zu verhindern, wo er geschieht?

Aber wie können wir – wie soll ich – darüber sprechen, wenn wir so viel in der Welt um uns herum nicht kennen? Ein tiefgreifendes Dilemma.

Seit dem 7. Oktober befindet sich mich in der Lage der weltweiten Kommentatoren.

Menschen auf der ganzen Welt, die meisten von ihnen völlig ahnungslos, was die Besonderheiten der Geschichte und Geopolitik des Nahen Ostens angeht, äußern sich zu einem Konflikt, von dem sie nichts wissen.

Sie haben ein paar Artikel gelesen. Sie haben ein paar TikTok-Videos gesehen. Sie haben den Predigten unserer ach so aufgeklärten Professoren gelauscht. Und nun meinen sie, sie seien qualifiziert, sich zu den heikelsten und komplexesten Angelegenheiten zu äußern.

Ich habe sogar erlebt, wie die versiertesten Analysten die grundlegendsten Fakten falsch dargestellt haben.

Erst gestern Abend hörte ich jemanden in einem Podcast von Sam Harris behaupten, die „Ultra- Orthodoxen“ machten „30–40 % der israelischen Bevölkerung“ aus. Es sind maximal 12–13 %. Ein peinlicher Fehler.

Aber wundert uns das? Denn angesichts der unermesslichen Weiten des Universums und der immensen Geschichte ist jeder Experte ein Ignorant. Ich selbst eingeschlossen. Und das müssen wir alle anerkennen.

Auch Sudan? Ich bin völlig ahnungslos, kläglich unqualifiziert, mich zu äußern.

Und doch fühle ich mich dazu verpflichtet. Ich stecke in einem moralischen Labyrinth fest, ohne Ausweg, mit dem Feuerabgrund zu meinen Rechten und dem Spott eines Minotauros zu meinen Linken. Die Komplexität Sudans, seine unzähligen Bürgerkriege, die abtrünnigen Provinzen, die Einmischung ausländischer Mächte, die unfassbar komplexe ethnische Zusammensetzung ... es ist schlichtweg außergewöhnlich. Und kaum zu erklären.

Wussten Sie, dass die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien die Kriegsparteien als Stellvertreter einsetzen?

Oder dass Sudans Gold Russlands Kriegsanstrengungen finanziert?

Oder dass die Ukraine und Russland hier, weit entfernt von den Schlachtfeldern des Donbass, aktiv sind?

Wissen Sie, warum die sudanesische Armee überhaupt gespalten wurde? Es geschah, nachdem Omar al-Bashir nach dem ersten Völkermord in Darfur vor dem Internationalen Strafgerichtshof gezerrt wurde. Aus Angst vor einem Putsch zog er es vor, dass seine Armeeeinheiten gegeneinander kämpften, anstatt die Waffen gegen ihn zu richten.

Können Sie sich auch nur näher vorstellen, wie viele Millionen Menschen im ersten sudanesischen Bürgerkrieg, im zweiten sudanesischen Bürgerkrieg und im südsudanesischen Bürgerkrieg ums Leben kamen? Nicht zu vergessen der erste Völkermord in Darfur, der sich gegen die ethnischen Gruppen der Fur, Masalit und Zaghawa richtete und zu Massenvergewaltigungen als Kriegswaffe, ethnischer Säuberung und bis zu 400.000 Toten führte.

Endemische Gewalt

Heute wiederholen sich Gewalt, Mord und Vertreibung. Doch diesmal verfügen die „Janjaweed“ – die „Teufel zu Pferd“ – über mehr als nur Pferde. Als Mitglieder der Rapid Support Forces (RSF) besitzen sie die Waffen einer ganzen Armee, großzügig unterstützt von den Regierungen Ost-Libyens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Russlands.

Angesichts der Zerstörung, des Mordens und der Vertreibung, die diese apokalyptischen Reiter des 21. Jahrhunderts anrichten, was mögen sie wohl mit ihrer mechanisierten Terrorarmee anstellen? Da die RSF weite Teile des Landes kontrolliert, darunter seit zwei Jahren auch die Hauptstadt Khartum, herrscht ein Völkermordregime über das Leben von Millionen Menschen.

Zum Zeitpunkt dieser Bearbeitung kontrolliert die RSF fast ganz Darfur und große Teile des benachbarten Kordofan und liefert die schutzlose schwarzafrikanische Bevölkerung Westsudans ihren Händen aus.

Eine erschreckende Situation, über die westliche Medien kaum berichten. Der UN-Gesundheitschef Adhanom Ghebreyesus hat völlig Recht, wenn er das Versagen der internationalen Gemeinschaft beklagt, sich für das Schicksal Schwarzer Menschen zu interessieren. Er hat, wie schon im September 2004, treffend festgestellt: „Hier spielt die Hautfarbe eine Rolle.“ Und wer könnte Amnesty Internationals Einschätzung widersprechen, dass die Reaktion der Welt „kläglich unzureichend“ war?

Doch die Frage dieses Kapitels lautet: Warum? Warum zeigen wir so wenig Interesse an der vielleicht größten humanitären Katastrophe der Welt, einer Katastrophe, die sich gerade jetzt im Herzen der so unterdrückten arabischen Welt ereignet? Warum sind selbst die Gebildeten unter uns über die Ereignisse im Sudan nicht informiert und kümmern sich in vielen Fällen nicht einmal darum? Die Antwort ist ebenso einfach wie komplex: ein dreifacher Rassismus gegenüber Schwarzen Afrikanern, Arabern und Juden, auf den wir später zurückkommen werden.

Zunächst müssen wir jedoch das Ausmaß des gegenwärtigen Elends verstehen, das sich sogar bis ins Herz der Hauptstadt erstreckt. In einer erschreckenden ungewohnten Situation liegt Khartum in Trümmern, Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen wurden zerstört, und der Flughafen gleicht einer Szene nach einer Alien-Invasion. Massenhafte Vertreibungen von Zivilisten sind an der Tagesordnung; Hunderttausende sind aus der Hauptstadt, der Region Gazira geflohen. Die Belagerung der Darfuri-Stadt El-Fasher durch die RSF wurde beschämender Weise verschwiegen, und der Hunger grassiert.

Die Vereinigten Arabischen Emirate kontrollieren einige der Goldminen des Landes und haben (angeblich) die RSF finanziert, was die von den Vereinten Nationen anerkannte Regierung von General Burhan veranlasste, ihr „Bruderland“ wegen Völkermords vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) anzuklagen.

Die VAE bestreiten dies, und der IGH hat es versäumt, den Fall anzuhören. Sicher ist jedoch, dass der Sudan zum Epizentrum eines Stellvertreterkrieges zwischen arabischen Staaten geworden ist. Ostlibyen und die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützen die blutbefleckte RSF mit modernen Waffen, während ihre von der UNO anerkannten Gegner von Ägypten und Katar (mit Unterstützung des nicht-arabischen Irans und der Türkei) finanziert werden.

In einer brüderlichen Liebe, wie man sie seit den Zeiten des biblischen Josef nicht mehr gesehen hat, schrecken die arabischen Nationen, die sich so empört über die komplexe Lage im Gazastreifen zeigen, nicht davor zurück, den Sudan auf dem ewigen Schlachtfeld mit Hunger, Belagerungen, wahllosen Bombenangriffen, sexuellen Übergriffen, rassistisch motivierten Kriegsverbrechen und möglicherweise Völkermord zu überziehen.

Wenn es um Kriegsverbrechen und Schlimmeres geht, scheint die Pax Arabica über unübertroffene Expertise zu verfügen – ganz zu schweigen von einer ungeheuren Portion heuchlerischer Dreistigkeit.

Schlimmer noch: Wie schon an den Grenzen Roms ist das Imperium nicht in der Lage, Frieden zu stiften.

Ich bin nicht hier, um Ihnen einen Vortrag über den Sudan zu halten. Das Informationsvakuum macht dies unmöglich. In Darfur, einem Land ohne Internetanschluss, werden nur selten erschütternde Videos gedreht. In einem Land, in dem Kindern eine Grundbildung verwehrt wird, sind schriftliche Beweise schwer zu finden. Ich bin auch nicht hier, um zu beurteilen, ob ein Völkermord stattfindet oder nicht; wie können Unwissende und Beweissuchende ein juristisches Urteil oder eine fundierte Meinung auf der Grundlage unanfechtbarer Beweise abgeben?

Aber ich bin hier, um mit Nachdruck zu sagen, dass die Verantwortlichen in internationalen Organisationen diese Beweise sammeln und sie unverzüglich den zuständigen Gerichten vorlegen müssen.

Ich bin hier, um mit Nachdruck zu sagen, dass Hilfsorganisationen, die vorgeben, für Menschenrechte zu kämpfen, dringend Hilfe in diesem Land der zerstörten Hoffnung leisten müssen.

Und ich bin hier, um mit Nachdruck zu sagen, dass unwissende Studenten und Professoren, die von modischen Themen anstatt von Menschenleben besessen sind, meinen stillen Appell zu einem noch ungehörten Schrei verstärken müssen.

Endemische Sklaverei

Wir sollten uns über die jüngsten Ereignisse am Nilufer nicht wundern, denn die Geschichte der sudanesischen Nation ist geprägt von entsetzlicher Diskriminierung und unermesslicher Gewalt gegen Schwarze. Dies ist weder Polemik noch historische Spekulation, denn es liegt alles im Namen selbst. „Sudan“ steht im Arabischen für „Schwarze“, Bilad Al-Sudan.

Bilad Al-Sudan bedeutet „Land der Schwarzen“.

Arabische Sklavenhändler gaben dem Land diesen Namen, und allein diese wenigen Fakten verraten uns alles, was wir über die arabische Haltung gegenüber ihren afrikanischen „Untergebenen“ wissen müssen.

Das Wort Sklaverei mag zwar synonym mit Imperium verwendet werden, doch es war das arabische Reich, das diese grausame Praxis der Menschenausbeutung am Weitesten und am Längsten – bis heute – verbreitete, und der Sudan steht heute im Epizentrum dieses Übels. Obwohl dies noch in der Antike mit dem berüchtigten Transsahara-Sklavenhandel begann, setzt sich dies bis ins 21. Jahrhundert fort.

Machen wir einen kurzen Abstecher ins Jahr 1821, als die Hauptstadt Khartum (teilweise) mit dem Ziel gegründet wurde, ein Sklavenmarkt zu werden.

Von ihren verruchten Straßen aus starteten Raubzüge auf der Suche nach neuen Menschen als Sklaven auf dem südlichen Kontinent. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren etwa zwei Drittel der Stadtbevölkerung versklavte Afrikaner. Wer wagte es, diesem Schrecken ein Ende zu setzen?

Wie es seiner internationalen Politik entsprach, verbot das weitaus aufgeklärtere Britische Empire 1924 die Sklaverei, als es das Land verwaltete.

Diese neue Rechtslage stieß jedoch auf heftigen Protest von arabischen und islamischen Führern jener Zeit, und bis heute werden verabscheungswürdige Sklavenhalter von der hellhäutigen arabischen Elite verehrt. Sie vergöttern weiterhin abscheuliche Vorbilder und benannten beispielsweise eine Hauptstraße in Khartum nach al-Zubair Pascha Rahma, der für seine Sklavenarmee aus südsudanesischen Gefangenen und die Entführung von Frauen aus den Nuba-Bergen berüchtigt wurde.

Endemischer Rassismus

Rassistische Einstellungen sind in der relativ weißen, arabischen Siedlerbevölkerung des Jahres 2025 schwer auszurotten.

Ethnische Afrikaner werden in nationalen Zeitungen und sozialen Medien immer noch häufig als „Sklaven“ bezeichnet. Die mehrheitlich arabische Regierung erleichterte während des Zweiten Sudanesischen Bürgerkriegs die Gefangennahme versklavter Frauen und Kinder aus dem Süden.

Laut dem „Globalen Sklavereiindex“ 2023 sind dort im Jahr 2021 174.000 Menschen in moderner Sklaverei gefangen, also in Zwangsarbeit oder Zwangsheirat. Wie der Anthropologieprofessor Jok Madut Jok 2001 berichtete, war die damalige sudanesische Regierung direkt an der Entführung schwarzer Afrikaner beteiligt, die als Konkubinen, Hausangestellte, Landarbeiter und sogar Soldaten missbraucht wurden.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, warum die Bezeichnung „Imperium“ so treffend auf die moderne arabische Welt zutrifft.

Während das weitaus besser erforschte britische Pendant Anfang des 19. Jahrhunderts die Sklaverei abschaffte, etablierte sich diese Praxis in den afrikanischen Provinzen der Pax Arabica gerade erst neu.

Und als die Briten die Sklaverei 1924 im Sudan für illegal erklärten, protestierten die sudanesischen (arabischen) Kolonialherren lautstark.

Was für abscheuliche Sklavenhändler sie doch waren und immer noch sind!

Westliche Intellektuelle haben Recht, wenn sie betonen, dass „schwarze Leben zählen“. Sie haben Recht, die Unterdrückung der Afrikaner hervorzuheben.

Doch sie schieben die Schuld den Falschen zu. Es ist die Pax Arabica im Allgemeinen und der Sudan – das Land der Schwarzen – im Besonderen, die vor das Urteil der Geschichte gestellt werden müssten.

Die Geschichte des Sudan verkörpert den unaufhörlichen Kampf gegen Rassismus und verzerrte Berichterstattung. Doch die leidende Bevölkerung findet kein Gehör. Warum?

Meiner Ansicht nach hören wir nichts über den Sudan – oder kümmern uns nicht darum –, weil drei miteinander verknüpfte Formen von Rassismus eine Rolle spielen:

a) Der Rassismus gegen das jüdische Volk, der dazu führt, dass nur Konflikte und humanitäre Anliegen, die den einzigen jüdischen Staat der Welt betreffen, mediale Aufmerksamkeit und Massenproteste verdienen.

b) Der Rassismus gegen Schwarze, der dazu führt, dass die Versklavung – ja, der Massenmord – *an* und *von* Afrikanern in der westlichen, arabischen und anderen Gesellschaft kaum Beachtung findet.

Afrikaner werden auf beleidigendste und unzivilisiertesten Weise betrachtet; die Konflikte des Kontinents werden beschämender Weise als so etwas wie „normal“ angesehen – so natürlich wie die Schwerkraft oder der Sauerstoff, den wir atmen.

Im Namen einer, längst selbst-diskreditierten „Critical Race Theory“ werden die wahren Verbrechen gegen unsere schwarzen Mitmenschen beschönigt und durch altbekannten Antisemitismus und „Schuldgefühle“ gegenüber Schwarzen ersetzt.

Sicher zum Vorteil der Bevölkerung von Darfur ?

c) Der schwerwiegendste Rassismus jedoch richtet sich gegen die Araber selbst, denen niemals Handlungsfähigkeit oder Verantwortung für das im Namen ihrer „Zivilisation“ begangene Unrecht zugeschrieben wird.

Die arabischen Bürger Sudans haben ihr religiöses und kulturelles Leben den unterschiedlichsten Ländern aufgezwungen – mit verheerenden Folgen.

Afrikanische Menschen, ob Christen oder Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen, wurden gezwungen, die aufoktroyierte „Sharia“, Exil, Mord, Vergewaltigung, endlose Bürgerkriege, unterdrückte Selbstbestimmung – ja sogar Völkermord – zu ertragen, alles im Namen arabischer kultureller Überlegenheit und des arabischen Imperialismus.

Doch genau wie in Palästina, Syrien, Jemen, Irak und Libyen **wird das arabische Imperium nie zur Rechenschaft gezogen**, und **seine Bevölkerung wird als „Opfer“ behandelt, obwohl sie alles andere als das ist.**

Der Grund für den palästinensischen Terrorismus, den syrischen Wahnsinn, die jemenitische Katastrophe, das irakische Katastrophengebiet und vor allem die sudanesischen Killing Fields ist **der mörderische Rassismus der arabischen Kultur gegenüber „Andersdenkenden“** im Nahen Osten – und der Rassismus westlicher Ignoranten, die diese Übeltäter – völlig unerklärlicherweise – als „Opfer“ behandeln.

Und diesem Rassismus stehen westliche Universitäten, westliche Nachrichtenorganisationen, die Vereinten Nationen und der internationale Rechtsapparat gegenüber, die „modische“ ‘Anliegen’ verwöhnter „westlicher“ Kids über das Wohl der gesamten Menschheit stellen.

Amnesty International mag die eklatante Vernachlässigung des Sudan beklagen. UN-Beamte mögen die rassistische Gleichgültigkeit gegenüber ethnischen Afrikanern beklagen. Die BBC mag die Katastrophe am Nil nur halbherzig erwähnen. Aber sind SIE nicht die Ursache? Sind sie nicht so sehr darauf bedacht, den einzigen jüdischen Staat der Welt zu verunglimpfen – und ihn mit „Verbrechen“ zu belegen, die der Pax Arabica anzulasten wären –, dass sie Afrika jegliche Aufmerksamkeit rauben?

Und vergessen wir nicht die pro-palästinensischen und pro-arabischen Demonstranten, denen es schändlicherweise erlaubt ist, Woche für Woche unsere Straßen, Universitäten und heiligen Tage mit ihrem Hass zu entweihen, ohne auch nur den Anschein zu erwecken, das ungeheure Böse anzuerkennen, das sich in der arabischen Welt und insbesondere im Sudan abspielt. Die an den Tag gelegte Dreistigkeit ist unfassbar.

Ich wiederhole: Ich bin kein Experte für den Sudan, das „Land der Schwarzen“. Das ist an sich schon die Geschichte. Das ist die Botschaft dieses Kapitels. Rassistische Gleichgültigkeit gegenüber Völkermord, Kriegsverbrechen und Versklavung in diesem Land – genährt von der Nichtberichterstattung der Medien und der weitverbreiteten Ignoranz – ist die Botschaft dieses Kapitels.

Nein, ich kenne nicht die ganze Wahrheit. Kaum jemand kennt sie, denn Berichterstattung ist selten und die Beschwichtigung des arabischen Terrors endemisch. Deshalb fordere ich heute, dass wir die ganze Wahrheit herausfinden – und ich fordere, dass jeder fordert, dass wir die ganze Wahrheit herausfinden.

Ich frage mich Tag für Tag, ob die Menschheit es wert ist, gerettet zu werden. Ich schaue meine Tochter an und sage Ja. Ich schaue auf die Beschwichtigungspolitik gegenüber der arabischen Welt und sage Nein. Die Frage ist noch immer ungeklärt. Und das erfüllt mich mit einer unermesslichen Traurigkeit.

KAPITEL 10: Über ungerechte „Gerechtigkeit“ und die Umkehrung der Sprache VON PLATON BIS ZUR HAMAS: WORTE ALS WAFFEN DES KRIEGES UND DES IMPERIUMS

Manipulierte „Gerechtigkeit“

Ich bin kein großer Freund des Begriffs Gerechtigkeit. Denn während Wahrheit Aussagen über die Realität impliziert und Frieden die Abwesenheit von Kämpfen bedeutet (unabhängig von der Sprache), liegt Gerechtigkeit sehr wohl im Ermessen des Sprechers. Zu sehr sogar.

Selbst wenn ein Nazi von Frieden spräche, würden wir uns alle einig sein, dass er eine Zeit ohne Krieg meint. Frieden wäre zweifellos „nach seinen Bedingungen“. Wenn die Besetzten ihr Schicksal dauerhaft „akzeptieren“ und sich den Launen der brutalen „Herrenrasse“ unterwerfen würden, wäre Frieden – die Abwesenheit von Kämpfen – ihr Lohn. Ob auf Deutsch, Englisch oder Arabisch gesprochen, es gäbe einen „Konsens“, „der Grenzen überwindet“.

Wahrheit hat in ähnlicher Weise einen Kern. Auch wenn die Grenzen verschwommen sein mögen, seine Notwendigkeit infrage gestellt und sein Inhalt angefochten werden mag, akzeptieren seine Befürworter wie Gegner gleichermaßen: wer seine Rechnungen nicht bezahlt, dem wird der Strom abgestellt. Das ist eine Tatsache. Es ist „wahr“.

Doch im Bereich der Gerechtigkeit genießen wir diesen Luxus nicht; und genau das macht die Idee umso gefährlicher. Sicherlich erkennen alle zivilisierten Menschen die Bedeutung eines fairen Verfahrens an: das Recht auf ein faires Verfahren, das Recht des Angeklagten auf Verteidigung, die Festlegung von Strafen nach Präzedenzfällen, die Unschuldsvermutung – und so weiter. Wir freuen uns über die Vorhersehbarkeit des Rechtsstaats und sind entsetzt angesichts der Vorstellung, Unschuldige hinter Gittern zu sehen. Ich könnte natürlich noch weiter in Lobeshymnen ausbrechen, aber die Idee ist wohlbekannt: „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit sollst du verfolgen.“

Auch wenn wir weiterhin über die Rolle des Staates bei der Gewährleistung des Gemeinwohls und den Stellenwert der Regierung bei der Gestaltung der Industriestrategie diskutieren mögen, sind wir uns doch einig, dass unsere Repräsentanten drei unbestreitbare Aufgaben haben: die Verteidigung des Reiches, die Wahrung des inneren Friedens und die Rechtsprechung. Möge dies noch lange so bleiben.

Doch „Gerechtigkeit“ beschränkt sich selten auf Diskussionen über das Strafrecht. Seit Platons Zeiten wurde Gerechtigkeit viel umfassender definiert, nämlich als die Gewährung des jedem zustehenden Rechts. Das lateinische Motto „suum cuique“² („Jedem das Seine“ oder „Jeder soll das bekommen, was ihm zusteht“) wurde durch Cicero in *De Natura Deorum* („iustitia suum cuique distribuit“, Gerechtigkeit gibt jedem das Seine) berühmt und sogar im Justinianischen *Corpus Civilis* unter dem Ausspruch „Gerechtigkeit ist eine Gewohnheit, durch die ein Mensch jedem mit beständigem und unaufhörlichem Willen das Seine gibt“ kodifiziert. Doch Platon deutete diese Idee erstmals in seinem Hauptwerk „Der Staat“ (4.333) an, wo er erklärte:

„Wird dies nicht das oberste Ziel ihrer Entscheidungen sein, dass niemand das hat, was anderen gehört, oder seines Eigenen beraubt wird? Nichts anderes als dies.“

Jemandem „das Seine“ zu geben, mag wie ein hohes Prinzip klingen – oder wie eine Wiederholung der Verfahrensgerechtigkeit im modernen Staat –, doch tatsächlich ist es (auch) ein Freibrief für Schurken, das zu fordern, was im eigenen Interesse liegt, oder die eigene Ideologie zu verbreiten.

In ebendieser Passage des „Staat“ dehnt der athenische Philosoph den Gerechtigkeitsbegriff auf seine Staatsauffassung aus. Nachdem er umstritten erklärt hatte, Gerechtigkeit sei bei der Stadtgründung ein „universelles Gebot“, definierte er den Begriff anschließend im Lichte seiner persönlichen politischen Philosophie:

„Und was wir festgelegt und oft gesagt haben, wie Sie sich erinnern, war, dass jeder Mensch in dem Staat einen sozialen Dienst leisten muss, für den er von Natur aus am besten geeignet ist.“⁴

Und dann, ebenso umstritten:

„Und dass es gerecht sei, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern und sich nicht in fremde Angelegenheiten einzumischen, ist ein Spruch, den wir von vielen gehört und oft selbst wiederholt haben.“ ...Dies... erscheint, in einem gewissen Sinne verstanden, als Gerechtigkeit, dieses Prinzip, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern.“

Am eindrücklichsten ist Platons Metapher, die – durch sein Sprachrohr Socrates – den Staat als Spiegelbild der persönlichen Seele darstellt. So wie eine Stadt geordnet ist, in der jedes Individuum und jede Klasse ihre zugewiesene Rolle erfüllt, so muss auch der Einzelne seine Begierden und Gewohnheiten in einem wohlgeordneten Rahmen beherrschen.

Zweifellos ein edler Gedanke, der die jüdische Vorstellung widerspiegelt, dass der Mensch seinen „Yetzer Hara“ (bösen Trieb)⁷ beherrschen muss, sowie den Ausspruch „Invictus“, der Nelson Mandela inspirierte („Ich bin der Meister meines Schicksals, ich bin der Kapitän meiner Seele“ – (William Ernest Henley)

Aber ist das „gerecht“?

Und selbst wenn ja, entspräche die von Platon beschriebene Stadt Ihrer Vorstellung von Gerechtigkeit?

Wenn wir vom Grundprinzip der administrativen Fairness im Straf-, Zivil- und anderen Recht abweichen, betreten wir die Welt der „individuellen Definition“ – oder bestenfalls der „gemeinschaftsspezifischen Definition“. Platon mag mit seinen Ansichten Recht haben oder nicht (entscheiden Sie selbst!), aber indem er abstrakte Definitionen bis an ihre Grenzen ausdehnte, öffnete der Grieche dem Missbrauch im 20. Jahrhundert Tür und Tor.

„Gerechtigkeit“ à la carte

Die moderne westliche Welt, die sich der platonischen Herausforderung stellte, „Gerechtigkeit“ selbst zu definieren, hat die Qual der Wahl. Es gibt Libertäre, die Gerechtigkeit als „Freiheit“ definieren, Sozialdemokraten wie John Rawls, die Gerechtigkeit als „Fairness“ definieren, oder „(Neo-)Marxisten“, die Gerechtigkeit im Sinne von „Egalitarismus“ und „positiver Diskriminierung“ zur „Wiedergutmachung vergangener Ungerechtigkeiten“ definieren.

Manche definieren Gerechtigkeit als etwas, das sich auf das Individuum und seine Chancen bezieht. Wieder andere wiederum sehen Gerechtigkeit in der oder für die „Gruppe“, die historisches Unrecht erlitten haben mag. Sie haben die Wahl.

Alle aktuellen politischen Akteure stimmen mit Cicero und Platon darin überein, dass Gerechtigkeit bedeutet, dem Bürger sein Recht zukommen zu lassen, doch niemand kann sich darauf einigen, was dieses Recht konkret ist.

Während prozedurale Gerechtigkeit klar, befreiend und gewissheitsstiftend ist – ein Schutzschild gegen Willkür –, sät die moderne, willkürliche Justiz („unabhängiger Richter“) gesellschaftliche Konflikte und innerstaatliche Spaltungen.

Die kommenden Auseinandersetzungen wurden bereits von Aristoteles vorausgesehen, der in der Nikomachischen Ethik erstmals die Idee der Verteilungsgerechtigkeit (umformuliert als „Gleichheit nach Verdienst“) einführt.

Er bemerkte den allgemeinen Grundsatz, dem die meisten Beteiligten zustimmen können: „Vergaben sollten ‚nach Verdienst‘ erfolgen; denn alle Menschen sind sich einig, dass das, was in der Verteilung gerecht ist, in gewisser Weise dem Verdienst entsprechen muss.“

Doch er räumte ein, dass Streitigkeiten unausweichlich sein würden:

„Obwohl sie nicht alle dieselbe Art von Verdienst definieren, setzen die Demokraten ihn mit dem Status eines freien Mannes gleich, die Anhänger der Oligarchie mit „Reichtum“ (oder adliger Herkunft) und die Anhänger der Aristokratie mit Exzellenz.“

Damals konnten sich freie Männer, Oligarchen und Aristokraten nicht auf eine gerechte Verteilung einigen.

Heute sind es Libertäre, Sozialdemokraten und die Verfechter sozialer Gerechtigkeit, die sich gegenseitig bekämpfen.

Die aktuellen Debatten um Redefreiheit an Universitäten, positive Diskriminierung und korrekte Sprache entspringen allesamt Platons fatalem Irrtum: der Vermischung von Gerechtigkeit mit völlig unterschiedlichen Konzepten wie persönlicher Selbstbeherrschung, wirtschaftlicher Verteilung und der Frage nach Recht und Unrecht der britischen Expansion auf den Weltmärkten („Empire“).

Natürlich gibt es zu jedem dieser Themen politische Diskussionen, und das ist auch gut so. Doch anstatt die Auswirkungen von Löhnen und Zöllen auf den britisch-indischen Baumwollhandel des 19. Jahrhunderts sachlich zu erörtern und zu den besten Schlussfolgerungen zu gelangen, befinden wir uns im Dreck und beschuldigen uns gegenseitig der „Ungerechtigkeit“. Fernab des Gerichtssaals ist Gerechtigkeit zum Schimpfwort des 21. Jahrhunderts geworden, mit dem wir uns verächtlich bewerben.

Palästinensische „Gerechtigkeit“

Während wir in Großbritannien, USA/Amerika und Indien traditionell höflich miteinander diskutiert haben (auch wenn dies täglich abnimmt), wird in der Pax Arabica die Logik von Platos unbedachter Rede konsequent zu Ende gedacht.

Seit der Wiedergründung des Staates Israel im Jahr 1948 gibt es unaufhörliche Terroranschläge gegen den alten, neuen jüdischen Staat.

Diese Ereignisse gipfelten in den grausamen Vergewaltigungen, Morden und Entführungen vom 7. Oktober 2023.

Trotz dieser offenkundigen Barbarei, die nach westlichem Recht zu lebenslanger Haft für die Täter geführt hätte, haben palästinensische Apologeten die Ereignisse dieses Tages als „gerechte“ Reaktion auf die Geschichte dargestellt.

Eine kurze Google-Suche nach „palästinensische Gerechtigkeit“ liefert unter anderem folgende Ergebnisse:

Middle Eastern Eye: „Letztendlich bedeutet wahre Gerechtigkeit, den Status quo in Frage zu stellen.“

BDS: „Der Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit braucht Ihre Unterstützung.“

Palestine – Justice for All: „Justice For All verurteilt die anhaltenden gewalttamen Angriffe auf Palästinenser aufs Schärfste.“

Morning Star: „Ein Jahr nach dem 7. Oktober bleibt Gerechtigkeit für Palästina der Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten.“

Die Darstellung der palästinensischen Erzählung im Sinne von Gerechtigkeit und dem Erreichen einer „gerechten Lösung“ ist ein wiederkehrendes Thema, wobei „Gerechtigkeit“ oft die „Rückkehr der Juden nach Europa“ impliziert.

Im besten Fall geht es um ein „(palästinensisches) Rückkehrrecht“, das die jüdische Nation ihrer Souveränität berauben und den Palästinensern zwei Staaten (drei, wenn man Jordanien mitzählt) schenken würde.

Wie es mit „Gerechtigkeit“ vereinbar ist, die Juden dem Völkermord durch Islamisten auszusetzen (oder sie zumindest diskriminierenden Gesetzen zu unterwerfen), bleibt ein Rätsel, das nur die Befürworter dieser Idee lösen können.

Ebenso beunruhigend ist, wie gewalttame Methoden zur Verwirklichung dieser „Utopie“ mit den Geboten eines rechtsstaatlichen Verfahrens vereinbar sein sollen: Schließlich besagt das Grundprinzip der Gerechtigkeit, dass der Staat anstelle des Individuums das Werkzeug der Rache sei.

David Humes meisterhafte Analyse des sprachlichen Tricks der „Pax Arabica“

Platons vage Definition mag für die Haltung *scheinbar* gebildeter Westler verantwortlich sein, doch wie erklären wir die Haltung radikalisierter Muslime, die den Begriff so bedenkenlos verwenden?

Vor vielen Jahrhunderten lieferte uns der Schotte David Hume die Antwort, und sie ist erschreckend. In seinem bahnbrechenden Essay „Über den Geschmack“, der vor allem für seinen Ansatz zur ästhetischen Wertschätzung bekannt ist, ging er auf das Problem der Übersetzung ein; insbesondere auf die Übersetzung eindeutig positiver oder negativer abstrakter Begriffe.

Er beginnt mit der Feststellung, dass Menschen dazu neigen, Angehörigen anderer Kulturen ähnliche Gefühle zuzuschreiben wie denen der eigenen:

„Diejenigen, die Moral eher auf Gefühl als auf Vernunft gründen, neigen dazu, Ethik unter ersterer Betrachtungsweise zu verstehen und zu behaupten, dass in allen Fragen des Verhaltens und der Sitten die Unterschiede zwischen den Menschen in Wirklichkeit größer sind, als es auf den ersten Blick scheint“.

Er fährt fort, indem er feststellt, dass jede Sprache eindeutig positive Begriffe für Konzepte wie Gerechtigkeit, Fairness, Respekt und Ähnliches besitzt und dass diese Ideen in jeder Kultur und zu jeder Zeit gepriesen werden:

„Es ist in der Tat offenkundig, dass Schriftsteller aller Nationen und Zeitalter darin übereinstimmen, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Großmut, Klugheit und Wahrhaftigkeit zu loben und die gegenteiligen Eigenschaften zu verurteilen. Selbst Dichter und andere Autoren, deren Werke vorwiegend der Fantasie dienen, vermitteln von Homer bis Fénelon dieselben moralischen Gebote und geben ihre Werke der Menschheit.“

Lob und Tadel für dieselben Tugenden und Laster.

Die länderübergreifende Übereinstimmung hinsichtlich des positiven Charakters der Gerechtigkeit erscheint auf den ersten Blick lobenswert. Aber ist das wirklich? Warum wird Gerechtigkeit von Chinesisch bis Hindi ausnahmslos gepriesen? Liegt es am Gerechtigkeitsbegriff selbst oder an der Natur der Sprache?

„Wir müssen aber auch einräumen, dass ein Teil der scheinbaren moralischen Harmonie in der Natur der Sprache selbst begründet sein mag. Das Wort Tugend impliziert mit seinen Entsprechungen in jeder Sprache Lob. Wie etwa das Laster, das uns tadeln. Und niemand, der nicht im äußersten Maße ungebührlich handelt, könnte einen Begriff tadeln, der im allgemeinen Sprachgebrauch positiv verstanden wird...“

Anders ausgedrückt: Wenn wir Gerechtigkeit in einer Sprache mit Gerechtigkeit in einer anderen übersetzen, finden wir in beiden Sprachen zwangsläufig Begriffe, die eindeutig positiv sind.

Doch die Bedeutung ist nicht dieselbe!

Wie können wir die Bedeutung überhaupt überprüfen, wenn wir mit dieser fremden Kultur nicht vertraut sind und ihre Sitten und Gebräuche sowie ihre Werte nicht kennen?

Wir wissen nur, dass unser Gesprächspartner „Gerechtigkeit mag“, sie „anstrebt“ und sie „lobt“. Was wir nicht wissen – und wir müssen unsere Unwissenheit in diesem Punkt eingestehen – ist, was Gerechtigkeit für ihn wirklich bedeutet. Was für ihn lobenswert ist, mag uns zutiefst verabscheuen.

Und jetzt kommt der Clou. Also, halten Sie Ihren Kaffee gut fest und atmen Sie tief durch.

Welches konkrete Beispiel führt Hume wohl schon 1757 an, um diese Diskrepanz zwischen dem scheinbar universellen Gerechtigkeitsbegriff und seiner tatsächlichen Bedeutung im lokalen Sprachgebrauch zu verdeutlichen? Sie haben es erraten!

Im darauffolgenden Absatz, zwei Jahrhunderte vor 1948, ließ er folgende Bombe platzen:

„Die Bewunderer und Anhänger von AL CORAN beharren auf den angeblich hervorragenden moralischen Lehren, die in dieser wilden und absurden Darbietung eingestreut sind.

Aber soll man annehmen, dass die arabischen Wörter, die den englischen Begriffen Equity, Justice, Temperance, Meekness und Charity entsprechen, aufgrund des ständigen Gebrauchs dieser Sprache immer positiv zu verstehen sind? ...

Aber wie sollen wir wissen, ob der vermeintliche Prophet tatsächlich ein gerechtes Moralempfinden hatte? Hören wir uns seine Erzählung an; und wir werden bald feststellen, dass er Fälle von Verrat, Unmenschlichkeit, Grausamkeit, Rache und Fanatismus lobt, die mit einer zivilisierten Gesellschaft völlig unvereinbar sind.

Es scheint keine feste Rechtsnorm zu geben; und jede Handlung wird nur insoweit verurteilt oder gelobt, als sie den ‘wahren Gläubigen’ nützt oder schadet“.

BUMM !...(nichts für mich) – hoffe ich ...)

Worte als Waffe des babylonischen Terrors

Und hier sehen wir die Wurzeln des postmodernen Unbehagens und die erfolgreiche Manipulation der Pax Arabica.

Wie Hume prophetisch feststellte, hatte das arabische Reich 1757 wie 2025 eine völlig andere Auffassung von Begriffen wie Nächstenliebe, Sanftmut, Freiheit und vor allem Gerechtigkeit.

Hinzu kommen die modernen Kategorien Apartheid, Menschenrechte, Minderheitenrechte, ethnische Säuberung und Völkermord. Nur weil wir den Begriff Gerechtigkeit gut finden und sie ihn auch gut finden, heißt das nicht, dass unsere Gerechtigkeitsvorstellungen vereinbar sind. Ebenso haben ihre „Menschenrechte“ – ungeachtet der Terminologie – nichts mit unseren gemein.

Zum Teil sind die arabischen Imperialisten gerissene, manipulative Macchiavellisten, die die westliche Sprache gegen uns einsetzen, um unsere wankelmütige Jugend und nützliche Idioten für ihre Sache zu gewinnen.

Darüber hinaus besteht aber auch ein tief empfundener, aber zutiefst verwerflicher Unterschied in der Weltanschauung. Selbst wenn sie ihren Feinden tatsächlich Verbrechen vorwerfen, an die sie selbst fest glauben, mahnt uns ihr verdrehter Sinn für „das Gute“ zur Vorsicht. Denn wir wollen keinesfalls eine Gesellschaft, in der ihre „Gerechtigkeit“ herrscht.

Angeregt von Platon, haben wir den vermeidbaren Fehler begangen, die bewährte Verfahrensgerechtigkeit, die vom Rechtsstaat gewährleistet wird, zu verwässern und sie auf den Bereich politischer Auseinandersetzungen auszudehnen.

Sprachwissenschaftler haben diesen Fehler noch verschärft, indem sie glaubten, die zu lobenden Tugenden seien kulturübergreifend. Die Pax Arabica hat diese Verwirrung ausgenutzt und uns dazu gebracht, unsere Werte zu vergessen und heimlich ihre zu übernehmen.

Sprache, nicht Selbstmordattentate oder blutige Gewalt, ist zu ihrer allgegenwärtigsten und wirksamsten Vorgehensweise geworden.

Wir haben blindlings entsetzliche Rechtfertigungen für Gewalt akzeptiert und unser Verständnis von Unterdrückung, Freiheit, Gerechtigkeit, Völkermord und Ähnlichem so umgedeutet, dass es der heimtückischen, arabischen, imperialen Mentalität entspricht.

Sie werden nicht ruhen, bis der babylonische Terror vollends entfesselt ist: wenn alle einer Religion, einer Ideologie, einer Kultur und einer Sprache folgen – der Sprache des gemeinsamen Missverständnisses.

Das ist weder meine Freiheit noch meine Gerechtigkeit.

Es ist überhaupt weder Freiheit noch Gerechtigkeit.

Es ist die Charta eines Tyrannen und eine Ideologie des kaum verhüllten Bösen, die wir törichterweise für gut halten.

Wie Sie alle bin auch ich ein großer Verfechter von Gerechtigkeit: MEINER Version von Gerechtigkeit. Doch gerade weil sie sich von Ihrer, seiner und ihrer unterscheidet, ist sie bestenfalls ein wertloser Begriff und schlimmstenfalls ein gefährlicher Katalysator für Selbstmordattentäter und Hamas-Vergewaltiger.

Gerechtigkeit ist der abstrakte Begriff, der den Verfall einleitete. Er begann im antiken Athen, und seine Folgen brechen sich nun auf den Straßen Israels Entladung. Als ausgebildeter Jurist bin ich der Ansicht, dass es an der Zeit ist, die Gerechtigkeit in den Gerichtssaal zurückzubringen und das richtige Verständnis in das gemeinsame sprachliche Erbe des freien Westens zurückzuführen.

Fall abgeschlossen, Euer Ehren.

KAPITEL 11: Über „appeasement“/ Beschwichtigung

ISRAEL ALS UTILITARISCHER SÜNDENBOCK

Levitikus 16,22: „So soll der Bock all ihre Sünden in ein unzugängliches Gebiet tragen; und der Bock soll in der Wüste freigelassen werden“.

Das Westminster-Parlament verbindet mühelos parlamentarische Kontrolle mit Unterhaltung. Die wöchentliche Fragestunde des Premierministers (PMQs) ist ein Kassenschlager. Weniger, weil man tatsächlich etwas über Politik lernt, sondern vielmehr, weil man erwachsene Menschen in kindischstem Verhalten erleben kann. Und wer mag keine Komödie?

Mir sind die Begegnungen zwischen dem damaligen Oppositionsführer William Hague und seinem übermächtigen Widersacher, Premierminister (heute Wesir von Gaza) Tony Blair, noch gut in Erinnerung.

Zugegeben, Hague erlitt bei den folgenden Wahlen eine katastrophale Niederlage, aber er war zumindest witzig.

„Man sollte das Amt des Londoner Bürgermeisters in mehrere separate Büros aufteilen“, witzelte er. Frank Dobson kann dein Bürgermeister für gute Tage sein, Ken Livingstone dein Albtraum!

Ich setze den Witz nicht in Anführungszeichen. So erinnere ich mich eben daran. Eine schöne Erinnerung an bessere Zeiten. Eine Ära, in der man jeden Mittwoch BBC 2 einschalten und sich köstlich amüsieren konnte. Eine Zeit, in der es zwar Probleme auf der Welt gab, diese aber woanders lagen.

In all den 30 Jahren, in denen ich die Fragestunde des Premierministers verfolgt habe, war der Tonfall immer derselbe. Respektloses Kasperletheater bei der Innenpolitik und andächtiges Schweigen bei der Außenpolitik. Kindische (aber unterhaltsame) Schuldzuweisungen, wenn es um die Heimatfront ging, und zustimmendes Kopfnicken bei Angelegenheiten jenseits unserer Grenzen.

Obwohl rebellische Hinterbänkler oft ausländische Abenteuer kritisiert haben, waren sich die Fraktionsvorsitzenden beider etablierter Parteien stets einig. Ob es nun um den umstrittenen Irak-Krieg ging, bei dem es hieß: „Lasst uns die Kurden vor den Arabern retten“, oder um den unbeschwerten Kosovo-Krieg, bei dem es hieß: „Lasst uns die Muslime vor den Christen retten“, die Konservativen und Labour sprachen immer an einem Strang.

Am 4. Dezember 2024 änderte sich etwas grundlegend. Es geschah während der Fragestunde des Premierministers und markierte eine äußerst besorgniserregende Entwicklung in unserer Politik.

Zum ersten Mal seit ich denken kann – und ich gestehe, dass ich die Parlamentsdebatte nicht mehr so aufmerksam verfolge wie früher – wurde die Außenpolitik zum Spielball der Politik.

Während Afghanistan einst Einigkeit brachte, sorgte Israel nun für Zwietracht.

In einer äußerst kritischen Fragerunde konfrontierte Oppositionsführer Rishi Sunak Sir Keir Starmer mit dem neuen britischen Teilwaffenembargo gegen Israel.

Und er fragte nicht höflich, sondern angewidert.

Und er tat dies mit der zustimmenden und lautstarken Unterstützung seiner Hinterbänkler. Israel war zum Parteithema geworden. Israel – und die Außenpolitik – standen nun auf dem Wahlzettel.

Es stimmt, dass Keir Starmer in ernstem Ton und ohne parteipolitische Hetze antwortete. Er betonte, er wende das Gesetz an und die Regierung habe keine andere Wahl gehabt, als so zu handeln. Er bekräftigte Israels Recht auf Selbstverteidigung. Doch ein Rubikon war überschritten.

Die neue konfessionelle Realität der britischen Politik ist ebenso traurig wie unbestreitbar. Und sie betrifft nicht nur den Nahen Osten.

Auch außenpolitische Konflikte zwischen Hindus indischer und muslimischer Herkunft vom Subkontinent treten immer deutlicher zu Tage.

In einer wenig beachteten Geschichte errangen die Tories – nach ihrer vernichtenden Wahlniederlage 2024 – überraschend einen Sitzgewinn in einem Wahlkreis in Leicester.

Dieser Erfolg resultierte aus zwei gleichzeitig wirkenden Faktoren: einem Rückgang der muslimischen Unterstützung für Labour und einem Anstieg der hinduistischen Unterstützung für die Konservativen.

Dieser Trend wiederholte sich in Nordwest-London, wo sich konservative Abgeordnete in ethnischen Minderheitenhochburgen wie Harrow und Pinner dank einer starken hinduistischen (und einer bedeutenden jüdischen) Wählerschaft behaupten konnten. Dass Rishi Sunak der erste hinduistische Premierminister war, spielte dabei sicherlich eine Rolle, doch die konfessionelle Komponente darf nicht unterschätzt werden.

Wie wir alle wissen, waren die Auswirkungen der sektiererischen Auseinandersetzung in den Wahlkreisen mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil am stärksten spürbar, da diese die Wahlkreise mit bedeutenden hinduistischen, sikhischen und jüdischen Wählergruppen bei Weitem übertreffen. Vier Abgeordnete (fünf, wenn man Jeremy Corbyn mitzählt) wurden allein aufgrund eines parteipolitischen Gaza-Programms gewählt, das – wohlgemerkt – eine außenpolitische Angelegenheit in einem weit entfernten Land ist, von dem sie keine Ahnung haben. Auch andere Abgeordnete wären beinahe in der Flut der Proteste untergegangen. Darunter der neue Gesundheitsminister Wes Streeting und die wohl nervigste Abgeordnete der Welt, Jess Phillips.

Obwohl sie während ihres gesamten Wahlkampfs in Birmingham von Hamas-Anhängern beschimpft, belästigt und eingeschüchtert wurde, schob sie die Schuld – unerklärlicherweise – auf „Männer“³. Als ob ich zu denjenigen gehören würde, die sie wegen einer außenpolitischen Position bedrohen würden.

Frau Phillips' erschreckende Feigheit, die Hamas-Schlägereien in ihrem Wahlkreis nicht beim Namen zu nennen, passt perfekt zur sich wandelnden Israel-Politik der Labour-Partei – von Solidarität über einen nachhaltigen Waffenstillstand und Waffenexportverbote bis hin zu unnachgiebiger Kritik und der Anerkennung eines palästinensischen Staates ohne Regierung.

Obwohl sie sich hinter einem juristischen Deckmantel der „Objektivität“ versteckt, ist der wahre Zweck klar: *die Beschwichtigung verlorener muslimischer Wähler*.

Wenn „das Gesetz“ der „Grund“ für das Embargo wäre, fragt man sich, warum Großbritannien weiterhin Waffen an Qatar, Ägypten oder die Vereinigten Arabischen Emirate liefert.

Vor allem aber fragt man sich, warum wir Saudi-Arabien mit Waffen beliefern, ein Land, das einen brutalen Krieg im Jemen führte, der unzählige Tote und beispiellosen Hunger verursachte.

Wir stimmen dem saudischen Regime zwar zu, dass iranische Stellvertreter jenseits der Grenze ein Übel sind, das besiegt werden muss – noch mehr, wir stimmen dem voll und ganz zu –, doch die Art und Weise, wie sie diese Bedrohung beseitigten, war unmenschlich.

Hat Mohammed bin Salman (MBS) die Gesetze des Krieges überhaupt beachtet?

Hat er versucht, Zivilisten zu schützen?

Hat er Massenevakuierungen angeordnet?

Natürlich nicht! Internationale Normen sind ihm völlig egal.

Und es ist uns völlig egal, dass ihm internationale Normen völlig egal sind.

Wir stimmten der Notwendigkeit zu, die Huthis zu besiegen (sie scheiterten) und versorgten die saudische Armee mit Waffen in Hülle und Fülle.

Jegliche Rechenschaftspflicht wurde ignoriert.

Uns wurde jedoch suggeriert, Israel, das alles in seiner Macht Stehende tut, um die Zahl der zivilen Opfer zu reduzieren und das niedrigste Verhältnis von Zivilisten zu Kämpfern in der Geschichte der Menschheit erreicht hat, sei ernsthaft gefährdet, „gegen internationales Recht zu verstößen“.

Wenn Großbritannien Saudi-Arabien im Kampf gegen die iranische Geiβel beistehen kann, warum kann es dies dann nicht auch für Israel tun, das demselben Gegner gegenübersteht, aber mit ungleich mehr Menschlichkeit handelt?

Dafür gibt es zwei mögliche Gründe.

Erstens wollen bestimmte Mitglieder der britischen Regierung (sowie Teile der Medien, der Wissenschaft und der Justiz) Israel besiegt sehen oder zumindest ein Unentschieden erzwingen. Auch wenn dies für einige zutreffen mag, bezweifle ich stark, dass die Machthaber die Ziele des Irans und der Hamas tatsächlich unterstützen.

Oder dass sie die Menschenrechtsverletzungen im Nahen Osten ignorieren. Oder dass das Leben für Minderheiten, Frauen und indigene Bevölkerungsgruppen in der Pax Arabica besser ist als in Israel. Und ich bin sicher, dass sie die islamistische Vorgehensweise nicht gutheißen.

Daher müssen wir den zweiten Grund in Betracht ziehen; Das heißt, obwohl sie Israel grundsätzlich unterstützen, trotz verständlicher Vorbehalte gegenüber der Netanjahu-Regierung und den anhaltenden zivilen Opfern, sind sie bereit, den jüdischen Staat „aus utilitaristischen Gründen“ zu opfern.

Lassen Sie mich das erklären.

In den „Sozialen Medien“ wird viel darüber geredet, wie man die Eliten von Israels Position „überzeugen“ könne.

Um es klarzustellen: Was auch immer sie von Israel halten, sie wissen, dass die Hamas unmenschliche Übeltäter sind und sie sind geopolitisch besorgt über das Vorgehen des Iran.

Die westlichen Entscheidungsträger – insbesondere die gemäßigte sunnitischen – teilen im Großen und Ganzen Israels Wunsch, die Hamas zu besiegen.

Wozu aber keiner bereit ist – und das gilt zunehmend auch für die Vereinigten Staaten (USA) –, ist, Israel diplomatisch zu verteidigen. Und vor allem fühlt sich die politische Linke verpflichtet, akademischen Moden und einer wachsenden muslimischen Wählerschaft nachzugeben. Überzeugungsarbeit wird also nichts bringen. Sie sind bereits überzeugt. Aber das wird nicht verhindern, dass der jüdische Staat geopfert wird.

Um das zu verstehen, müssen wir uns mit der von Jeremy Bentham bekannt gemachten Moralphilosophie des Utilitarismus auseinandersetzen. „Das größte Wohl/Glück/Vergnügen für die größte Zahl“, so lautet der Grundsatz. Wir sollten so handeln, dass wir das Vergnügen für die Vielen maximieren und das Leid so weit wie möglich reduzieren.

Gegen den Utilitarismus wird ein bekannter Einwand erhoben: das Beispiel des Sheriffs. Jack Coulson beschreibt es so:

„Stellen Sie sich vor, Sie sind Sheriff in einer kleinen Wüstenstadt. Sie haben einen jungen Mann in Gewahrsam, der des Mordes beschuldigt wird. Die Stadtbewohner beginnen zu randalieren und fordern die Auslieferung des Unschuldigen. Sie beabsichtigen, ihn zu töten. Wenn Sie ihn nicht ausliefern, wird der Aufruhr eskalieren, und Sie wissen, dass mehrere weitere Menschen sterben werden. Der Utilitarismus legt nahe, dass wir den jungen Unschuldigen ausliefern sollten.“⁵

Genau das geschieht in der internationalen Politik.

Israel ist der (vergleichsweise) Unschuldige, und die anderen Nationen – darunter viele mehrheitlich muslimische Länder – wissen, dass er unschuldig ist.

Doch die Stadtbewölkerung randaliert. Wenn wir nicht auf die Schläger in Birmingham, die zunehmend sektiererische Wählerschaft, die unmoralischen Vereinten Nationen oder die voreingenommenen NGOs, die sich als humanitäre Organisationen ausgeben, hören, wird es zu Unruhen, Tod und Krieg in der Region kommen. Es wird zu inneren Spaltungen der westlichen Gesellschaften und Chaos im Nahen Osten kommen.

Unter diesen Umständen ist es utilitaristisch, den Unschuldigen den Wölfen zum Fraß vorzuwerfen. Es bedeutet, Israel Waffen zu verweigern und „den UN-Sicherheitsrat einzuberufen“. Es bedeutet, die Feinde zu „beschwichtigen“ und die *Freunde im Stich zu lassen*.

Es bedeutet, *die demokratische Solidarität dem Opportunismus zu opfern*.

Es bedeutet, sich der moralischen Verkommenheit und der Verdrehung der Tatsachen zu ergeben.

Es ist Beschwichtigung gegenüber dem Imperium.

Und deshalb ist der Utilitarismus moralisch verwerflich.

12. Über den Mann, der sich der „Pax Arabica“ entgegenstellte

Sir Anthony Eden trotzt dem arabischen Faschismus und verteidigt den Nationalstaat, wird aber von den USA verraten.

VORWORT ZU KAPITEL 12

KAPITEL 12 ist wohl der Schlüsselabschnitt dieses Werkes.

So sehr, dass es ein Vorwort verdient.

Im folgenden Kapitel, das eine neue Perspektive eröffnet, werden wir den fundamentalen Unterschied zwischen dem Britischen Empire, einer globalen Hegemonialmacht, die die internationale Ordnung aufrechterhielt, und den arabisch-nasseristischen/deutsch-hitleristischen Imperien untersuchen, die im Namen der vollständigen ideologischen, kulturellen und rassischen/ethnischen Herrschaft nach gewaltsamer Eroberung strebten.

Letztere konnten nur gedeihen, als es dem Ersteren an Entschlossenheit mangelte. Und nun, im postbritischen Zeitalter, in dem USA seiner Rolle als letzte souveräne Macht nicht mehr gerecht wird, befinden wir uns in einem Hobbes'schen Krieg aller gegen alle, in dem einzelne Akteure in einem Vakuum des Chaos ihre Macht behaupten.

Nasser nutzte die schwindende britische Kontrolle – und das allgegenwärtige US-amerikanische Bedürfnis nach Isolation –, um seine Macht zu festigen und eine panarabische imperiale Uniformität mit nationalsozialistischer Ansteckung zu verbreiten.

Geprägt vom „Geist Münchens“, fegte seine panarabische Politik über Libanon, Syrien, Jemen und Irak hinweg.

Obwohl er 1967 schließlich von Israel besiegt wurde und so ein zweiter Holocaust verhindert werden konnte, ist sein Erbe des panarabischen *Babel-Terrors* (eine Religion, eine Sprache, ein diktatorischer Führer) bis heute ungebrochen. Es wird „*Pax Arabica*“ genannt. Diese Kraft fegte nach dem Sechstagekrieg die letzten irakischen Juden hinweg.

Es war Sir Eden – und nur Sir Eden –, der die prophetische Weitsicht besaß, sich der panarabischen Bedrohung entgegenzustellen. Seine Niederlage gegen den Verräter USA wird den Menschen im Nahen Osten, die 2025 mit ethnischer Säuberung, Apartheid, Sklaverei und Völkermord konfrontiert sein werden, unvergessen bleiben.

Edens Motivation war nicht, das Britische Empire gegen die Kräfte der Selbstbestimmung zu verteidigen, sondern die Selbstbestimmung gegen die faschistischen Kräfte Nazi-Deutschlands und der Pax Arabica. Er wollte nicht die schwindende Macht Großbritanniens verewigen, sondern deren Errungenschaften – internationale Ordnung, Stabilität und Souveränität – gegen die Kräfte der Anarchie bewahren. Er wusste, dass die USA ihrer Verantwortung nicht gewachsen waren – und in Afghanistan sehen wir, dass er Recht hatte. Man kann den USA nicht trauen, dass sie ihren Kurs beibehalten. Mit der Zeit werden ihre Verbündeten im Stich gelassen und ihrem Schicksal überlassen. Die Taliban waren klug genug, dies zu erkennen. Eden war es auch. „Amerika“ ist eine unreife „Weltmacht“ mit der Aufmerksamkeitsspanne eines Smartphone-süchtigen Sechsjährigen.

Heute, in Kapitel 12, ändern wir das Drehbuch. Heute erwecken wir den Edenismus zu neuem Leben, das Prinzip, dass internationale Ordnung und Dekolonisierung nur mit der Existenz einer wohlwollenden Hegemonialmacht erfolgreich vereint werden können. Die USA, die Vereinten Nationen, die Sowjetunion und die Pax Arabica haben sich zusammengeschlossen, um eine Welt des Chaos zu schaffen. Daher muss der britische Geist wieder erwachen, um die Unabhängigkeit der Staaten (und regionalen) Minderheiten im Nahen Osten und darüber hinaus zu schützen. Die angloamerikanische Freiheit muss in das Bewusstsein der US-Amerikaner zurückkehren, damit die Hölle der Pax Arabica, mutiert zum Islamismus, nicht die ganze Welt verschlingt.

REVISIONISTISCHER SUEZ: EDEN HATTE RECHT MIT DEM, WAS ER ÜBER NASSER SAGTE

Eden sollte mit seinen Vorhersagen über Nasser vollkommen Recht behalten, genau wie mit seinen Einschätzungen zu Hitler und Mussolini in den 1930er Jahren.

Der Diktator, durch die Beschwichtigungspolitik bestärkt, setzte im Nahen Osten den arabischen Imperialismus durch, unter dessen Folgen wir bis heute leiden. Er strebte eine Unterwerfungsunion mit Syrien an, beschleunigte 1958 den Sturz der irakischen Monarchie, stürzte 1962 die jemenitische Monarchie, verwinkelte sein Land in einen „jemenitischen Vietnamkrieg“ gegen die verbliebenen arabischen Monarchien, stiftete Chaos im Libanon und versuchte, sich als unangefochtener Führer eines arabischen imperialistischen Reiches zu etablieren. Den Todesstoß versetzte ihm sein Versuch, den Staat Israel zu vernichten und seine Bevölkerung im Krieg von 1967 einem zweiten Holocaust auszusetzen.

Karikaturhafte Geschichtsschreibung

Das 20. Jahrhundert wird anhand von Karikaturen vermittelt.

Churchill, der Held. Chamberlain, der Schurke. Imperialismus schlecht.

Die Vereinten Nationen gut. Georg VI., ein Mann der Pflicht, Edward VIII., ein Mann des Eigennutzes.

Und vor allem: „Die Suez-Krise war eine Demütigung für den Imperialisten Anthony Eden.“ Heute entkräften wir diesen Mythos und verstehen die Fragen, welche die Krise von 1956 aufwarf. Denn obwohl Suez als längst vergangene Angelegenheit erscheint, sind die damit verbundenen Probleme bis heute aktuell; allen voran die Frage, wer die internationale Ordnung im postbritischen Zeitalter aufrechterhält.

Sir Anthony Eden: Ein außergewöhnlicher Außenminister

Anthony Eden war einer der größten Staatsmänner seiner Zeit und bekleidete das Amt des britischen Außenministers über drei Jahrzehnte hinweg insgesamt 14 Jahre lang.

In einigen der folgenreichsten Momente des 20. Jahrhunderts hatte Eden eine der wichtigsten Positionen in der Weltpolitik inne und erfüllte seine Aufgaben mit unfehlbarer Geschicklichkeit.

Er sprach Französisch, Deutsch, Arabisch, Russisch und Persisch, wobei er Letzteres als „Italiener des Nahen Ostens“ verehrte. In seiner Jugend soll er besser Französisch als Englisch gesprochen haben, und am Christ College in Oxford studierte er Persisch und Arabisch – eine, wie man wohl sagen kann, ideale Ausbildung für sein späteres Leben.

Seine Kenntnisse der Außenpolitik waren beispiellos, und er wurde von seinen Kollegen verehrt, nicht zuletzt von seinem Nachfolger Selwyn Lloyd, der Sprachen weniger zu seinen Stärken zählte.

Vor allem aber war Eden ein Mann von Integrität und Prinzipien, der aus Protest gegen die Appeasement-Politik gegenüber Mussolinis faschistischer Regierung von seinem Amt zurücktrat. Er war einer von nur 39 konservativen Abgeordneten, die sich in der „Münchener Frage“ der Stimme enthielten. Obwohl diese Gruppe von 39 Abgeordneten klein war, war ihr Einfluss auf das nachfolgende britische Politikgeschehen legendär. Zu ihnen gehörten auch Churchill und Macmillan, die ohne das Scheitern der Appeasement-Politik der 1930er-Jahre wohl in Vergessenheit geraten wären.

Hintergrund der Suez-Krise: Chamberlain und das „Münchener Dilemma“

Obwohl Churchill und Eden Hitlers diktatorischen Bruch des Münchener Abkommens richtig voraussagten, gebührt Chamberlain und seinem Kabinett Anerkennung. Nach den katastrophalen Verlusten im Ersten Weltkrieg schien die Vorstellung einer erneuten Konfrontation unerträglich, und die öffentliche Meinung unterstützte sie dabei. Die Regierung wusste, dass ein Konflikt mit Hitler möglich, ja sogar wahrscheinlich war, doch ein Krieg um das Sudetenland erschien angesichts des sich entwickelnden Selbstbestimmungsrechts der Vereinigten Staaten verfrüht.

Wenn die deutschsprachige Bevölkerung des Gebiets die Wiedervereinigung mit dem Reich wünschte – und die Ergebnisse der demokratischen Wahlen in der Tschechoslowakei deuteten darauf hin, dass dies mehrheitlich der Fall war –, wäre es dann angemessen gewesen, ihnen dieses Recht zu verweigern?

Was hätten die Alliierten getan, wenn sie das Sudetenland, das Rheinland oder Österreich besetzt hätten? Wären sie als unerwünschte Besatzer geblieben? Hätten sie einen Regime- wechsel herbeigeführt? Letztendlich hätten sie gehen müssen, und der Status quo ante wäre bestehen geblieben.

Wir betrachten die Dinge mit der ruhigen, unhinterfragten Gewissheit der Rückschau: die Invasion Prags, die Bombardierungen des Blitzkriegs, den Holocaust. Die kommenden Schrecken, zumindest die zuerst genannten, mögen vorhersehbar gewesen sein – und Churchill, Eden und MacMillan gebührt dafür Anerkennung –, doch es ist unklar, welche Maßnahmen Großbritannien hätte ergreifen können.

Welche Schritte wären angesichts unserer mageren zehn Armeebataillone im Vergleich zu den zwanzig Belgiens und den fünfhundert der Sowjetunion überhaupt wirksam, nachhaltig oder möglich gewesen? Erst die totale Katastrophe, die Hitler in den folgenden Jahren über uns brachte, machte das Ende des Führers akzeptabel, nicht nur in den Augen Großbritanniens und der Alliierten, sondern auch in den Augen der Deutschen selbst.

Angesichts der oben genannten Umstände sah sich Chamberlains Regierung 1938 außer- stande, Stellung zu beziehen. Dennoch versuchte sie, die folgende, inakzeptable Realität zu verhindern: die Eroberung des Sudetenlandes durch Deutschland in einem Akt brutaler Ge- walt. In Anlehnung an die Nachkriegsordnung nach dem Abzug der Briten hoffte sie, die Übergabe gemäß den sich entwickelnden Normen des Völkerrechts geordnet gestalten zu können. Sollte das Reich das Gebiet annexieren, musste dies allein auf dem Selbstbestim- mungsrecht beruhen. München diente somit der Einigung über das Übergabeverfahren und der Schaffung eines Präzedenzfalls für die erhoffte internationale Ordnung.

Letztendlich scheiterte Chamberlains Vorhaben. Eden und Churchill hatten die Folgen seiner Bemühungen vorausgesehen und verdienen dafür Anerkennung. Sie waren in ihrer Ableh- nung der Unterwerfung unter militaristische Diktatoren prinzippetreu. Chamberlain jedoch als schwachen Narren abzustempeln, wäre unfair; ein Urteil aus der Rückschau, das in die Falle der Karikatur tappt. Der Premierminister wusste, dass seine Bemühungen wahrscheinlich scheitern würden. Im Auto vom Flughafen Heston (bekannt für seinen Ausspruch „Frie- den in unserer Zeit“) sagte er zu einem Berater, er hoffe auf das Beste, befürchte aber das Schlimmste – doch er sei nicht bereit, britische Leben für das Selbstbestimmungsrecht zu op- fern. Der Zeitpunkt für einen unvermeidlichen Konflikt müsse warten.

Man kann ihm zustimmen oder (wahrscheinlicher) widersprechen. Doch sein Versuch, mör- derische, antisemitische Diktatoren (so verabscheuungswürdig sie auch sein mögen) an eine regelbasierte Ordnung zu binden, bleibt bis heute eine Herausforderung – und die Lösung ist noch nicht gefunden.

Die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung im Zeitalter des globalen Imperialismus

In Zeiten des globalen Imperialismus war es Europa und vor allem Großbritannien, das den internationalen Frieden sicherte. Trotz ihrer ständigen Streitigkeiten trafen sich die europäi- schen Mächte (einschließlich der Osmanen) regelmäßig zu Gipfeltreffen, um Konflikte beizulegen und sich auf die Weltgrenzen zu einigen.

Das Vereinigte Königreich mit seiner überragenden Seemacht trug die Verantwortung für die Kontrolle der Weltmeere und sicherte so den Weltfrieden.

Während bewaffnete Konflikte zwischen weit verstreuten indigenen Stämmen weiterhin zahlreich ausgetragen wurden, blieben die wichtigsten Wasserwege – darunter der Suezkanal, die Meerenge von Bab al-Mendez und die Straße von Malakka – für den Welthandel offen, und die Meere blieben frei von unerwünschter Piraterie.

Man kann dies leicht karikieren und hetzerische Behauptungen aufstellen wie „Großbritannien hat Indien ausgebeutet“. Doch damit werden die Vorteile der Stabilität einer Großmacht zwangsläufig unterschätzt. Zweifellos profitierten Großbritannien und seine europäischen Nachbarn erheblich von den damaligen Verhältnissen.

Hegemonialmächte profitieren immer – aber das ist ein ebenso typisches Merkmal der Moderne wie der Vormoderne. Die Europäische Union ist de facto ein deutsches Wirtschafts imperium, dessen europäische Zinssätze die Interessen der deutschen Industrie begünstigen; die Auswirkungen auf griechische Unternehmen sind dabei zweitrangig. Großbritannien wurde sogar aus dem vor-Euro-Wechselkursmechanismus gedrängt, weil es sich nicht ausreichend an den wirtschaftlichen Interessen der Bundesbank orientiert hatte. Doch die EU-Mitgliedstaaten unterwerfen sich der deutschen Wirtschaftsdominanz zu ihrem eigenen Wohl, vor allem zur Wahrung des Friedens in Europa. Ich wiederhole: Die Hegemonialmacht stellt ihren Vorteil stets über alles andere, aber sie tut dies mit positiven Nebeneffekten: Ordnung, Frieden und Stabilität.

Das Britische Empire war die Europäische Union des 19. Jahrhunderts. Frieden, Freizügigkeit, Handelsfreiheit und wirtschaftliche Chancen im Gegenzug für die Unterwerfung unter die Präferenzen der Weltmacht. Es war so weit entfernt vom babylonischen Albtraum der Pax Arabica, wie es nur ging. Während das arabische Reich eine Religion, eine Sprache und einen diktatorischen Führer verkündete, legten die Briten den Grundstein für eine moderne, regelbasierte, liberale Wirtschaftsordnung.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der (europäische) Imperialismus infrage gestellt, vor allem die Frage der Herrschaft über Völker, die ihren eigenen Weg gehen wollten. Selbstbestimmung – zumindest dem Namen nach – wurde zum obersten Gebot. Doch mit der schließlich eintretenden (europäischen) Dekolonialisierung kam der damit einhergehende Nachteil: eine friedlose, ordnungslose Welt, in der unberechenbare Diktatoren das Sagen hatten. Mit diesem Problem musste sich Chamberlain in München auseinandersetzen. Und es kehrte in Suez mit voller Wucht zurück, um Eden heimzusuchen.

Die Herausforderung der Dekolonialisierung für den Weltfrieden

Anthony Eden war kein rückwärtsgewandter Imperialist. Er war sich der bevorstehenden Beschleunigung der Dekolonialisierung und des Autonomiewunsches der Untertanen des Empires vollkommen bewusst. Er wollte diesen Prozess weder aufhalten noch umkehren. Unter seiner Führung erlangte der Sudan sogar 1954 die Unabhängigkeit – entgegen den Befürchtungen der Labour-Partei, die Konservativen würden sich als kriegerische Befürworter des Empires erweisen.

Edens Ziel war es vielmehr, in einer Welt zunehmend divergierender Interessen die internationale Ordnung zu sichern. Kurz vor seinem Tod sagte Churchill einem Bekannten, sein Lebenswerk sei gescheitert, da das Britische Empire nicht länger die Macht besaß, den Frieden zu wahren. Obwohl Eden einer weniger viktorianisch geprägten Generation angehörte, teilte er die Leidenschaft seines Mentors für globale Stabilität. Hitler und Mussolini hatten dieses Ideal auf die Probe gestellt, und obwohl sie unter beispiellosem Blutvergießen besiegt wurden, blieben die von ihnen ausgehenden Herausforderungen bestehen.

Die Vereinten Nationen erschienen manchen als Ersatz für das Empire; die Großmächte agierten gemeinsam, um internationale Sicherheitsherausforderungen zu bewältigen. In ihren Anfängen waren sie etwas erfolgreicher als heute, allerdings nur, weil der Koreakrieg während einer Phase des sowjetischen Boykotts (13. Januar bis 1. August 1950) begann. Da die UdSSR nicht an den Verhandlungen teilnahm, konnten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ihre Streitkräfte nach dem Einmarsch Nordkoreas entsenden. Doch das schnelle Eingreifen der Alliierten im Jahr 1950 unterstreicht nur die Vorteile des Empires für die internationale Ordnung. Nur als die Vereinten Nationen als imperialistisches Instrument in den Händen der USA blieben, waren sie sowohl handlungsfähig als auch effektiv. Sobald die Bipolarität wieder die Oberhand gewann, waren Stillstand und Ohnmacht die Folge.

Darüber hinaus markierte der Koreakrieg einen Wendepunkt, an dem die Westeuropäer, insbesondere die linke, sozialistische Regierung Großbritanniens, in Korea aktiv werden wollten, um das fortgesetzte globale Engagement der USA zu sichern.

Angesichts der wahrscheinlichen Rückkehr des amerikanischen Isolationismus und der prekären Lage der westeuropäischen Verteidigung war es insbesondere für Großbritannien unerlässlich, die amerikanischen Ziele in Ostasien zu unterstützen. Die fortgesetzte Beteiligung Amerikas an der Weltpolitik war so wichtig, dass Großbritannien sich verpflichtete, 12 % seines Staatshaushalts für die Aufrüstung aufzuwenden (heutzutage kaum vorstellbar!), ein Versprechen, das Premierminister Attlee unbedingt einlösen wollte, ungeachtet der politischen Konsequenzen. Und diese Konsequenzen waren schwerwiegend. Durch die massiven Verteidigungsausgaben wurden im neu gegründeten Nationalen Gesundheitsdienst (NHS) Gebühren vorgeschlagen, was zum Rücktritt von Aneurin Bevan und Harold Wilson führte. Die internen Spaltungen kosteten Labour die anstehenden Wahlen. Doch angesichts der drohenden russischen Invasion war die Verteidigung des Kontinents unerlässlich. Kurz gesagt: Der Niedergang des britischen Empires hatte bereits begonnen, und ein neues Empire musste an seine Stelle treten, um die Stellung zu halten. Aber würden die USA mitspielen?

Angesichts des schwindenden globalen Imperialismus und der anhaltenden Zurückhaltung Amerikas, dessen Platz einzunehmen, stellt sich die Frage: Wer sollte die Verantwortung für den freien Warenverkehr auf den Weltmeeren übernehmen? Wer sollte die Piraterie eindämmen und (um ein aktuelles Beispiel zu nennen) die Huthis daran hindern, internationale Schiffe mit Raketen zu beschließen? Großbritannien hatte stets die Verantwortung übernommen und die Küsten von Aden im Jemen, Oman, Kuwait, Irak, Zypern und Singapur kontrolliert, um den freien Warenverkehr zu gewährleisten. Doch wer sollte diese Aufgabe nun übernehmen? Die Meerengen von Bab al-Mendeb und Hormus mussten gesichert werden. Ebenso der Suezkanal. Es ging nicht um die Besetzung fremder Gebiete, sondern um die Notwendigkeit des Treibstofftransports, und diese Verantwortung durfte nicht in den Händen unberechenbarer Diktatoren liegen.

Schutz des Suezkanals: Eine Bewährungsprobe in einer Welt der Diktatoren

Dass der Suezkanal auf ägyptischem Hoheitsgebiet liegt, stand nie zur Debatte. Ebensowenig, dass das ägyptische Volk, seit 1922 unabhängig, die Kontrolle über seine eigenen Angelegenheiten wünschte. Großbritannien hatte nie Ansprüche auf ägyptisches Territorium an sich, sondern wollte die internationale Kontrolle wichtiger Wasserstraßen sicherstellen – nicht nur im eigenen Interesse, sondern zum Wohle aller.

Nach der israelischen Unabhängigkeit wollte der jüdische Staat den Suezkanal für den Handel nutzen, und als internationale Wasserstraße hatte er jedes Recht, dies zu fordern. Der Kriegszustand zwischen Israel und Ägypten war für diese Forderung völlig irrelevant, doch die Ägypter weigerten sich trotz Forderungen der Vereinten Nationen, dieser nachzukommen. Dies ist ein Paradebeispiel dafür, warum strategisch wichtige internationale Wasserstraßen nicht der Kontrolle unberechenbarer Diktatoren der Dritten Welt überlassen werden dürfen, ungeachtet ihrer Hoheitsansprüche.

Großbritannien versuchte, die ägyptischen Angelegenheiten durch die Einsetzung einer ihm wohlgesonnenen Monarchie zu beeinflussen. Diese Politik funktioniert im Haschemitischen Königreich Jordanien bis heute, scheiterte jedoch im Irak, und dem ägyptischen König widerfuhr ein ähnliches Schicksal. Teil ihrer Vereinbarung war die Einrichtung eines Kontrollsektors um den Suezkanal. Dieser Sektor war keine bloße Pufferzone; er erstreckte sich vom Roten Meer bis in unmittelbare Nähe von Kairo. Ein moderner Kommentator mag dies als Verletzung der ägyptischen Souveränität und als verkapten Kolonialismus verurteilen. Doch er sicherte nicht nur die Sicherheit der Schifffahrt auf dem Suezkanal, sondern (praktisch gesehen) auch den Frieden zwischen Israel und Ägypten. Großbritannien war somit faktisch ein freundlicher Nachbar des jüdischen Staates.

Das Dreimächteabkommen, Israel und die Auswirkungen des britischen Rückzugs auf die Sicherheit im Nahen Osten

(Als die Briten im Oktober in Ägypten einmarschierten, fanden sie folgenden Operationsbefehl an die ägyptischen Kommandeure vom 15. Februar 1956 vor:) „Jeder Befehlshaber sollte sich und seine Truppen auf einen unvermeidlichen Krieg mit Israel vorbereiten, um unser oberstes Ziel zu erreichen: die Vernichtung Israels und seine vollständige Zerstörung in kürzester Zeit und durch einen möglichst brutalen und grausamen Kampf.“

Im Rahmen des sogenannten Dreimächteabkommens von 1950 verpflichteten sich die USA, Großbritannien und Frankreich, den territorialen Status quo zu garantieren, der durch die arabisch-israelischen Waffenstillstandsabkommen von 1949 festgelegt worden war. Sie sagten zu, „unverzüglich innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen Maßnahmen zu ergreifen, um einen solchen Verstoß zu verhindern“.

Es handelte sich um ein typisches Beispiel westlicher imperialer Mächte, die ihren Einfluss nutzten, um weitere Gewalt zu verhindern, die bestehenden Grenzen zu sichern und den Frieden zu wahren – selbst in der etwas optimistischen Hoffnung, dass sich Araber und Israelis gegen die sowjetische Bedrohung verbünden würden. Trotz der berechtigten israelischen Proteste, dass ihnen im Rahmen des Abkommens lebenswichtige Waffen vorenthalten wurden – während die ähnlich eingeschränkten Araber diese auf anderem Wege beschaffen konnten –, steht außer Frage, dass die Kriege von 1967 und 1973 mit all ihren Folgen nicht stattgefunden hätten, wenn Großbritannien die Kontrolle über den Kanal und sein Umland behalten hätte.

Bei all den Vorteilen des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens von 1977 hätte die britische Kontrolle über den Sinai die Sicherheit Israels weitaus stärker gewährleistet, und der Gaza-Krieg, den wir heute erleben, wäre nie ausgebrochen. Ja, das Abkommen von 1950 war „imperialistisch“, aber es hätte einen dauerhaften Waffenstillstand im Nahen Osten sichergestellt. Es unterstreicht lediglich die Bedeutung des Engagements der Weltmächte für die Friedenssicherung.

Doch die ägyptische Monarchie stürzte, und so erkannte Eden, wie immer realistisch, die Notwendigkeit, ein Vertrauensverhältnis zu den neuen nationalistischen Mächten aufzubauen. Weit entfernt von der absurd Karikatur des Kriegstreibers, die in der Legende verbreitet ist, ging Eden – unter großem Druck des rechten Flügels der Konservativen – hohe Risiken für die fortgesetzte Zusammenarbeit mit Ägypten ein.

Obwohl Harold Macmillan nach dem Suez-Konflikt Eden schließlich nachfolgte, war er es, der am schärfsten auf ein Vorgehen gegen Nasser drängte. Zeitweise drohte er sogar mit seinem Rücktritt als Minister, sollte die vermeintliche Beschwichtigungspolitik gegenüber dem ägyptischen Machthaber anhalten. Eden selbst überwachte das anglo-ägyptische Abkommen von 1954, das den schrittweisen Abzug der britischen Truppen aus ihrem Stützpunkt am Suezkanal vorsah, mit der Maßgabe, dass die Briten im Bedarfsfall (für einen Zeitraum von sieben Jahren) zurückkehren konnten.

Nasser nutzte den diplomatischen Erfolg seines Landes jedoch nicht für den Frieden. Stattdessen startete er großangelegte Fedajin-Terroranschläge von ägyptischem Territorium aus nach Israel und schürte damit die Angst in der israelischen Bevölkerung. Die ägyptische Regierung war sogar für die Überwachung der Gründung formeller Fedajin-Gruppen im Gazastreifen und im Nordosten des Sinai verantwortlich. *Plus ça change.*

Er plante außerdem eine umfassende Invasion des jungen jüdischen Staates. Während der kurzebigen britischen Besetzung des Kanals in der Krise von 1956 fanden britische Soldaten Befehle des Diktators, den Staat Israel mit Grausamkeit zu „vernichten“. Der britische Rückzug 1954 war genau das, was Harold Macmillan befürchtet hatte: Beschwichtigung für eine neue Ära. Anstatt die sonnigen Zeiten der dekolonisierten Freiheit einzuläuten, hatte der erstarke Diktator den Abzugsplan genutzt, um seine antisemitischen Träume zu verwirklichen. Israel wusste, dass es gegen die neue und gefährliche Regierung Ägyptens vorgehen musste, und unter dem schützenden Luftschild der anglo-französischen Operationen von 1956 handelte es entschlossen.

Der nasseristische Hitler: Die Herausforderung des arabischen Imperialismus

Doch nicht nur Israel war durch die neue Beschwichtigungspolitik bedroht, sondern die gesamte arabische Welt. Damals sprach man in den arabischen Hauptstädten vom Nasser geführten *arabischen Imperialismus (nicht vom britischen)*, der als Kolonialmacht des Nahen Ostens galt.

Besonders die irakische Regierung fühlte sich von dem Kriegstreiber in Kairo bedroht. Der ägyptische Radiosender „Stimme der Araber“ wurde genutzt, um zum Sturz des Bagdader Regimes aufzurufen. Die irakische, jordanische und andere Monarchien zitterten vor Angst vor Nassers neuem arabischen Imperialismus, und Großbritannien war zutiefst besorgt über dessen destabilisierende Wirkung auf die internationalen Wasserwege und den Ölfluss.

Wie Hitler in München, dessen Forderungen nach der Annexion des Sudenlandes mit dem theoretisch berechtigten Anspruch auf Selbstbestimmung toleriert wurden, so wurden auch Nassers Ansprüche mit dem Souveränitätsanspruch begründet. Doch wie Hitler war auch er (unweigerlich) kein Mann, der zu seinem Wort stand. Das Abkommen von 1954 war ein Vorwand für Gewalt, Eroberung und regionale Hegemonie.

Der Vergleich entging den damaligen Entscheidungsträgern nicht. Der UN-Generalsekretär hatte Nassers Reden mit denen Hitlers verglichen, und Eden selbst hatte den Ägypter mit Mussolini verglichen. Die Geschichte wiederholte sich, und der Mann, der wegen der italienischen Appeasement-Politik zurückgetreten war – und dafür im Lichte der Geschichte gelobt wurde –, sah sich erneut verpflichtet, Stellung zu beziehen. Schon die bloße Erwähnung von Nassers Namen ließ ihn vor Wut erzittern.

Doch obwohl Politiker von MacMillan bis zum UN-Generalsekretär wussten, dass der Krieg im Nahen Osten durch die Hand des Nasseristen Hitler bald bevorstand – und dass der Völkermord an den Juden ein Ziel war, das er mit gleicher Leidenschaft teilte –, stellte sich erneut die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt zum Handeln. Sollte der Westen auf die „Invasion von Prag“ warten oder angesichts der Lehren der Geschichte sofort Stellung beziehen? Chamberlain hatte sich für das Zögern entschieden und wurde von der Geschichte verdammt. Eden musste unverzüglich handeln und war damit verdammt. In der Weltpolitik ist man in jedem Fall verdammt.

Chamberlain gegen Eden: Verdammt, egal was man tut. Chamberlain in München und Eden in Suez standen vor demselben Dilemma: Wie sollte man mit offenkundig ultranationalistischen, imperialistischen Aggressoren umgehen, die die Grenze zur eindeutigen Illegalität noch nicht überschritten hatten? Hitler war entgegen dem Versailler Vertrag ins Rheinland einmarschiert, konnte aber argumentieren, es handele sich um eine Fremdherrschaft. Anschließend marschierte er in Österreich ein und konnte sich auf die Unterstützung der Bevölkerung berufen. Danach zog er ins Sudetenland und konnte sich auf dessen Selbstbestimmung berufen. Der militaristische, antisemitische Charakter seines Regimes war offensichtlich, doch indem er noch bestimmte völkerrechtliche Trümpfe in der Hand hielt, konnte er die drohende anglo-französische Intervention abwenden.

In ähnlicher Weise sah sich Anthony Eden einem faschistischen, antisemitischen und imperialistischen Regime gegenüber, das die internationale Ordnung bedrohte und die britische Be schwichtigspolitik des Rückzugs aus der Suezkanalzone ausnutzte. Wie schon in den 1930er Jahren hatte Nasser die britische Reaktion genutzt, um einen Nachbarn (Israel) zu terrorisieren. Wie in den 1930er Jahren konnte Eden nicht auf die instinktiv isolationistische Haltung der Vereinigten Staaten zählen, die – diesmal – in einen innenpolitischen Wahlkampf verwickelt war. Die Wahrung des Friedens war Eisenhowers Trumpfkarte, und er war nicht bereit, sie für ein „fernes Land, von dem er nichts wusste“, zu opfern. Doch wie Hitler hatte auch Nasser bestimmte völkerrechtliche Trümpfe in der Hand: (scheinheilige Behauptungen über) Antikolonialismus, Selbstbestimmung und vor allem die Legalität nach dem Eigentumsrecht.

Seine Verstaatlichung des Kanals war, streng genommen, legal. Das Unternehmen war ein ägyptisches, nach ägyptischem Recht registriertes Unternehmen, und er war bereit, den Aktionären den Kaufpreis zum aktuellen Marktpreis zu zahlen. Die Art und Weise, wie er das Firmeneigentum in Besitz nahm – mit Gewalt und mitten in der Nacht –, wirkte unglaublich: Wie der linke britische Politiker Aneurin Bevan später bemerkte, erinnerte sie eher an einen Raubüberfall von Ali Baba als an einen legitimen Markteinkauf. Obwohl die Aktion formaljuristisch legal war: lieferte sie Eden einen Vorwand zum Handeln?

Eine eindeutige Antwort gibt es nicht, da die gegensätzlichen Ansätze von Eden und Chamberlain in der Geschichte oft karikaturhaft kritisiert wurden.

Dennoch wollten Eden (ebenso wie Churchill und MacMillan) keine erneute Beschwichtigungspolitik.

Die US-Amerikaner, die das Problem immer weiter hinauszögerten, organisierten einen Gipfel nach dem Vorbild des Münchener Abkommens, um „sechs Prinzipien“ zur Beilegung des Konflikts und zur Sicherstellung des fortgesetzten internationalen Zugangs zum Kanal zu erörtern.

Eden spielte mit, erkannte aber aufgrund seiner Handlungen seit 1954, dass Nasser „kein Mann seines Wortes“ war. Welche Garantien Nasser auch immer geben mochte, er würde unweigerlich Hitlers Weg beschreiten – den internationalen Frieden gefährden, den Welthandel bedrohen, die britische Wirtschaft ruinieren und in einem Feuer imperialer Eroberung einen zweiten Holocaust anstreben. Seinen langjährigen moralischen Prinzipien folgend und bestrebt, aus der Geschichte zu lernen, war Eden fest entschlossen, denselben Fehler nicht zu wiederholen.

Die Briten hatten verschiedene Methoden angewendet, um die Ägypter zum Einlenken zu zwingen, insbesondere den Abzug ihrer erfahrenen Lotsen vom Kanaldienst. Doch alle friedlichen Versuche waren gescheitert. Eden erkannte, dass die Schwelle für eine Intervention nach internationalem Recht noch nicht erreicht war (sie aber dennoch notwendig war, um eine Wiederholung der Fehler der Beschwichtigungspolitik zu verhindern) und verbündete sich daher mit Frankreich und Israel, um die internationale Kontrolle über den Kanal zurückzuerlangen und so (hoffentlich) den Sturz Nassers herbeizuführen. Bekanntlich sollte Israel von Westen her einmarschieren und die Briten und Franzosen so zum Eingreifen zwingen, um die beiden Seiten auseinanderzuhalten und die Kontrolle über den Kanal zu behalten.

Scheitern: Eine Frage des Timings

Leider scheiterte der Plan aus drei wichtigen Gründen, von denen keiner Edens „Verstoß gegen internationales Recht“ oder sein Wunsch nach einem Regimewechsel war. Schließlich hatten die Briten nur drei Jahre zuvor mit voller US-amerikanischer Zustimmung – ja sogar Beteiligung – den Sturz des iranischen Präsidenten Mohammed Mossadegh inszeniert. Die USA setzten diese Politik in Guatemala, Panama und später im Irak fort, was zeigt, dass Kritik dieser Art reine amerikanische Heuchelei ist.

Der erste Grund für den erzwungenen Rückzug Großbritanniens war logistischer Natur. Da die Briten offiziell auf eine israelische Invasion reagierten, konnten sie ihre Marineoperation erst starten, nachdem die Israelis die Grenze überschritten hatten. Unglücklicherweise schlossen die Israelis ihre Eroberung des Sinai viel zu schnell ab, so dass die britischen Streitkräfte, als sie schließlich für einen amphibischen Angriff auf Port Said bereitstanden, ihre Da-seinsberechtigung verloren hatten.

Dies führt zum zweiten Grund: Die amerikanische Entscheidung, mitten im Wahlkampf die britische Sache nicht zu unterstützen. Sie versäumten es, das Pfund Sterling in der darauffolgenden Wirtschaftskrise zu stützen, so dass Großbritannien kaum eine andere Wahl blieb, als seine Truppen abzuziehen. Im Grunde handelte es sich um ein Missverständnis, da die Aussagen von Entscheidungsträgern in zwei Jurisdiktionen falsch interpretiert wurden.

Der US-Außenminister unterstützte Edens Anliegen deutlich stärker als der Präsident, doch als bloßer von Eisenhower ernannter Beamter ohne eigene politische Basis beschränkte sich seine Rolle darauf, die Politik des Präsidenten zu kommunizieren. Anders als der britische Außenminister besaß er keine eigenständige Entscheidungsbefugnis – eine Tatsache, welche die im Westminster-System Verstrickten nicht begriffen hatten.

Gleichzeitig verkannten die US-Amerikaner die Bedeutung des Schatzkanzlers im britischen System, wo er die Nummer zwei in der Regierung ist (ganz anders als die Finanzminister in Amerika und Europa); die Bedeutung von Schatzkanzler MacMillan für die Entscheidungsfindung wurde während seiner Anwesenheit in Washington missverstanden.

Letztendlich geht aus den aufgetauchten amerikanischen Dokumenten, auf die sich Professor Vernon Bogdanor bezieht, jedoch klar hervor, dass die Amerikaner die Eroberung des Suezkanals als vollendete Tatsache unterstützen hätten, wenn diese schnell erfolgt wäre. Angesichts der bereits erwähnten Notwendigkeit, den Anschein einer Reaktion auf die israelische Invasion zu wahren, war dies jedoch schlichtweg unmöglich.

Letztendlich strebten die USA im Sicherheitsrat einen Waffenstillstand an, der vom Vereinigten Königreich und Frankreich blockiert wurde. Nach deren Scheitern versuchten sie, eine Waffenstillstandserklärung in der UN-Generalversammlung zu erwirken. Neben Großbritannien, Frankreich und Israel unterstützten nur Australien und Neuseeland Edens Churchill gegenüber Nassers Hitler. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte des Nahen Ostens strebten die Amerikaner – und die Weltgemeinschaft – einen Waffenstillstand an, anstatt die Kräfte der Ordnung gegen das panarabische, imperialistische Chaos zu unterstützen.

Der dritte Grund ergibt sich direkt aus dem oben Gesagten. Selbst wenn Eden und sein französischer Gegenpart ihre Ziele erreicht hätten, wären sie einer feindseligen arabischen Bevölkerung gegenübergestanden, die sie als Besatzer betrachtet hätte. Es hätte täglich Guerillaangriffe gegen sie gegeben, die von einem im Terrorismus erfahrenen Diktator mit Genugtuung angeordnet worden wären. Und im Gegensatz zu den Israelis hätten die Opfer einen Zufluchtsort gehabt: ihre Heimat. Dieser „arabische Widerstand“ (sprich: sinnlose Gewalt) wäre von der Weltgemeinschaft unterstützt worden, möglicherweise sogar von den „antiimperialistischen“ Amerikanern, und letztendlich hätte die anglo-französische Armee abziehen müssen, genau wie 1954.

Hätte Chamberlain Deutschland 1938, vor dem Einmarsch in Böhmen und Moravia, überfallen, wäre er vor genau demselben Problem gestanden: Terrorismus einer Bevölkerung, die das Naziregime unterstützt hätte. Die anglo-französische Armee hätte abziehen müssen, und Hitler hätte überlebt, um weiterzukämpfen. Hat Chamberlains Beschwichtigungspolitik der bevorstehenden totalen Niederlage Hitlers womöglich Legitimität verliehen? Wie gesagt, man ist in jedem Fall verdammt.

Historische Neubewertung: Der prophetische Eden, Nazi Nasser und unsere gesetzlose Welt

Eden sollte mit seinen Vorhersagen über Nasser vollkommen Recht behalten, genau wie mit seinen Einschätzungen zu Hitler und Mussolini in den 1930er Jahren. Der Diktator, durch die Beschwichtigungspolitik bestärkt, setzte im Nahen Osten den arabischen Imperialismus durch, unter dessen Folgen wir bis heute leiden.

Er strebte eine Unterwerfungsunion mit Syrien an, stürzte den Libanon ins Chaos, beschleunigte 1958 den Sturz der irakischen Monarchie, stürzte 1962 die jemenitische Monarchie, verwinkelte sein Land in einen „jemenitischen Vietnamkrieg“ gegen die verbliebenen arabischen Monarchien und versuchte, sich als unangefochtener Führer eines arabischen imperialistischen Reiches zu etablieren.

Der Todesstoß war sein Versuch, den Staat Israel zu zerstören und dessen Bevölkerung im Krieg von 1967 einem zweiten Holocaust auszusetzen. Zumindest darin scheiterte er glücklicherweise.

Doch die Folgen des britischen Rückzugs 1954 und 1956 sowie die darauffolgende nasseristische Aggression, angeheizt durch die leidenschaftliche Unterstützung der arabischen Bevölkerung, sind direkt verantwortlich für die instabile Lage im Westjordanland, im Gazastreifen und im gesamten Nahen Osten.

Sein Vermächtnis ist die tief verwurzelte Pax Arabica – das Thema dieses Buches.

Das Versäumnis der USA, Edens Großbritannien uneingeschränkt zu unterstützen und stattdessen einen arabischen Hitler zu dulden, der sich genau wie der deutsche verhielt, war unverzeihlich.

Der einzige Unterschied: Zu diesem Zeitpunkt besaßen die Juden Waffen.

Über die historischen Folgen hinaus verdeutlicht die Suez-Krise die gefährliche Abwesenheit einer Weltordnung nach dem Ende des globalen Imperialismus. Solange der Nahe Osten und seine Gewässer eine Hegemonialmacht hatten – sei es die Türkei oder Großbritannien –, konnten Frieden und internationale Ordnung gewahrt werden.

Selbst im Hinblick auf Israel: wäre das Dreimächteabkommen von 1950 über 1954 hinaus in Kraft geblieben und hätte Großbritannien seine Position in der Kanalzone beibehalten, wie es konservative Rebellen gefordert hatten, wären die Grenzen des jüdischen Staates gesichert gewesen. [Es ist bezeichnend, dass Jordanien mit seiner immer noch bestehenden, von Großbritannien eingesetzten Monarchie die stabilste Grenze Israels bildet.]

Doch da der globale Imperialismus „aus der Mode gekommen“ ist, gibt es niemanden mehr, der die Sicherheit auf den Meeren, den freien Warenverkehr und den Frieden zwischen verfeindeten Stämmen gewährleistet.

Die Vereinten Nationen, abgesehen von einem kurzen Moment unter der koreanischen Zeitung „The Sun“, waren bei der Bewältigung internationaler Probleme weitgehend ineffektiv – oder schlimmer noch: ihre autoritären Mitglieder tragen dazu bei.

So stellen wir uns folgende Fragen: obwohl wir uns alle über die autonome Selbstverwaltung im Alltag einig sind, wäre es nicht an der Zeit, dass eine wohlwollende imperialistische Macht zurückkehrt, um die Kontrolle über die wichtigsten Welthandelsadern zu übernehmen? Sollten nicht die USA (oder, vielleicht besser, eine britisch-australisch-neuseeländisch-kanadisch-karibisch-indisch-singapurische supranationale Föderation) eine Neu-Gründung „Vereinte Nationen der willigen Freien“ anführen, um die internationale Ordnung aufrechtzuerhalten? Sind wir nicht sogar dazu verpflichtet?

Wie auch immer Sie zu diesen Fragen stehen, eines ist klar: Anthony Eden war einer der größten, wenn nicht sogar der größte Staatsmann des 20. Jahrhunderts. Er sah Mussolini voraus. Er sah Hitler voraus. Er sah Nasser voraus. Weit entfernt von einem britischen Imperialisten im negativen Sinne, versuchte er, die Macht Großbritanniens wohlwollend einzusetzen, um aggressive arabische und deutsche Imperialisten in Schach zu halten. Wo er die Unterstützung der Welt hatte, wurde die internationale Ordnung wiederhergestellt. Wo ihm die Welt in den Rücken fiel, führte dies zu blutiger Gewalt im Nahen Osten.

Vielleicht war die Zeit noch nicht reif, gegen Nasser vorzugehen, aber war das nicht genau das, was man in München sagte? Wir leben noch immer im Schatten von Anthonys Dilemma – wie man internationale Wasserwege und unabhängige Nationalstaaten in einer post-europäisch dominierten Welt vor allmächtigen, völkermörderischen Diktatoren schützen kann –, und erst wenn wir die richtige Lösung finden, werden wir endlich im Paradies ankommen.

Möge Anthony Eden wieder als großer Mann der Geschichte in Erinnerung bleiben, denn er war der Fels in der Brandung gegen die Pax Arabica und hätte den arabischen Imperialismus beinahe – beinahe – endgültig besiegt. Doch sein Name wurde beschmutzt und sein Wirken verfälscht, daher erkläre ich mich voller Stolz zu einem Anhänger Edens.

Möge dieses Buch eine Erfüllung seines Traums von Freiheit sein.

„PAX ARABICA“, Kapitel 13:

- Der Nahostkonflikt ist ein Kampf der politischen Philosophie. Marokko geht seinen eigenen Weg, die Nation kehrt zurück und die Sancaks bleiben stur –

„Teil 1“ ist beendet. Nun beginnt Teil 2, „**EDEN**“ Wir haben das arabische Imperium als das entlarvt, was es wirklich ist: ein babylonischer Terror, in dem alle Unterschiede – religiöser, kultureller und ethnischer Natur – zugunsten einer gefährlichen Uniformität ausgelöscht werden. Minderheiten schweben in ständiger Gefahr und sehen sich Vertreibung, Versklavung oder Schlimmerem gegenüber. Wir haben gesehen, wie eine erschreckende Mischung aus Islamismus, nasseristischem Imperialismus, palästinensischem Avantgardismus, Sprachumkehr, „Gaslighting“, westlicher Beschwichtigungspolitik und dem US-amerikanischen Verrat in der Suez-Krise, gepaart mit einem Krieg gegen die Bildung, eine buchstäbliche und metaphorische Wüste der schlimmsten Art von „Einheit“ geschaffen hat.

Heute schlagen wir das Kapitel 2 mit dem Untertitel „Eden“ auf. Hier beschreiben wir einen Weg zu Harmonie im Nahen Osten; zur Vollendung der Mission regionaler Sicherheit, geordneten Friedens und nationaler Souveränität vom nasseristischen Imperialismus, für die Sir Anthony Eden bereits in den 1950er Jahren kämpfte. Wir zeichnen den Weg zu *wahrer Dekolonialisierung, Selbstbestimmung, Achtung des Rechts und einer post-imperialen „Zwei-Staaten-Lösung“* nach.

In Kapitel 13 beginnen wir Teil 2 mit der Betrachtung der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten als einen Krieg der politischen Philosophie: Nationalstaat gegen staatenlosen, babylonisch geprägten (Schein-)Staat. Wir definieren den Begriff der Nation und seine Verbindung zum politischen System. Wir zeigen, dass die arabischen Sancaks staatenlose Staaten sind und der Staat Israel die Nation ist, die in ihre Heimat zurückgekehrt ist. Wir fordern die Stärkung eines arabischen Nationalbewusstseins innerhalb der Verwaltungsgrenzen, wo Führungskräfte und Völker das nationale Interesse über den panarabischen Terror des babylonischen Sprachgewirrs stellen. Und wir zeigen, dass nur Selbstbestimmung Minderheiten aus ihrer gegenwärtigen Hölle befreien kann.

Also, anschnallen und los geht die Reise von Babel ins Paradies,

TEIL 2: EDEN

KAPITEL 13: Über Nationen, Staaten und den Nationalstaat

-ZIONISMUS vs. PAX ARABICA: EIN KRIEG DER POLITISCHEN PHILOSOPHIE-

Die Zeit für die Dekolonisierung ist jetzt!

Aber was bedeutet das? Gibt es nicht bereits 21 arabische Staaten¹? Ist ihre Unabhängigkeit von den Türken, Briten und Franzosen nicht gerade der Sinn der Dekolonisierung?

Dass es arabische Staaten gibt, lässt sich kaum leugnen. Dass sie unabhängig sind – voneinander und von panarabischen imperialen Ambitionen –, ist fraglich. Dass sie Nationen sind, ist abzulehnen. Dass sie angeblich ihren Bürgern, insbesondere den Arabern und Minderheiten, Selbstbestimmung gewähren sollen, ist zu verspotten, lächerlich zu machen und als das zu entlarven, was es ist: Manipulation.

Die Vermischung von Nation und Staat

In der heutigen Welt werden Nation und Staat fast synonym verwendet. Wir sprechen beiläufig und selbstverständlich vom Nationalstaat. Doch von den vier Nationen, die Nietzsche in Kapitel 9 von „Jenseits von Gut und Böse“ auswählt, war nur eine – Frankreich – ein Nationalstaat von langer Dauer. Die übrigen waren Nationen ohne oder innerhalb von Staaten.

Deutschland, Nietzsches Heimatland, dem er den größten Teil seiner Schriften widmet, war seit jeher ein auf viele Staaten zersplittertes Land. Seine sprachliche Vereinigung lag erst ein Jahrzehnt zurück.

England, das Land, das er mit größter Verachtung beschreibt, war seit dem Act of Union von 1707 ein Teil des britischen Staates und ist es bis heute geblieben.

Nietzsches viertes auserwähltes Volk – die Juden – verdeutlicht dies noch eindringlicher. Einst ein Volk innerhalb eines Staates – der Ur-Nationalstaat –, war es nun ein Volk ohne eigenen Staat, verstreut unter den europäischen Staaten.

Die Nationen des 19. Jahrhunderts waren somit nur noch entfernt mit Staatlichkeit verbunden. Selbst wenn Staaten lose unter einem gemeinsamen sprachlichen Dach vereint waren, wie etwa Deutschland nach 1871, waren sie eher als Imperien zu verstehen: supranationale Organisationen, in denen eine Vielzahl von Ethnien zusammenlebte.

Da waren das Russische Reich, die österreichisch-ungarische Monarchie, das Osmanische Reich und vor allem das Deutsche Reich. Nur Großbritannien und Frankreich konnten sich als eigenständige Länder innerhalb Europas betrachten – mit Imperien in der ganzen Welt – und von diesen beiden war nur Frankreich eine wahre Nation.

Nicht nur Nietzsche weigerte sich, Nation und Staat gleichzusetzen. Der britische Premierminister Benjamin Disraeli sprach mit Stolz von seiner Zugehörigkeit zur jüdischen „Rasse“. Er meinte damit nicht seine Hautfarbe (obwohl er als eher „exotisch“ galt). Auch die Religion war nicht gemeint: Er war, ob nun aufrichtig oder nicht, Mitglied der Anglikanischen Kirche.

Vielmehr meinte er etwas weitaus Außergewöhnlicheres: die „jüdische Nation“. Da stand er, der Premierminister des britischen Staates, und im 19. Jahrhundert konnte er ganz selbstverständlich seinen Stolz darauf bekennen, einer anderen Nation anzugehören! Wie unglaublich: Das Oberhaupt des britischen Staates – und der Vorkämpfer seines weltweiten Imperiums – war Mitglied der jüdischen Nation – und er schämte sich nicht im Geringsten, dies zu sagen!

Könnte es also sein, dass Großbritannien im 19. Jahrhundert doch keine Nation war?

Es war (und ist für diejenigen, die sich nicht als britisch fühlen) ein Staat, der sich aus vielen Nationen innerhalb seiner politischen Jurisdiktion zusammensetzte. Ein Brite kann ein Engländer sein, der Englisch spricht, ein Waliser, der Walisisch spricht, und ein sephardischer Jude als Premierminister. Das ist kein Widerspruch, denn Nation und Staat sind nicht und waren nie dasselbe.

-Die Unterscheidung zwischen Nation und Staat-

Was ist also eine Nation und wie unterscheidet sie sich von einem Staat? Ein Staat impliziert Regierung, Recht und Kontrolle. Er impliziert, dass Bürger Souveränität für ihre Sicherheit abgeben.

Ein Staat bezieht sich auf Macht, Rechte und Staatsbürgerschaft. Er ist ein politisches Gebilde, das Privilegien gewährt, aber auch Pflichten fordert. Der Staat kann eine Vielzahl von Völkern und Ethnien unter einem politischen Dach vereinen, aber ungeachtet ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt müssen alle in eine einheitliche politische Struktur integriert werden. Das multinationale Großbritannien ist also ein Staat, das multiethnische China ist ein Staat, und die Zentralafrikanische Republik verdient trotz ihres offensichtlich künstlichen und kolonial geprägten Namens dieselbe Bezeichnung. Russland mag ein offenkundiges, kontinentübergreifendes und ethnisch vielfältiges Imperium sein, doch durch seine zentrale politische Kontrolle ist es unbestreitbar ein Staat.

Eine Nation ist etwas ganz anderes. Denn während der Staat eine Tatsache ist, ist die Nation eine Geschichte. Wir gehören einer Nation nicht an, weil wir die gleiche Hautfarbe, den gleichen Wohnort, die gleiche Religion oder – notwendigerweise – die gleiche Sprache teilen, sondern weil wir uns selbst als Teil dieser Nation verstehen. Benjamin Disraeli fühlte sich der jüdischen Nation nicht aus religiösen oder materiellen Gründen zugehörig, sondern vor allem, weil er sich ihr zugehörig fühlte. Eine Nation ist das emotionale, kollektive Konstrukt, dem eine Definition gegeben wurde.

Das soll nicht heißen, dass die Nation ein reines Produkt unserer Fantasie ist: Wir empfinden Wut, Mitgefühl und Solidarität, weil Geschichte und Erfahrung uns dazu drängen. Diejenigen, die dieselben Kämpfe, dieselbe Verfolgung, dieselben Hoffnungen und dasselbe kollektive Elend durchstehen, sind durch das Schicksal miteinander verbunden. Diejenigen, die im Schweiße ihres Angesichts eine gemeinsame Erzählung geschaffen und sie mit Blut verteidigt haben, sind im Stolz vereint. Und so können Nationen entstehen, wo zuvor keine existierten. Staaten, die von bösartigen äußeren Feinden angegriffen werden, können zu vereinten Nationen werden.

Briten, die ihr Land lieben, werden von Bürgern zu Nationalisten, doch Briten, die die Vorteile der Staatsbürgerschaft genießen, ohne die damit einhergehende Liebe, sind bloße Bürger eines gesichtslosen Staates. Sie sind nationalistische Schotten oder patriotische Engländer.

-Die jüdische Nation, Religion und Emanzipation-

Diejenigen, die mit unreflektierter Gewissheit behaupten, das Judentum sei eine „Religion“, sprechen eine Sprache, die Benjamin Disraeli fremd war. Fremd auch Friedrich Nietzsche. Freunde und erbitterte antisemitische Feinde des 19. Jahrhunderts hätten wohl nur staunend die Schultern gezuckt. Es war offensichtlich, dass Juden zu einer Nation gehörten: Warum sonst wurden sie nicht in die deutsche Gesellschaft integriert? Warum sonst lebten sie unter fremdem Recht und sprachen eine fremde Sprache?

Vor der Emanzipation – vor Napoleon – war das nationale Exil der Juden eine unumstößliche Tatsache.

Der alles erobernde Franzose war der Erste, der versuchte, diese Erzählung zu verändern. Im Austausch für die volle Staatsbürgerschaft forderte Napoleon Bonaparte uneingeschränkte Loyalität zu Frankreich als Teil des nationalen Ganzen. Franzose zu sein bedeutete, nur einer einzigen Nation anzugehören. Frankreich war somit der erste moderne europäische Nationalstaat.

Als Reaktion auf die Emanzipation war der Zionismus naheliegend. Wenn Juden die Wahl zwischen zwei Nationalitäten hatten, musste ihnen doch auch ein Land angeboten werden, in dem sie ihre jüdische Staatsbürgerschaft annehmen konnten? Und nicht irgendein Ort, sondern das Land ihres alten Nationalstaates. Ein Land, in dem der politische Gedanke des Nationalstaates geboren wurde. Ein Land, in dem sie in großer Zahl lebten. Ein Land, dessen Hauptstadt eine jüdische Mehrheit hatte und dessen heilige Städte, von Tiberias bis Safed, von jüdischen Gebeten erfüllt waren. Ein Land, dessen Souveränität ihnen gewaltsam entrissen wurde und zu dem die Massen unaufhörlich beteten, zurückzukehren. Ein Land, das eine Kolonie des Osmanischen Reiches war und seelenlos „Südsyrien“ genannt wurde.

Letztendlich wurde ihnen die Wahl zwischen Frankreich und Zion abgenommen. Obwohl sehr viele Juden mehr als bereit waren – ja sogar darum baten –, sich in ihre Kultur zu integrieren, wirkten antisemitische Kräfte, um genau dies zu verhindern. Die „Vermischung der Rassen“ durfte nicht zugelassen werden. Es endete im Völkermord. Im realen Völkermord. Und der Völkermord in Europa spiegelte sich in der systematischen Verfolgung und ethnischen Säuberung der arabisch geprägten jüdischen Diaspora im Nahen Osten wider. Obwohl Juden irakische und deutsche Patrioten waren, einte Mesopotamien und das Reich der Wunsch, das „fremde“ jüdische Volk zu vertreiben.

Während Europa und die Pax Arabica zu zwei Friedhöfen des jüdischen Volkes wurden, boten Großbritannien und Amerika eine dritte Möglichkeit: das Recht, zwei Nationen anzugehören. Im Vereinigten Königreich hat bis heute jeder eine doppelte Identität (schottisch-britisch, englisch-britisch usw.), daher war es für ein Mitglied des jüdischen Volkes und des die Demokratie verbreitenden britischen Staates mehr als selbstverständlich, ein und dieselbe Person zu sein. Auch in den USA – und dort noch ausgeprägter – ist die doppelte Identität zentral für das amerikanische Selbstverständnis. Staaten wandelten sich zu Supernationen, die die doppelte nationale Identität tolerierten – ja sogar förderten.

Die Nation und der „Nahe Osten“

Doch wie stand es um den Nahen Osten? Hatten sich dort vor den anglo-französischen Mandaten Nationen entwickelt? Oder war die gesamte Idee der Nation ein europäisches Importgut?

Hier müssen wir uns der allgegenwärtigen Frage der Zeit stellen. Denn die Nation entwickelte sich nicht in Europa, sondern in den antiken biblischen Ländern. Israel – später Judäa – war ein Staat, der die Nation in einen politischen Rahmen einbettete. Während Assyrien und Persien riesige Reiche waren, die eine Vielzahl von Völkern mit vielen Sprachen umfassten, war Israel eine kleine Nation, die politische Unabhängigkeit forderte. Sie wollte anderen nicht ihre Politik aufzwingen, sondern einen universellen Gott im eigenen Land nach ihren eigenen Riten und unter eigener politischer Souveränität verehren. Im Zeitalter der Imperien forderte Israel nationale Selbstbestimmung, lange bevor dies historisch üblich wurde.

Letztendlich von christlichen, mongolischen und arabischen Reichen aus ihrer Heimat vertrieben, bewahrten die Juden ihre nationale Identität auch in der Fremde. Obwohl sie dafür immer wieder verfolgt wurden, gelang es ihnen, das nationale Konzept zu exportieren. Als der Staat Israel 1948 wiedergegründet wurde, gab es in Europa bereits viele kleine, unabhängige Staaten.

Frankreich, Deutschland, Italien: Jede dieser politisch unabhängigen Mächte verband Nation und Staat durch die Kraft des Erzählens (manche deutlich toleranter als andere). Sie lehnten einen farblosen, kontinentübergreifenden Universalismus ab und wandten sich Mitte des 20. Jahrhunderts auch vom Imperialismus ab. Judäa verbreitete sich in einem Strudel massenhafter Nachahmung.

Doch im Nahen Osten hatten sich die Zeiten geändert. Vor langer Zeit hatten die Araber jeden Winkel dieser kargen Landschaft erobert, dabei die Nationalstaaten zerstört und die Idee des religiösen Imperiums bekräftigt. Für die Scheichs und ihre Anhänger war „der Islam“ die einzige politische Idee. Er verlieh die Staatsbürgerschaft und bekräftigte die Brüderlichkeit. Die einzige legitime politische Organisation war ein universelles Kalifat: Minderheiten wurden zwar als Bürger zweiter Klasse toleriert, doch die Zugehörigkeit zum Islam verlieh ihnen einen höheren politischen Status.

Das Osmanische Reich – das letzte Kalifat – teilte seine Gebiete zwar administrativ auf. Es gab Sancaks, allesamt Funktionäre, die ihre Ländereien verwalteten und die dringend benötigten Steuern des Sultans eintrieben. Doch sie waren nichts weiter als technokratische, bürokratische Gebilde, die ihren Bewohnern keinerlei Identität verliehen. Sie waren gesichtslose Kleinstaaten. Was sie ganz sicher nicht waren, waren Nationen.

Als die Juden in ihre Heimat zurückkehrten, um ihre Nation in den biblischen Ländern, dem Geburtsort des Nationalbewusstseins, wiederzurichten, mussten sie feststellen, dass dieses Nationalbewusstsein mit ihnen vertrieben worden war. Das gesamte Konzept des Nationalbewusstseins erschien den Arabern als fremde, europäische Importware, und die Juden, die es eingeführt hatten, wurden ihrerseits als europäische Kolonisten betrachtet.

Ungeachtet dessen, dass die meisten israelischen Juden (direkt) aus dem Nahen Osten stammten. Ungeachtet dessen, dass das Nationalbewusstsein selbst aus dem Nahen Osten kam.

Die Geschichte war längst im Sand des Islams in Vergessenheit geraten.

So beginnen wir nun, die gegenwärtige politische Sackgasse im Nahen Osten zu verstehen. Die Juden sagen, sie seien eine Nation. Das sind sie. Sie waren die ursprüngliche Nation.

Die Juden sagen, ihre Nation sei im Nahen Osten geboren. Das stimmt. Die jüdische Nation entstand durch eine jüdische, israelitische Mutter.

Die Juden sagen, der Zionismus sei antikolonialistisch und stehe für nationale Selbstbestimmung. Und das ist er auch. Die jüdische Liebe zu Zion ist die Verkörperung von Selbstbestimmung.

Die Araber hingegen behaupten, die jüdische Nation stamme aus Europa. Sie haben teilweise Recht, aber nur in gewisser Weise. Sie kam über Europa, den Irak, Syrien und Marokko – aus all den Orten, an denen Juden lebten –, doch ihren Ursprung hatte sie vor Tausenden von Jahren in Israel. Die Nation kehrte heim.

Dies ist keine bloße Wortklauberei. Heute zuckt niemand mehr mit der Wimper, wenn beiläufig nationale Selbstbestimmung gefordert wird. Die Implikation ist, dass jede (muslimische und christliche) geografisch konzentrierte Bevölkerung ihren eigenen Staat braucht, ungeachtet dessen, ob es ihr an einer gemeinsamen Erzählung, einem Zusammenhalt oder einem Nationalbewusstsein mangelt.

So gibt es zweifellos arabische Staaten, die jedoch den Sancaks der osmanischen Ära ähneln, administrativen Kolonien eines größeren Reiches. Ob säkulare Sozialisten wie Nasser oder regionale Islamisten wie der Islamische Staat – es fehlt das Bewusstsein für nationale Interessen, das auf einem historisch gewachsenen, durch Grenzen geprägten Zusammenhalt beruht. Ungeachtet ihrer Religiosität oder konservativen Ambitionen strebte die überwiegende Mehrheit der arabischen Staaten (ihre Führer und Völker) nach regionaler Einheit jenseits künstlicher Grenzen. Die gesamte Geschichte des Nahen Ostens im 20. Jahrhundert war ein einziger Versuch, die Sykes-Picot-Linien auszulöschen und durch eine erdrückende religiöse, sprachliche und kulturelle Uniformität zu ersetzen – was in diesem Buch als „Terror von Babel“ bezeichnet wird.

-Die Durchsetzung nationaler Interessen-

Vereinzelt versuchten fortschrittlich denkende arabische Führer, mit diesem Muster zu brechen und die nationalen Interessen durchzusetzen. Anwar al-Sadat besuchte die Knesset. König Hussein strebte eine enge israelisch-jordanische Zusammenarbeit an. Mohammed bin Zayed Al Nahyan unterzeichnete die Abraham-Abkommen mit Blick auf regionalen Handel, Wirtschaftswachstum und Verteidigung gegen die Ayatollahs – und Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS) strebt mit Nachdruck danach, diesem Beispiel zu folgen.

In einem der wohl außergewöhnlichsten Akte nationaler Kühnheit stellte sich der marokkanische Monarch an die Seite des Westens und stellte den Sand der Westsahara über die panarabische Sache des palästinensischen Avantgardismus. [Marokko – mutig, mehrsprachig, multiethnisch, israelfreundlich, panarabisch und Algerien ablehnend, relativ tolerant – war der erste und bisher einzige „arabische Staat“, der seine Unabhängigkeit von der Pax Arabica erklärte.]

Es mangelte nicht an Mut unter einer ausgewählten Gruppe arabischer Führer – oder sollte ich sagen: postarabischer Führer? Doch das immer wiederkehrende Problem, vor dem sie stehen, ist zweifacher Natur. Zunächst einmal wehrt sich die Avantgarde jedes Mal, wenn Versuche unternommen werden, die nationale Einheit über die imperiale zu stellen – insbesondere über das palästinensische Medium, wo die Friedensbemühungen Sadats mit dem Küstenmassaker von 1978 und der Normalisierungsprozess von MBS mit dem 7. Oktober konfrontiert wurden.

Ob säkular oder islamistisch orientiert, diese erneuten Bekräftigungen panimperialer Interessen werden von der berüchtigten „arabischen Straße“, also dem einfachen Volk, unterstützt. Eine Gruppe moderner postarabischer Führer mag sich das anders wünschen, doch das Volk ist von einem imperialen Fieber befallen, das gegen jede Immunität immun ist. So kommt es, dass Frieden, sofern er überhaupt erreicht wird, in der Bevölkerung kalt und unerwünscht aufkommt. MBS räumte dies in den letzten Jahren ein, als er bestätigte, dass der palästinensisch-arabische Avantgardismus für ihn ein Randthema sei, seinem Volk aber viel bedeute – und er deshalb sehr vorsichtig vorgehen müsse.

Ich behaupte, dass die Entfremdung zwischen Führung und Volk auf das fehlende Nationalbewusstsein zurückzuführen ist. Die Intelligenz mögen zumindest die wirtschaftlichen Vorteile des Friedens erkennen. Sie mögen verstehen, dass der Weg nach Washington über Jerusalem führt, da beide Seiten die Fähigkeit besitzen, sich gegen die exportierte iranische Revolution zu verteidigen. Doch der Grund, warum Israel auf absehbare Zeit unbeliebt bleiben wird, ist, dass es eine Nation unter Nicht-Nationen ist. Da ihre Staaten lediglich Verwaltungsorgane und keine repräsentativen nationalen Gemeinwesen sind, fehlt es keinem postarabischen Führer an rhetorischer Fähigkeit, enge nationale Interessen zu vermitteln.

Wenn man sich nicht als Syrer fühlt, wen kümmert dann das syrische Nationalinteresse?

Wenn man im Qatarrismus keine Geschichte erkennt, warum sollten wir dann nicht die Grenzen auflösen, wie es der IS so spektakulär getan hat?

Wo es keine nationale Erzählung gibt, gibt es keine Nation – und die Versuche von MBS, Zayed und Sadat, eine solche zu etablieren, werden als Hochverrat angesehen, der ein Attentat rechtfertigt. Die Araber fühlen sich arabisch – und die Islamisten fühlen sich global islamistisch. Da sie den Nahen Osten als ihren einzigartigen, vereinten, monokulturellen Raum betrachten, sind Qatar, die VAE und Kuwait auf administrative, kurzfristige Notwendigkeiten ohne Inhalt reduziert. Bloße Hüllen.

Solange innerhalb der bestehenden nationalen Grenzen kein Nationalbewusstsein entsteht, wird der Imperialismus fortbestehen, die Staatlichkeit wird ihrer nationalen Substanz beraubt, und nicht-arabische Staaten werden weiterhin mit Intoleranz konfrontiert sein.

Das Recht auf Selbstbestimmung

In diesem Kontext wird die Notwendigkeit der Selbstbestimmung deutlich. Wären die Staaten des Nahen Ostens wahre Nationen nach französischem Vorbild, in denen Bürger aller Glaubensrichtungen und auch Konfessionslose die gleichen politischen Rechte besäßen, wäre das Argument für das Selbstbestimmungsrecht von Minderheiten weniger überzeugend. Im Falle eines Imperialismus kann jedoch nur der unabhängige Staat Minderheiten Schutz bieten – andernfalls droht den alten, indigenen, nicht-muslimischen arabischen Völkern des Nahen Ostens das Aussterben.

Wenn Selbstbestimmung überhaupt einen Wert hat, dann den, Machtstrukturen für die Machtlosen zu schaffen. Einen Staat zu schaffen, in dem Jesiden frei von Diskriminierung und Völkermord leben können. Ein Land zu schaffen, in dem Kopten ihre Religion und Kultur frei ausüben können. Ein Gemeinwesen zu schaffen, in dem afrikanische Stämme Schutz vor sudanesisch-arabischen Waffen finden.

Selbstbestimmung ist der Mechanismus schlechthin, um den schutzlosen Einzelnen in seinem angestammten Gemeinschaftsraum zu schützen. Wenn sie doch nur auch so angewendet würde. Tatsächlich handelt es sich jedoch nur um einen weiteren Plan, die Macht von den dominanten Europäern auf andere dominante Weltmächte zu übertragen – und dabei Minderheitenkulturen zu zerstören. Mit dem Instrument des Verwaltungsstaates können Diktatoren und aggressive Weltmächte ihre Stimme in den Vereinten Nationen nutzen, um die Schwachen zu kontrollieren – um das Recht der Fremden auf Selbstbestimmung zu untergraben.

Das Selbstbestimmungsrecht, wie wir es heute verstehen, birgt eine inhärente Perversion in sich. Es erlaubt größeren Bevölkerungsgruppen, mehrere Staaten zu haben, und verweigert kleineren Gruppen, die sich als Nationen verstehen, das Recht auf einen eigenen Staat. Es stärkt die Macht der ohnehin schon Mächtigen und raubt den Minderheiten, die ohnehin schon machtlos sind, ihre Freiheit.

Beispiele dafür gibt es zuhauf. In Südamerika existieren zwölf souveräne Staaten. Ausnahmslos alle sind christliche Nationen, deren Vorfahren europäische Entdecker waren. Bis auf zwei Ausnahmen sind alle katholische Nationen. Bis auf drei Ausnahmen sind alle spanischsprachige katholische Nationen. Keine dieser Nationen ist indigen. Selbstbestimmung ist in der Tat sehr eingeschränkt.

Im Nahen Osten und Nordafrika ist die Lage noch prekärer. Mit Ausnahme Israels ist jeder einzelne Staat ein arabischer Verwaltungsstaat und Mitglied der Arabischen Liga. Die MENA-Region gilt als Wiege der westlichen Zivilisation. Sie hat zahlreiche Religionen, Nationen, Ethnien und Lebensweisen hervorgebracht. Die jüdische Geschichte beginnt direkt am Nil, zwischen Euphrat und Tigris. Doch nur eine dieser Ethnien – die arabische, siedlerkolonialistisch geprägte und erobernde Ethnie – wird als würdig des Selbstbestimmungsrechts angesehen.

Was der Nahe Osten tatsächlich braucht, ist etwas ganz anderes. Er braucht einen kurdischen Staat. Er braucht einen Staat mit maronitischer Mehrheit. Er braucht einen afrikanischen Staat im Sudan. Er braucht nationale Souveränität für die verschiedenen Minderheiten im Nordirak. Und so weiter. Kurz gesagt, er braucht Schutz für nicht-muslimische arabische Minderheiten in ihren angestammten Gebieten – und das Recht der arabischen Mehrheitsbevölkerung, ein nationales Bewusstsein zu entwickeln. Im nächsten Kapitel werden wir Syrien als Fallbeispiel betrachten.

Doch selbst wenn sich die oben genannten Ergebnisse als geopolitisch unmöglich erweisen sollten, sei Folgendes gesagt: Wenn das Prinzip der Selbstbestimmung auch nur ein theoretisch gewichtiges Gewicht hat, dann sind dies Dinge, für die gekämpft werden muss. Ebenso wie für das Recht der Taiwaner und Tibeter auf nationale Souveränität. Implizit – durch den andauernden und oft gewaltsamen Kampf um einen weiteren arabisch-islamischen Staat neben oder anstelle der jüdischen Minderheit – räumen die Machthaber dieser Welt ein, dass die angewandte Selbstbestimmung ein betrügerisches Konzept ist. Was sie in Wirklichkeit anstreben, sind lokale Herrschaftsgebiete für bereits mächtige und etablierte imperialistische Gruppierungen – etwas, das wir entschieden ablehnen müssen.

-Ein Kampf der politischen Philosophie-

Lasst uns also Klartext reden und zusammenfassen, was wir herausgefunden haben: Der wahre Konflikt in der Levante ist ein Kampf der politischen Philosophie – zwischen den einheimischen Völkern des ursprünglichen Nationalstaats und den staatenlosen Staaten eines babylonischen Imperiums.

Die Juden sagen, die Nation sei im Staatswesen, der „Stadt“, der politischen Gemeinschaft verankert, während die Araber in einer Welt mittelalterlicher Imperien gefangen sind. Sie leben in administrativen Sancaken ohne Geschichte und Erzählung.

Trotz fortschrittlich denkender Führer akzeptiert die arabische Bevölkerung nur eine universelle Erzählung. Der Terror von Babel erstreckte sich über die gesamte Region und vielleicht darüber hinaus.

Wenn sie also in völliger Sprachumkehr die „Dekolonisierung“ fordern, lasst euch nicht von ihren süßen Worten blenden. Denn wir, die Gegner der Pax Arabia, sind es, die nach wahrer Selbstbestimmung streben. Wir und die mutige Führung des unabhängigen Marokko.

Der Nahe Osten muss jetzt dekolonisiert werden – der Traum eines grenzenlosen Kalifats muss dem judäischen Nationalbewusstsein weichen. Europa ist dem Nationalbewusstsein bereits erlegen. Werden die Araber diesem Beispiel folgen? Und wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Grenzen des Nahen Ostens schaden seinen Minderheiten:

Syriens Existenz, regionale Grenzen und die UN-Charta werden in Kapitel 14 von PAX ARABICA hinterfragt

In Teil 1 von PAX ARABICA entlarvten wir das Arabische Reich als das, was es wirklich ist: ein babylonischer Terror, in dem alle Unterschiede – religiöser, kultureller und ethnischer Natur – zugunsten einer gefährlichen Uniformität ausgelöscht werden. Infolgedessen schweben Minderheiten in ständiger Gefahr und sehen sich Vertreibung, Versklavung – oder Schlimmerem – gegenüber.

In Teil 2 zeichnen wir den Weg zu einem Nahen Osten nach, der regionale Sicherheit, geordneten Frieden, echte Selbstbestimmung und tatsächliche nationale Souveränität bietet – genau das, wofür Sir Anthony Eden bereits in den 1950er Jahren kämpfte.

Hier nun, in Kapitel 14, widmen wir uns den Grenzen des Nahen Ostens und wie wir diese Minderheiten nicht vor dem babylonischen Terror schützen. Wir nehmen den Fall Syrien als Beispiel und argumentieren, dass nur echte Selbstbestimmung innerhalb neu gezogener Grenzen Minderheiten das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück bieten kann, das sie wirklich verdienen.

⁽¹⁾ Das „Sykes-Picot-Abkommen“ von 1916 war ein geheimes Abkommen zwischen Großbritannien und Frankreich, das die Aufteilung der arabischen Provinzen des zerfallenden Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg regeln sollte. Die beiden Kolonialmächte teilten die Gebiete in ihre jeweiligen Interessensphären auf, was die Grenzen des modernen „Nahen Ostens“ maßgeblich beeinflusste und oft ohne Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung geschah.

- Das Abkommen wurde nach Verhandlungen zwischen dem Briten Mark Sykes und dem Franzosen François Georges-Picot am 16. Mai 1916 unterzeichnet.
- Das Hauptziel war es, die Gebiete des Osmanischen Reiches für die Siegermächte zu sichern, wobei die Aufteilung auf die Interessen beider Länder zugeschnitten war.
- Das Abkommen teilte das Gebiet in Einflusszonen auf. Großbritannien erhielt die Gebiete, die heute Jordanien und den Irak bilden, während Frankreich die Gebiete erhielt, die heute Syrien und den Libanon umfassen. Das als „Palästina“ bezeichnete Gebiet sollte unter internationale Verwaltung gestellt werden.
- Die zufälligen und von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen widersprachen oft den natürlichen und kulturellen Gebieten der dort lebenden Völker. Dies führte zu anhaltenden Konflikten und Instabilität in der Region.

14. Zu „Sykes-Picot“ (1, sh. oben)

HAT SYRIEN EIN EXISTENZRECHT?

Diese Frage schockiert Sie vielleicht? Das sollte sie nicht, denn sie wird erschreckend oft im Zusammenhang mit einem bestimmten Land gestellt. Sie brauchen nicht zu fragen, welches, denn es ist das einzige, über das jemals gesprochen wird: eines der ältesten Länder, die bei den Vereinten Nationen vertreten sind.

Nie wird nach Pakistan gefragt, obwohl es fast im selben Jahr und unter fast denselben Umständen entstanden ist. Wir alle wissen, warum, daher brauchen wir es nicht weiter auszuführen.

Ich glaube an Gleichberechtigung, daher ist es nur gerecht, dass Syrien die gleiche Behandlung erfährt wie seine beiden westlichen Nachbarn: die gleiche angstvolle Befragung, die jeder neugeborene Staat im Nahen Osten offenbar verdient. Als der Libanon als christliches Gebilde entstand, protestierte der syrische Hardliner heftig. Als Israel nach langer Ruhepause wieder aufbrach, entfesselte die syrische Hyäne einen totalen Krieg. Es jubelte, als sein ehemaliger maronitischer Küstennachbar die Religion wechselte, und applaudierte täglich im Rhythmus der israelischen Delegitimierung.

Aber könnte es sein, dass Syrien selbst der unwürdige Neuzugang in der Levante ist?

Könnte es sein, dass Syrien selbst sein Existenzrecht verloren hat, zumindest innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir den Begriff der Staatlichkeit und die Frage, wem internationale Anerkennung zusteht, genauer untersuchen.

Die Antwort der Realpolitik ist eindeutig: Jedem dicht besiedelten Gebiet, in dem die Mehrheit der Bevölkerung Staatlichkeit wünscht, muss diese unverzüglich gewährt werden. Andernfalls spricht man in düsteren Tönen von Kolonialisierung.

Solche Staaten sind ausnahmslos christlich oder muslimisch und spiegeln die sesshafte Mehrheit wider, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts etabliert hat. Nomaden, weit verstreute oder kleine Minderheiten werden zwangsläufig vom Spiel um die Staatlichkeit ausgeschlossen. Es gibt keine Anforderungen an Regierungsstil, Achtung der Menschenrechte oder auch nur an ein Mindestmaß an Anstand.

Die Charta der Vereinten Nationen ist so formuliert, dass Grenzveränderungen erschwert werden. Afrikanische Staatsgrenzen, die ethnische, Stammes- oder sprachliche Trennlinien in keiner Weise respektieren, sollen um fast jeden Preis aufrechterhalten werden. Dort, wo Sykes oder Picot ihre Feder führten, ist Unantastbarkeit. Gelegentlich entstehen unter großem Blutvergießen neue Nationen (wie im Fall des Südsudans). Theoretisch kann sich eine Nation nach zivilisierten Referenden von einer anderen abspalten. Einzigartig ist, dass die Menschenrechtsgemeinschaft sich dafür einsetzen kann, dass ein staatenloses Volk aus vielen auf der Weltbühne Gehör findet.

Dies sind die seltensten Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Normalerweise spiegelt der moderne Nationalstaat die Starrheit der alten Gesetze Persiens und Mediens wider. Sobald eine moderne Macht von den Vereinten Nationen innerhalb festgelegter Grenzen anerkannt wurde, muss sie so ewig bestehen wie die brennende Sonne. Aber ist das richtig und klug?

In meinen Schriften wurde die Auffassung vertreten, dass die sesshafte Mehrheitsbevölkerung eines jeden Staates über außerordentliche Macht verfügt. Sie verkörpert organisch das Wesen eines Landes. Sie besitzt immense Macht und muss Verfassungsänderungen zustimmen. Menschenrechte, sofern sie überhaupt eine reale Wirkung entfalten, müssen von der sozialkonservativen Mehrheit des Landes gewährt werden, oft nach Jahrhunderten organischer Entwicklung. Die machtlosen Minderheiten müssen das ihnen Zugestandene annehmen und eifersüchtig verteidigen. So kämpfen gefährdete Minderheitenvertreter wie ich bis heute täglich für die westliche liberale Demokratie.

Wenn also das „Sollen“ sich im Machtkampf dem „Ist“ beugen soll, welche Hoffnung bleibt dann für die bedrängten Nomaden und die belagerten sesshaften Minderheiten in feindseligeren Regionen? Müssen sie sich ihrem Schicksal am Schwert des Dschihadismus ergeben? Müssen sie in Qualen leiden, wenn die Schlächter der Mehrheit kommen?

Diese Frage ist im Fall der Levante von größter Bedeutung. Dass die überwältigende Mehrheit in allen Staaten (bis auf einen) heute arabische Muslime sind, ist eine Tatsache. Ihr gestiegener Status mag durch den Völkermord an den Jesiden, die Vertreibung der Juden und die Gründung christlicher Dörfer zustande gekommen sein, doch die moderne Realität lässt sich nicht ignorieren. Ebenso wenig dürfen wir die Gefahren ausblenden, denen die verbliebenen Minderheiten ausgesetzt sind.

Diese Minderheiten sind jedoch weder Einwanderer noch Nachzügler. Viele der muslimisch-arabischen so genannten „einheimischen Mehrheit“ kamen erst in den letzten Jahrhunderten an; oft lange nachdem sich die Minderheiten bereits gut in orientalischen Gebieten etabliert hatten.

Im Westen haben legal eingeladene Einwanderer ein berechtigtes Anrecht auf Rechte, Respekt und Würde, doch im Nahen Osten ist diese Verpflichtung für die Mehrheit noch dringlicher. Wenn sie zuerst da waren, zuerst Eigentum besaßen und zuerst Religionsfreiheit genossen, dann hat die neu entstandene souveräne Mehrheit die Pflicht, die Privilegien ihrer Nachbarn zu bewahren.

Die Souveränität mag gefallen sein, doch die Rechte von Minderheiten auf Leben, Freiheit und Eigentum bleiben bestehen. Andernfalls verkommt die Menschlichkeit zur Tyrannei.

Syrien ist hierfür wohl das prominenteste Beispiel. In einer so konfessionell zersplitterten Region kann niemand leugnen, dass die Souveränität nun bei der sunnitisch-arabischen Mehrheit liegt; doch Kurden, Drusen, Alawiten und Christen haben mehr als nur ein abstraktes „universelles Recht“ auf den Verbleib in ihrer Heimat. Vielmehr ist es die Pflicht der sunnitischen Araber, ihren uneingeschränkten Schutz zu gewährleisten, und sofern sie dieser Pflicht nicht nachkommen wollen oder können, müssen sie dazu gezwungen werden.

Gezwungen? Wie soll das gehen? Sollten wir nicht akzeptieren, dass Rechte, so edel sie auch sein mögen, der Zustimmung der Macht bedürfen? Sollten wir nicht endlich die Realität anerkennen, dass nur der politische Westen in der Lage ist, Minderheitenrechte zu gewähren und zu schützen? Und ist die blutige Herrschaft des alawitischen Assad-Clans nicht Beweis genug dafür, dass Minderheiten im Nahen Osten und Nordafrika mit Gewalt regieren oder durch das Schwert sterben müssen?

Wir dürfen keinerlei Zugeständnisse machen. Wenn Syrien seine Minderheiten nicht schützen kann – und nehmen wir nun die assadische Behauptung an, dass nur die Selbstverteidigung der Alawiten praktikabel sei –, dann müssen die Staatsgrenzen unbedingt geändert werden.

Wenn nur die Drusen sich selbst in ihrer Heimat schützen können, dann muss es einen drusischen Staat in Syrien geben.

Wenn nur die Kurden sich selbst schützen können, dann muss Rojava unabhängig werden.

Wir sind nicht nur nicht an diese absurde Vorstellung unveränderlicher Grenzen gebunden, sondern verpflichtet, sie abzulehnen, wenn nur Veränderung zum Schutz von Minderheiten führen kann. Syrien hatte in seinen jetzigen Grenzen fast ein Jahrhundert Zeit, sich zu beweisen. Es ist gescheitert, und zwar auf spektakuläre Weise. Seine alte christliche Gemeinde befindet sich im freien Fall, seine Drusen sind von Massakern bedroht, und seine einst stolze jüdische Minderheit ist fast völlig verschwunden. Die Alawiten wandten sich an die Macht, um sich zu schützen, und haben sich damit nur in unauslöschlicher Schuld verstrickt.

Nur die Kurden haben standhaft durchgehalten. Und wie? Sie haben Waffen! Und die Keimzellen der Institutionen eines souveränen Staates. Die türkische Besetzungsarmee in Nordsyrien wird alles daran setzen, ihre Bemühungen zu vereiteln, doch nichts könnte sich als stärker erweisen als ihr unbezwingbarer Überlebenswille.

Syrien steht am Scheideweg. Es ist schwach und hat es verdient, schwach zu sein. Seine terroristisch ausgebildeten Machthaber setzen alles daran, die Minderheit zu vernichten.

Manchmal scheitern sie, allzu oft aber nicht. Die feige internationale Gemeinschaft müsste lediglich einseitig die Grenzen ändern. Ein kurdisches Rojava anerkennen. Einen christlichen und alawitischen Staat an der ehemaligen syrischen Küste anerkennen. Ein dritisches Suweida im verarmten Südwesten des Landes akzeptieren.

Die sunnitischen Fanatiker, die derzeit das Sagen haben, könnten weiterhin als barbarische Herrscher eines gescheiterten syrischen Rumpfstaates herrschen. Wir erkennen ihre Souveränität über sich selbst an, aber wir lehnen sie gegenüber den widerwilligen, uralten Gemeinschaften der Levante ab.

Staatlichkeit ist kein Recht, sondern ein Privileg. Oftmals müssen wir uns natürlich der verzweifelten Realpolitik beugen. Auch wenn wir die Freiheit Tibets anstreben, erkennen wir ihre Unerreichbarkeit im heutigen China. Doch wo immer es möglich ist, wo die Tyrannei schwach, ihr Hass aber stark ist, müssen wir unsere Chance ergreifen und moralisch richtig handeln.

Staatlichkeit ist kein Lebenswesen; sie ist ein modernes Schutzinstrument. Israel hat ein Existenzrecht, weil es eine bedrängte Minderheit im Nahen Osten sowie die uralten, friedlichen Minderheiten innerhalb seiner Grenzen schützt. Syrien hingegen hat nach genau derselben Argumentation kein solches Recht.

Ich erkenne das unabhängige Rojava, das unabhängige Suweida und das unabhängige Latakia an und fordere die Aussetzung der Zusammenarbeit mit dem syrischen Damaskus, bis dieses sich endlich entscheidet, sich der zivilisierten Welt anzuschließen.

Die Zeiten, in denen wir uns vor den Idolatrien der UN-Charta verbeugten, sind endgültig vorbei.

KAPITEL 15: Über Zionismus und die Schutzpflicht

IST ISRAEL DER DRUSENSTAAT?

Anmerkung: Alle Bezugnahmen auf Völkermord in diesem Artikel beziehen sich auf WIRKLICHEN Völkermord, also den Versuch und weitgehenden Erfolg, ein anderes Volk auszulöschten.

Israel ist eine liberale Demokratie. Es gewährt allen seinen Bürgern gleiche Bürgerrechte. Es gibt keine Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung, und unabhängig von der Herkunft hat jeder die realistische Chance, in der Gesellschaft aufzusteigen.

Dennoch hat Israel eine besondere Pflicht gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe: den Juden. Diese Pflicht ist die Schutzpflicht. Wo Juden von Vernichtung bedroht sind, wird Israel sie retten. Wenn Juden in Gefahr sind, wird Israel für sie kämpfen. Wo Juden Antisemitismus ausgesetzt sind, wird Israel ihnen seine Grenzen öffnen. Dies ist mehr als nur Wohlwollen gegenüber den vertriebenen Mitgliedern des eigenen Volkes: Es ist der eigentliche Daseinsgrund Israels. Wenn der Staat mit jüdischer Mehrheit die Juden nicht verteidigt, wer dann auf Erden?

Viele Zionisten würden die restriktive Aussage natürlich ablehnen. Israel erlaubt – ja, fördert – die jüdische Einwanderung aus einem weitaus umfassenderen Grund als dem Schutz der Juden. Alija („Aufstieg nach Israel“) ist ein heiliges Glaubensbekenntnis. Sie ist Ausdruck der jüdischen Heimkehr. Sie ist die Wiederherstellung ihres alten Nationalstaates in ihrem alten Land. Sie bedeutet, die eigene Kultur, Religion und Feste an dem Ort auszuüben, an dem sie ihren Ursprung haben.

All dies trifft zu, und viele Juden kehren aus ideologischen Gründen nach Israel zurück. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, dass die überwiegende Mehrheit der Juden aus Angst um ihr Leben in das Land zurückkehrte: als Flüchtlinge, Holocaust-Überlebende, Vertriebene aus arabischen Ländern und Opfer sowjetischer, nasseristischer und nahöstlicher Unterdrückung. Einige mögen in den letzten Jahren aus westlichen Ländern gekommen sein, aber es waren nur wenige, und selbst diese – wie im Fall Frankreichs – kamen aus Angst vor Verfolgung.

In der Zeit vor der Staatsgründung Israels sprechen die Fakten für sich. Wir fühlen uns unwohl dabei, sowohl überzeugten Zionisten als auch antisemitischen Antizionisten zuzuhören. Als die Juden im späten 19. Jahrhundert aus Russland vertrieben wurden, hatten sie im Grunde die Wahl zwischen dem fortschrittlichen Amerika und dem damals noch im Aufbau befindlichen osmanischen „Südsyrien“ (dem Land Israel). Wenig überraschend entschieden sie sich in großer Zahl für die USA. Geld regiert die Welt.

Die überwiegende Mehrheit der Juden, die nach Israel kamen, tat dies, weil sie keine andere Wahl hatten. Um es klar zu sagen: Israel ist die Heimat von Flüchtlingen, von Überlebenden ethnischer Säuberungen und des Völkermords, die sich entschieden haben, durch den Wiederaufbau eines großen Nationalstaates ein neues Leben zu beginnen.

Westliche Juden unterstützen Israel überwiegend. Wir unterstützen ihr Recht, sich zu verteidigen. Wir unterstützen ihr Recht, trotz der Verfolgung friedlich als Nation zu leben. Doch im Großen und Ganzen tun wir dies nicht, weil wir auswandern wollen. Wir sind unseren Heimatländern treu, und trotz des entsetzlichen Antisemitismus der extremen Linken und Rechten wollen wir unserem Heimatstaat zum Wohle aller seiner Bürger dienen. Mit wenigen Ausnahmen denken wir nicht daran, ihn zu verlassen, es sei denn, wir werden dazu gezwungen.

Und hier, im letzten Satz, liegt der Kern unseres Engagements für den jüdischen Staat. Ja, wir fühlen uns unseren jüdischen Mitbürgern tief verbunden, lieben Zion, teilen ein gemeinsames Schicksal und so weiter, aber wenn es hart auf hart kommt, wissen wir, dass Israel unsere einzige wirkliche Versicherung ist. Wenn wir erneut den Nazis und dem irakischen Hassmob gegenüberstehen, wissen wir, wohin wir uns wenden können. Nur Israel – ohne jeden Zweifel – wird uns in unserer Not beistehen.

Selbst Nicht-Zionisten, Juden wie Nichtjuden, wissen das zu schätzen. Es mag historisch unge nau sein zu sagen, Israel sei „wegen des Holocaust“ gegründet worden, aber es hat sicherlich dazu beigetragen, auch die sonst gleichgültigen Unentschlossenen von seiner Notwendigkeit zu überzeugen. Nach der Shoah rief die Welt: „Nie wieder!“ Völkermord wurde als unvertretbar verurteilt und präventive Interventionen als universelle Pflicht anerkannt. Doch obwohl dies erklärt wurde, blieb die Umsetzung weit entfernt. Heute sehen wir drohende Völker morde in China, Sudan, Nordnigeria und anderswo, aber keine Weltmacht bekennt sich auch nur verbal zu präventiven Interventionen.

Selbst wenn die Regierungen der Welt und die von ihnen vertretenen Völker eingreifen wollten, wäre es unmöglich: Es gibt zu viele schuldige Nationen, und im Falle Chinas eine der mächtigsten der Welt. Angesichts sinkender Lebensstandards und der Ablehnung von Kriegen fast jeglicher Art fehlen uns zudem die Mittel und der Wille, unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund wurde die Pflicht zur Verhinderung von Völkermord an jene Nationen übertragen, denen dies tatsächlich am Herzen liegt. Israel bekennt sich uneingeschränkt zu dem Grundsatz, dass die Vernichtung der Juden der Vergangenheit angehört. Wir werden nicht länger Lämmer sein, die zur Schlachtbank geführt werden. Wir werden nicht länger darauf vertrauen, dass andere uns vor dem Bösen schützen. Der neue Atheist Sam Harris und andere, die Staaten mit ethnischen Mehrheiten theoretisch ablehnen, verstehen das: Er ist seit dem 7. Oktober Zionist.

Bislang beschränkte sich Israels Schutz- und Präventionspflicht auf die Juden, sowohl innerhalb seiner Grenzen als auch weltweit. Doch seit dem Sturz von Baschar al-Assad hat sich die humanitäre Politik des „jüdischen Staates“ zunehmend ausgeweitet. Es ist mittlerweile fast schon anachronistisch, das Land überhaupt noch als jüdisch zu bezeichnen. Denn seit der Machtübernahme des vom Terrorismus gestürzten Präsidenten Ahmed al-Sharaa in seinem vom Krieg gezeichneten Land ist Israel zum jüdischen und drusischen Staat geworden.

Zwar sympathisiert Israel mit dem Schicksal aller Minderheiten im Nahen Osten – von den Kurden über die libanesischen Christen und die Jesiden bis hin zu allen anderen, die noch nicht Opfer des islamistischen Terrors geworden sind –, doch fehlt es schlichtweg an den Kapazitäten für universelle Prävention und Schutz – insbesondere in einer Region, in der seine Existenz ständig bedroht ist. Zwar arbeitet Israel eng mit den Kurden zusammen, um deren Verteidigung zu gewährleisten. Ja, Israel ist entsetzt über den Völkermord an Minderheiten im Irak, der an die eigenen tragischen Erfahrungen mit ethnischen Säuberungen dort erinnert. Doch in keinem dieser Fälle gibt es Druck, weder innerhalb noch außerhalb des Landes, zugunsten dieser Völker einzutreten. Sie sind Freunde, aber keine Brüder.

Bei den Drusen hingegen verhält es sich ganz anders. Obwohl es sich um eine Minderheitsreligion und eine Abspaltung des schiitischen Islam handelt, besteht starker Druck sowohl von israelischen Juden als auch von der drusischen Bevölkerung im eigenen Land, die bedrängte drusische Minderheit in Syrien zu schützen. Es wird erwartet, dass Israel alles in seiner Macht Stehende tut, um zu verhindern, dass dieses brüderliche Volk durch die syrischen, islamistischen Terroristen getötet wird.

Wenn syrische Militärstellungen bombardiert werden müssen, dann müssen sie bombardiert werden. Wenn syrisches Territorium eingenommen werden muss, dann muss es eingenommen werden. Wenn syrische Streitkräfte angegriffen werden müssen, dann müssen sie angegriffen werden. „Nie wieder“, und Israels Pflicht, Völkermord zu verhindern, gilt nicht nur für die Juden. Sie gilt gleichermaßen für die Drusen.

Könnte sich die Lage mit der Zeit noch verschärfen? Wie lange kann sich Israel noch tief im Feindesgebiet verschanzen? Wie lange lässt sich dieser provisorische Schutz der syrischen drusischen Minderheit aufrechterhalten? Langfristig bleibt vielleicht nur noch eine tragfähige Option: dieselbe Wahl, vor der die Juden der Sowjetunion, des Irak, Ägyptens, Jemens und Polens standen: die Einwanderung nach Israel.

Idealerweise würde die internationale Gemeinschaft die Sykes-Picot-Grenzen neu ziehen, um Minderheiten zu schützen. Doch die Realität sieht anders aus: Der Staat Israel könnte sich bald unter Druck seiner eigenen Bevölkerung, Juden wie Drusen, sehen, die Alija – also das uneingeschränkte Einwanderungsrecht – auf die Drusen Syriens und des Libanon auszudehnen.

Dies ist keine Frage der Bürgerrechte. Muslimische und christliche israelische Araber genießen in Israel gleiche Bürgerrechte – das Wahlrecht, das Recht auf Bildung, das Recht auf eine ihren Qualifikationen entsprechende Karriere usw. –, doch der Staat hat ihnen gegenüber keine Schutzpflicht als „ausländische Bevölkerungsgruppe“ im Falle eines drohenden Völkermords. Bei den Drusen ändert sich die Lage rasch. Wie ihre jüdischen Mitbürger fallen auch die ausländischen Drusen unter die staatliche Schutzpflicht. Sollte der israelische Staat nicht handeln, droht Chaos auf den Straßen des Landes, von den Karmelbergen bis zu den Golanhöhen.

Vor Jahren investierten die israelischen Drusen. Sie würden Seite an Seite mit ihren jüdischen Mitbürgern kämpfen. Sie würden in Gaza ihr Blut vergießen und in Samaria ihre Körper opfern. Sie würden über den Iran fliegen und in Syrien spionieren. Sie kämpften für Israel als ihr eigenes Land, weil es ihr eigenes Land war, und heute haben sie ihre Verpflichtung erfüllt.

Von diesem Moment an ist Israel nicht nur der jüdische Staat. Es ist auch der drusische Staat. Denn wenn sie sie nicht verteidigen, wer zum Teufel wird es dann tun?

KAPITEL 16: Über den neuen Regionalsheriff

ALS DAS VÖLKERRECHT WIEDER AUFERSTAND - Die Durchsetzung der Nuklear-Nichtverbreitung

Die Kommentare zu den US-Bombenangriffen auf den Iran waren absurd. Sinnlose Diskussionen der Demokraten über die Rechtmäßigkeit der Aktion. Widerliche Verurteilungen vom UN-Generalsekretär. Sie lebten offensichtlich in einer anderen Welt als ich; denn hier in der Clarkosphäre wurde das Völkerrecht endlich und auf wunderbare Weise durchgesetzt.

Die nukleare Weiterverbreitung ist eine der größten, wenn nicht gar die größte Gefahr für die Menschheit. Nur ein Fehler, ein falsch interpretierter Punkt auf dem Radarschirm, könnte den Countdown zur Katastrophe auslösen. In der Ära Jelzin wäre es beinahe so weit gekommen, und da immer mehr Länder Zugang zum nuklearen Auslöser haben, steigt die Wahrscheinlichkeit einer versehentlichen Katastrophe rapide an.

Diese Analyse trafe unabhängig von der Art des iranischen Regimes zu. Ob der Machthaber nun nationalistisch, monarchistisch oder demokratisch war, ein nuklear bewaffneter Iran würde ein Wettrüsten im Nahen Osten um die Atombombe auslösen. Von diesem Moment an betrachteten Saudi-Arabien, Ägypten, die Türkei und viele andere es als ihr gottgegebenes Recht, uns alle in die Luft zu jagen.

Dass das iranische Regime theokratisch und fundamentalistisch ist und entschlossen, Israel von der Landkarte zu tilgen, hat uns zu größerer Dringlichkeit gezwungen. Es zwang die Israelis, hart und sofort zu handeln. In ihrem Moment größter Schwäche, als die Hisbollah neutralisiert und Syrien gezähmt war, war der Zeitpunkt gekommen, die Schlange zu enthaupten.

Doch die nukleare Nichtverbreitung ist nicht von Regimen abhängig. Sie ist das Wesen des Völkerrechts. Wenn dieses regelbasierte Korpus überhaupt irgendeine Bedeutung hat, dann die, die Menschheit vor der nuklearen Selbstzerstörung zu bewahren.

Es könnte keine Atommächte mehr auf der Welt geben, und das amerikanisch-israelische Vorgehen hat diese Vision Wirklichkeit werden lassen.

Völkerrecht im Fokus

In seinem früheren Universitätsleben, als er selbst Student dieses Fachs war, hegte der Autor eine große Abneigung gegen das Völkerrecht. Er verspottete es als schwach, nicht durchsetzbar, unklar und, am verhängnisvollsten von allem, als von Gesetzesbrechern veränderbar. Was zuvor als illegal galt, wurde durch den Bruch legalisiert.

Die Kosovo-Bombenangriffe, die nach geltendem Völkerrecht völlig unrechtmäßig waren, wurden im Nachhinein als juristisches Beispiel für „humanitäre Intervention“ gefeiert. Es war, als ob eine Gruppe von Serienmördern Mord aufgrund seiner Allgegenwärtigkeit in Chicago legalisiert hätte. So funktioniert Recht nicht, zumindest nicht das echte Recht.

Von diesem Moment an bis heute ist das Völkerrecht zu einer Ausdrucksform verkommen, nicht zu einem Rechtssystem. Wenn man sich gegen eine staatliche Handlung ausspricht, braucht man nur „Verstoß gegen das Völkerrecht!“ zu rufen, und alle, die es für richtig halten, schließen sich an.

Es ist zu einem inszenierten Witz verkommen, aufgeführt von Kriminellen und beurteilt von Gangstern, dazu bestimmt, eine kleine Nation zum Sündenbock für die Sünden der Welt zu machen. Es hat nicht nur an Ernsthaftigkeit verloren, sondern ist zu einem Instrument autoritärer, gezielter Gefahr geworden.

Doch diesmal, mit der vernichtenden Bombardierung der iranischen Atomanlagen, wurde das Völkerrecht wie Phönix aus der Asche auferweckt. Solche Wunder geschehen nicht selten im Land Israel.

Nun ist es wichtig, einige Begriffe zu definieren. Was ist Recht, und was bedeutet es, unter Rechtsstaatlichkeit zu leben?

Zunächst zum zweiten Punkt.

Wir müssen unmissverständlich klarstellen: Recht verdient seinen Namen nur, wenn es für alle gleichermaßen gilt. Mächtige wie Schwache müssen an seine Bestimmungen gebunden sein. Alle Nationen müssen seinen Standards unterworfen und zur Rechenschaft gezogen werden, ungeachtet ihres Ansehens an Universitäten. Nicht nur westliche Nationen, nicht nur Israel, sondern auch die Staaten des Globalen Südens. Die Geschichte ist keine Entschuldigung für Rechtsbrüche. Vielmehr ist die Gegenwart ein Aufruf zur Verantwortung. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit übernehmen Staaten die Verpflichtung, das Recht zu befolgen.

Die Barbarei der Palästinenser, Syriens, der Jemeniten und Libyens lässt sich nicht länger entschuldigen. Israel muss zur Rechenschaft gezogen werden. Amerika muss zur Rechenschaft gezogen werden. So viel ist klar.

Aber auch die sogenannten „Unterdrückten“ müssen zur Rechenschaft gezogen werden und sich derselben internationalen Ächtung stellen. Andernfalls ist die internationale Rechtsstaatlichkeit ein Witz, der einen guten Komiker braucht.

Das ist also die Rechtsstaatlichkeit, aber was ist Recht selbst? Im nationalen Kontext verkörpert das Recht die Regeln, Gebräuche und den Charakter einer Gemeinschaft. Es ist Ausdruck der Werte einer Nation, die als Voraussetzung für die Zugehörigkeit gelten. Diese Gesetze können gerecht oder ungerecht, liberal oder illiberal sein, aber sie sind die Bedingung für die Zugehörigkeit. Das Recht ist somit ein komplexes Geflecht aus schriftlichen und konventionellen Praktiken, die sich mit einer Vielzahl von Problemen befassen.

Das lässt sich im internationalen Kontext nicht sagen, denn es gibt keine internationale Gemeinschaft. Wir alle haben sehr unterschiedliche Werte und Lebensauffassungen. Obwohl wir zu Recht anerkennen, dass einige moralische Grundsätze universell sind, bleiben sie in ihrer Anwendung doch spezifisch: Das ist das Prinzip der Souveränität.

Zurück zum „Wilden Westen“ ?

So verstanden, ähnelt das Völkerrecht eher dem Wilden Westen, und ich meine das beschreibend, nicht abwertend. Amerika (USA) entstand als Land der Freiheit. Es gab weite, unbesiedelte Gebiete, in denen jeder Mensch sein eigenes Gesetz war. Die Menschen akzeptierten die Regierung nur als Mittel zur Stärkung ihrer individuellen Handlungsfreiheit. Und so wuchsen ihre Freiheitsforderungen, je weiter sie sich nach Westen ausbreiteten und je weniger dicht sie lebten. Der Sheriff hatte seine Rolle, aber sie war begrenzt: Er sollte verhindern, dass die unzähligen Individuen sich gegenseitig vernichteten.

Das ist auch die Rolle des Völkerrechts: der begrenzte Sheriff.

Der hier beschriebene Wilde Westen steht nicht für Gesetzlosigkeit, sondern lediglich für ein begrenztes Recht, das die Ordnung in einem Land der Zerstörungswut der Cowboys aufrechterhalten soll. Die nukleare Nichtverbreitung ist analog. Sie ist eine begrenzte Verpflichtung, die unsere gegenseitige Vernichtung verhindert. Sie erlangt Legitimität nicht durch nationale Zustimmung, sondern durch ihre für alle Seiten vorteilhaften Folgen. Der schurkische Cowboy mag den Saloon überfallen wollen; Er mag die Zuständigkeit des Sheriffs leugnen, er mag Straflosigkeit fordern: doch er ist dennoch an das Gesetz gebunden. Denn seine individuellen Souveränitätsansprüche implizieren, dass auch uns eine ähnliche Freiheit gewährt werden muss. Das ist die ureigene Aufgabe einer legitimen Regierung.

Ebenso ist die nukleare Nichtverbreitung eine für alle verbindliche Verpflichtung. Die Weigerung, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, ist als Mittel zur Aberkennung seiner Rechtskraft unrechtmäßig. Indem man als Mitgliedstaat der Vereinten Nationen seine Souveränität anerkennt, akzeptiert man implizit die Souveränität anderer. Man lehnt implizit die gegenseitige Vernichtung ab.

Wichtig ist, dass diese Verpflichtungen durchgesetzt werden, doch für einen einsamen Sheriff wird es nie einfach sein; er ist gerufen, das Dorf gegen eine Bande bewaffneter Wahnsinniger zu verteidigen. Tut er jedoch nichts, geht die Freiheit verloren, die Souveränität ist dahin, und der Schusswechsel endet in der totalen, unausweichlichen, kollektiven Vernichtung.

Bis zum Zwölftagekrieg hatte das Völkerrecht so viel Macht wie ein Abgeordneter aus Washington, der einem Cowboy in Arizona aus Tausenden von Kilometern Entfernung Anweisungen gab. Was wir brauchten, war ein lokaler Sheriff; jemand, der das Gesetz in den Weiten der Wüsten durchsetzt.

Wen sollten wir also wählen? Wer wäre am besten für die Rolle des internationalen Gesetzesfürsters geeignet? Sollten wir all diese gewalttätigen Cowboys in einen Raum bringen und ihn demokratisch wählen? Sollten wir den Saloon-Schützen bitten, vom Internationalen Gerichtshof aus zu urteilen? Oder wäre es nicht besser, den moralisch integersten Mann im Dorf zu wählen?

Wie im Wilden Westen müssen die vielen Bösewichte in Schach gehalten werden. Wir brauchen sie nicht nach ihrer Meinung zu alkoholbedingten Morden zu fragen. Wir brauchen sie nicht um ihre Zustimmung zu bitten, dem Tod zu entgehen. Wir werden ihnen einfach das Gesetz auferlegen, als Bedingung ihrer Souveränität.

Jede Region der Welt hat ihren Sheriff: Ozeanien hat Australien, Asien hat seine Tiger, Europa hat seine Feiglinge und der Nahe Osten hat Israel. Jeder dieser Staaten ist mit der Autorität der Regierung Washingtons ausgestattet, den Gesetzlosen Ordnung aufzuzwingen. Wenn der Iran uns mit Atomwaffen angreifen will, werden wir ihn stoppen; wenn der Jemen den Handel blockieren will, werden wir ihn daran hindern; wenn Russland uns angreifen will, werden wir es bekämpfen; wenn Somalia zur Piraterie übergeht, werden wir es besiegen. Wir werden sie weder um Erlaubnis fragen noch um ihre Zustimmung in einem internationalen Abkommen buhlen. Stattdessen werden wir ihnen allen das Recht auferlegen, damit wir alle leben können.

Das Völkerrecht ist endlich wieder da, und wie im Wilden Westen brauchte es einen Schusswechsel, um es zu erringen.

KAPITEL 17: Zur Psychologie der Stärke

VERGELTUNG BRINGT „FRIEDEN“ IN DEN WILDEN MITTLEREN OSTEN

Ist es rational, rational zu sein?

Führen wir ein Gedankenexperiment durch. Zehn Dollar liegen auf dem Tisch, und Sie und Ihr Partner müssen entscheiden, wie sie diese aufteilen. Sie allein dürfen das Angebot machen. Ihr Partner muss dann entscheiden, ob er annimmt oder ablehnt. Lehnt er ab, erhalten Sie beide nichts.

Unter diesen Bedingungen: Welcher logische Weg wäre für Sie zu wählen? Angenommen, man darf nur eine positive ganze Zahl anbieten, wäre das rationale Angebot, neun Dollar zu bieten, so dass Ihr Partner einen Dollar erhält. So maximieren Sie Ihren persönlichen Gewinn und benachteilen gleichzeitig Ihren Gesprächspartner. Lehnt er ab, erhält er nichts, und ein Dollar ist besser als nichts. So unbefriedigend die Ungleichheit auch klingen mag, ein rationaler Partner hätte keine andere Wahl, als sich Ihrer Macht zu beugen.

Aber wie wir alle wissen, handeln Menschen nicht rational. Angesichts der Ungerechtigkeit einer solch ungleichen Verteilung würden viele aus reiner Boshaftigkeit ablehnen. Lieber gehen beide leer aus, als dass du von deiner Erpressung profitierst.

In einem rein spielerischen Szenario, in dem die Teilnehmer nur einmal spielen, würde Dich der menschliche Rachedurst teuer zu stehen kommen. Es wäre wirklich töricht, das Angebot abzulehnen. Doch im realen Leben, wo Ausbeutung und Manipulation zum „Spaß“ gehören, wäre kurzfristig irrationales Handeln langfristig höchst rational.

Man könnte es rationale Irrationalität nennen.

Da der Anbietende weiß, dass der andere leicht auszunutzen ist, wird er den Trick wahrscheinlich immer wiederholen. Der Gute gewinnt selten. Es wäre viel besser, so lange abzulehnen, bis der Anbietende dich mit Gleichberechtigung und Respekt behandelt. Langfristig und auf eine ganze Gemeinschaft ausgeweitet, würde eine gerechtere Verteilung Vertrauen, Humankapital und respektvolle, nicht-transaktionale Beziehungen fördern.

-Warum mag der syrische IS-Präsident Israel lieber als Irland?-

[Was versteht er, was die Iren nicht verstehen?]

Wir beginnen mit dieser Einleitung, um den geopolitischen Kontext des Nahen Ostens und die teils kontraintuitiven Reaktionen der verschiedenen Parteien besser zu verstehen. Jahrzehntelang strebten linke israelische Regierungen leidenschaftlich nach Frieden und setzten alles daran, dieses hohe Ziel zu erreichen. Von 1937 bis 2008 wurde jedes denkbare Angebot – außer Selbstmord – unterbreitet, doch der Frieden wurde jedes Mal abgelehnt. Die Pax Arabica und ihre Vorhut wiederholten immer wieder „Nein! Nein! Nein!“ und stellten die Ablehnung stets über eine bessere Zukunft. Ungeachtet der Säkularität der arabischen Regierung war die reflexartige imperiale Reaktion dieselbe: Wir akzeptieren nichts anderes als Israels Vernichtung.

Indem die Pax Arabica imperiale Ziele über ihre eigene Entwicklung stellte, verwandelte sie sich in einen gesetzlosen Wilden Westen, in dem die Ablehnung der einheimischen nationalen Identität Vorrang vor dem inneren Zusammenhalt hatte. Der Nahe Osten verwandelte sich in eine gewalttätige Hölle – rivalisierende Fraktionen, vereint nur durch ihr gemeinsames Ziel, die Vielfalt der Minderheiten auszulöschen, bekämpften Israel und einander mit gleichem Hass.

Wir haben die Folgen gesehen. Israel selbst musste die Verantwortung für den Kampf um die Drusen übernehmen. Israel selbst musste zum regionalen Sheriff werden, um die gesamte Region vor der iranischen Atomvernichtung zu schützen. Israel überlebte und gedieh, aber in einem Klima zunehmender Feindseligkeit und ohne Frieden.

Vor diesem Hintergrund können die jüngsten Ereignisse überraschen. Obwohl Israel die extremste rechte Regierung seiner Geschichte gewählt hat und die arabischen Regierungen islamistischer denn je sind, scheint es endlich eine Chance auf Frieden im Nahen Osten zu geben – wenn auch eine kalte Übereinkunft, die auf gegenseitiger Verteidigung gegen den Iran, dem Bedarf an wirtschaftlicher Entwicklung nach dem Ölzeitalter und vor allem auf der Psychologie der Stärke beruht.

So kommt es, dass liberal-demokratische westliche Länder wie Irland alles daran setzen, Israel zu boykottieren, ja sogar so weit gehen, die Definition von Völkermord selbst zu verändern.

Gleichzeitig herrscht jedoch in Bezug auf das israelische Vorgehen im Gazastreifen fast völliges Schweigen Seitens der arabischen und nahöstlichen Regierungen. Von Marokko, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten ist kaum eine Verurteilung zu vernehmen. Ägypten und Jordanien unterhalten weiterhin diplomatische Beziehungen, und selbst offizielle Feinde wie Saudi-Arabien bewahren diplomatische Zurückhaltung. Am bemerkenswertesten ist jedoch, dass die neu eingesetzte syrische Regierung Verhandlungen über einen Beitritt zu den Abraham-Abkommen aufgenommen und sogar erwogen hat, große Teile ihrer Ansprüche auf die Golanhöhen abzutreten.

Wenn man bedenkt, dass die syrische Regierung derzeit von einem ehemaligen IS-Terroristen geführt wird, der die islamistische Weltherrschaft anstrebt, erscheint dies geradezu unglaublich. Zugegeben, es wird wahrscheinlich zu nichts führen, aber angesichts der Tatsache, dass Israel derzeit große Teile Südwestsyriens besetzt hält und bereit ist, Armeestellungen zu bombardieren, wenn diese die bedrängte drusische Minderheit bedrohen, ist die Tatsache, dass überhaupt über Normalisierungsabkommen gesprochen wird, ein Punkt, der weiterer Analyse bedarf. Kurz gesagt: Was zum Teufel ist da los?!

Wie der Journalist Nachum Kaplan in einem Interview im Podcast „Guerre and Shalom“ anmerkte, könnte er eine Situation antizipieren, in der Israel von einem Großteil des liberalen Europas abgelehnt wird, während es gleichzeitig mit einem Großteil des autoritären Nahen Ostens in einem Zustand normalisierten „Friedens“ lebt. Er hat Recht. Die Frage ist nur: Warum?

-- Stammesgesellschaften und „Ehren“-basierte Gewalt verstehen

Um dies zu verstehen, müssen wir auf das berühmte psychologische 10-Dollar-Experiment zurückkommen. In einem Rechtsstaat mit stabiler Rechtslage, wie er in Ländern mit hohem Vertrauen herrscht, in denen unfaire Vertragsbedingungen nicht anerkannt werden, würde niemand eine Geldverteilung von 9 zu 1 Dollar anbieten. Ob im Straf- oder Zivilrecht, Bürger handeln naturgemäß innerhalb der vereinbarten rechtlichen und moralischen Normen. Gesellschaften, die sich jedoch nicht auf das Recht verlassen können, um den Frieden zu wahren, sind gezwungen, brutale Gewalt zwischen Clans anzuwenden, um ein Mindestmaß an Ordnung aufrechtzuerhalten. Dies war beispielsweise in den schottischen Highlands, im Wilden Westen, bei den Massai und in der vorislamischen/frühislamischen arabischen Beduinen gesellschaft der Fall, wo die Bande der erweiterten Verwandtschaft genutzt wurden, um Kriege zu verhindern.

Hätte Ahmed vom Clan A es gewagt, Sayed vom Clan B zu töten, hätten Sayeds Brüder, Onkel, Cousins ersten und zweiten Grades eine Welle der Gewalt gegen Clan A entfesselt – nicht primär aus Rache, sondern um zu verhindern, dass sich eine solche Tat jemals wiederholt. In einer Gesellschaft ohne Polizei, in der man nicht den Notruf wählen kann, ist brutale Gewalt das einzige Abschreckungsmittel. Brutale Gewalt ist heute der einzige rationale Weg, noch schlimmere Gewalt in der Zukunft zu verhindern. Rational-irrationale Praxis.

Während es in einem einmaligen Vorfall rationaler erscheinen mag, eine Entschädigung zu fordern (wie es nach den Rechtsvorschriften des Talmud und des mittelalterlichen französischen Codex Burgund der Fall wäre), würde eine solche vermeintliche Vernunft in einem vorgesetzlichen System lediglich zu vorhersehbarer zukünftiger Gewalt führen. Lieber heute ein Unmensch und morgen ein guter Nachbar sein, als heute ein netter Kerl und für immer in einer Dystopie leben.

Bieten Sie einem Beduinen also bloß nicht nur einen Dollar an. Er wird Ihnen das Gesicht einschlagen, und Sie werden es nie wieder tun.

Nicht nur in Arabien bestand die Herrschaft der rational-irrationalen Praxis.

Nehmen wir den Wilden Westen – meine Lieblingsanalogie.

Trotz seines Rufs als Revolverheldenstaat war Arizona im 19. Jahrhundert nicht wesentlich gewalttätiger als New York.

Der Unterschied lag in der Art der Gewalt. Der Wilde Westen war ein arabisches Reich der Ehre. Im alten Arizona, wo das Gesetz Mühe hatte, die Ordnung aufrechtzuerhalten, waren gelegentliche brutale Schießereien nötig, um eine Botschaft zu senden: „Man nutzt mich und meine Familie nicht aus.“

Die Wirkung dieser Gewalt bestand jedoch nicht darin, weitere Gewalt zu provozieren, sondern sie zu verhindern. Wer wusste, dass ein falscher Blick, Beschimpfungen oder Beleidigungen der Ehefrau zu einer Kugel im Kopf führen konnten, tat sein Möglichstes, höflich zu sein und den Frieden zu wahren.

Nur wenn jemand töricht genug war, einen zu entehren, hatte man das Recht (und die Notwendigkeit), zu reagieren – und zwar aggressiv. Sobald alle ihre Lektion gelernt hatten, konnte im polizeifreien Westen wieder Frieden herrschen.

Dieses Geburtsrecht erklärt die Existenz der liberalen und konservativen Staaten im heutigen Amerika – und ihre jeweiligen politischen Ansichten. Der Unterschied liegt nicht primär in der Kriminalitätsrate oder der Gewaltbereitschaft, sondern in den Bekämpfungsmethoden. Im tiefen Süden und im Westen der USA werden starke Familienwerte und harte Strafen (einschließlich der Todesstrafe) viel häufiger gefordert. Das liegt ihnen im Blut, denn sie stammen von einer (gut funktionierenden, aber vorgesetzlichen) Kultur der Großfamilie und extremer Gewalt zur Aufrechterhaltung der Ordnung ab. Freundlichkeit hätte im 19. Jahrhundert ihren Vorfahren das Leben gekostet.

Gleichzeitig gelten die Menschen im Süden als freundlicher als im Norden – und die Begründung ist genau dieselbe. Unfreundliches Verhalten im alten Oklahoma hätte schlimme Folgen gehabt, aber im Nordosten, wo man sich auf das Gesetz verlassen konnte, blieben Nachbarschaftsfeindlichkeit und Unfreundlichkeit ohne Konsequenzen. Freundlichkeit zahlte sich daher in Alabama deutlich mehr aus als in Boston (außer für Schwarze).

Wie die USA, so auch die Beduinen, die das Rückgrat der islamischen Kultur des Nahen Ostens bilden. Die Beduinen genießen einen wohlverdienten Ruf für Freundlichkeit, Gastfreundschaft ... und Ehrenmord. Darin haben sie viel mit dem Wilden Westen gemeinsam, und zwar aus genau denselben historischen Gründen. Um es klarzustellen: Dies ist kein Urteil – weder gegenüber den Südstaaten noch gegenüber den Beduinen. Beide hatten gute Gründe für ihre Entwicklung. Kurz gesagt: Sie wollten überleben.

Versetzen wir uns nun zurück in die Lage des israelisch-arabischen und israelisch-palästinensischen Konflikts. Die Geschichte seit 1948 verlief im Wesentlichen wie folgt: Die Israelis bieten 4 Dollar, die Araber/Palästinenser lehnen ab. Die Israelis bieten 4,50 Dollar, die Araber/Palästinenser lehnen ab. Die Israelis bieten 4,75 Dollar, die Araber/Palästinenser lehnen ab. Jedes Mal, wenn die Israelis ein Angebot machen und auf Ablehnung stoßen, bieten die Palästinenser 1 Dollar, den die Israelis annehmen. Konkret kommt es zu gewalttamen Auseinandersetzungen, bei denen die Palästinenser eine oder mehrere Geiseln nehmen und im Gegenzug für die Freilassung Tausender Terroristen deren Rückführung anbieten. Gelegentlich, wie in Entebbe, reagieren die Israelis mit einer waghalsigen Razzia, um ihre Geiseln ohne Gegenleistung zu befreien. Dadurch vermeiden sie es, überhaupt auf das Angebot zu reagieren. Sie umgehen „das Spiel“.

Normalerweise geben die Israelis jedoch nach, wenn eine Rettung unmöglich erscheint, um das Leben ihrer Geiseln zu retten. Mit ihrer Vernunft und Rationalität, bestärkt durch die ebenso vernünftigen und rationalen Europäer, argumentieren die Israelis, dass etwas besser sei als nichts. Besser, das Leben einer Geisel zu retten und Tausende von Mörfern freizulassen, als ohne jegliches positives Ergebnis dazustehen.

Wäre dies ein einmaliges Ereignis, ergäbe das Sinn. Denn ob palästinensische Terroristen freigelassen werden oder nicht, es wird genügend Gewalttäter geben, die sie ersetzen. Doch wie wir gesehen haben, lädt „Nettsein“ nur zu weiterer Ausbeutung ein. Ja, der 7. Oktober wurde teilweise durch den Glauben an die Vernichtung Israels (und den Wunsch, die Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien zu stoppen) angetrieben – wie sonst lässt sich die Brutalität der Angreifer erklären? – aber im Hinblick auf die Geiseln darf der psychologische Aspekt nicht außer Acht gelassen werden. Sie argumentierten:

„Jedes Mal, wenn wir eine Geisel nehmen, lassen sie tausend unserer Mitstreiter frei. Jedes Mal, wenn wir einen Dollar fordern, geben sie ihn uns (aus humanitären Gründen, aufgrund von US-amerikanischem/europäischem Druck oder beidem). Wenn wir also 200 Geiseln nehmen, werden ihre Gefängnisse leer sein!“

Israels Rationalität wurde gegen sie selbst verwendet.

Sehr zum Ärger der Hamas lief es nicht wie geplant. Sicherlich wollten sie eine israelische Vergeltungsaktion als Propagandainstrument für ihr leichtgläubiges westliches Publikum provozieren, aber ich bin ebenso überzeugt, dass sie nicht die vollständige Zerstörung des Gaza-streifens anstrebten. Sie hatten sich verkalkuliert, und angesichts der vorherigen israelischen Reaktionen ist das verständlich. Sie erwarteten ein rationales, vernünftiges „europäisches“ Israel. Was sie bekamen, war ein rational irrationales, „verrücktes“, „beduinenhaftes/nahöstliches/altes westliches“ Israel.

Mit „völlig durchdrehen“ meine ich keinesfalls „wahlloses Bombardieren“ oder die Missachtung von Menschenleben. Wie mittlerweile gut dokumentiert ist, wurde ein Großteil der Moscheen, Schulen und Wohnhäuser mit Sprengfallen versehen, die zu Terroristentunneln führten, Waffenlager enthielten usw.

Die Zivilbevölkerung wurde rechtzeitig zur Evakuierung aufgefordert und (von ihrem Feind) mit Nahrungsmitteln versorgt. Humanitäre Erwägungen wurden selbstverständlich berücksichtigt.

Dennoch wurde das gesamte Gebiet in Schutt und Asche gelegt, und selbst angesichts immensen internationalen Drucks gab Israel nicht nach.

Um es in den Worten eines jeden arabischen Beduinen auszudrücken: Die Palästinenser haben Israels Frau getötet, und Israel reagiert mit extremer Gewalt; sie werden erst aufhören, wenn der andere Clan die Botschaft verstanden hat.

Um es zu betonen: Dies ist keine Frage der Rache. Es ist eine Frage der Rechtsdurchsetzung in einer rechtsfreien Region.

Es ist die Aufrechterhaltung des Friedens im Wilden Westen.

Nur wenn der anderen Seite unmissverständlich klargemacht wird, dass Gewalt nicht ungestraft bleibt (und zwar unverhältnismäßig), kann so etwas wie Frieden erreicht werden.

Die Taktik, die andere Seite für dumm zu verkaufen, indem man ständig nur einen Dollar bietet und gleichzeitig das Angebot der anderen Seite von vier Dollar ablehnt, ist spektakulär gescheitert.

Die Palästinenser – nicht die Hamas, sondern die gesamte palästinensische Politik – verstehen nun, dass Gewalt extreme Zerstörung nach sich zieht. Es wäre unlogisch, damit fortzufahren.

Sicher, sie werden Israel weiterhin hassen. Fremdenfeindlichkeit ist überall, in jedem Land und in jeder Region Teil des Stammesdenkens (und besonders in der Pax Arabica) – aber zum ersten Mal seit hundert Jahren haben die Palästinenser einen rationalen Grund, um Frieden zu bitten. Dies geschah nur, weil Israel bereit war, Irrationalität juristisch zu nutzen. [Die irrationale Irrationalität Trumps hat die Situation natürlich auch angeheizt.]

-Das Geiseldilemma: Warum der Hundertjährige Krieg andauert-

Psychologisch betrachtet handelt es sich hier um einen klassischen Fall des Gefangenendilemmas (oder, wenn man es drastischer ausdrücken möchte, des Geiseldilemmas). Es liegt eindeutig im Interesse beider Parteien, zusammenzuarbeiten und eine friedliche Zukunft zu gestalten. Doch wo das Vertrauen gering ist (und das ist es zweifellos), ist es – aus der Sicht von Israelis wie Palästinensern – besser, den Konflikt aufrechtzuerhalten. Dies liegt nicht, wie manche Kommentatoren vereinfachend annehmen, an der Unfähigkeit der beiden Parteien, Vereinbarungen zu treffen; denn tatsächlich schließen sie ständig Abkommen – und zwar sehr erfolgreiche. Das Abkommen über die Sicherheitskorporation zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der rechtsgerichteten Likud-Regierung hat sich in guten wie in schlechten Zeiten bewährt. Selbst Israel und die Hamas haben sich gegen hohe Geldzahlungen geeinigt.

Der Grund für das Fehlen einer dauerhaften Lösung (oder zumindest eines sehr langfristigen, ernsthaften Waffenstillstands) liegt darin, dass es schlichtweg nicht im Interesse beider Parteien lag, um Frieden zu kämpfen.

Dauerhafter Frieden erfordert Zusammenarbeit und tiefes Vertrauen. Beides ist offensichtlich nicht gegeben. Es gibt nicht einmal zwischen Großbritannien und Frankreich einen Konflikt um kleine Boote und den Brexit, geschweige denn zwischen Israelis und Palästinensern. Daher erscheint es rational sinnvoll, den Konflikt fortzuführen, idealerweise auf einem sehr niedrigen Niveau, da dies (laut Spieltheorie des Gefangenendilemmas) besser ist, als wenn eine Seite kooperiert und die andere verrät.

Im letzteren Szenario erhält eine Seite alles, und die andere wird besiegt; genau das geschah in früheren Auseinandersetzungen, in denen Israel (fast) alles Geforderte bot und mit der Zweiten Intifada, Raketenangriffen, der BDS-Bewegung usw. „belohnt“ wurde.

Die Palästinenser „gewannen“ ihre vorherigen Begegnungen insofern, als sie ihr wahres Ziel der Delegitimierung und letztendlichen Vernichtung Israels voranbrachten.

Die aktuelle Regierung hat also die rational-irrationale Entscheidung getroffen, den Konflikt auf einem niedrigen Niveau zu halten und eine katastrophale Wiederholung zu verhindern. Es ist besser, dass beide Seiten keinen Frieden schließen, als dass eine von ihnen der vollständigen Vernichtung ausgesetzt ist.

-Rational-Irrationalität vs. Irrational-Irrationalität: Eine (sehr) kurze Geschichte des Nahen Ostens-

Das oben beschriebene psychologische Szenario ist nicht als utopischer Friedenstraum zu verstehen, sondern als historisch belegte Realität.

Zwei Beispiele, das erste aus der Frühzeit des Islam: eine der größten Leistungen des Propheten Mohammed war die Vereinigung der arabischen Stämme. Zu seinem Glück, aber zum Unglück der Araber insgesamt, vereinten sich die ehemals verfeindeten Gruppen lediglich aus Loyalität zum Propheten selbst und nicht aus einem gemeinsamen nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl.

Nach seinem Tod brach der erste Konflikt innerhalb des Islam aus. Würde der neue Stammesverband unter der Führung von Abu Bakr, dem neu gewählten Kalifen der Uma, geeint bleiben oder zu seinen früheren Konflikten zurückkehren? Alte Feindschaften flammten erneut auf, und einige Stämme waren bereit, sich zu trennen.

An diesem Punkt traf Abu Bakr (dessen Herrschaft nur zwei Jahre dauern sollte) eine folgenschwere Entscheidung: Entweder er setzte extreme Gewalt ein, um die Stämme zu einen – und lockte sie gleichzeitig mit reicher Beute durch Raubzüge –, oder er ließ das Erbe Mohammeds für immer verloren gehen.

Er wählte rationale Irrationalität statt liebevoller Vernunft, und die (aus seiner Sicht) erfolgreichen Ergebnisse sind bis heute sichtbar. Der Islam überlebte lange, nachdem die Reiche, aus denen er hervorgegangen war, untergegangen waren.

Wäre Abu Bakr ein wohlwollender Europäer gewesen, würden die Araber Arabiens wahrscheinlich noch heute untereinander Krieg führen – und zwar unter einer vergessenen Form des Polytheismus. So aber führte die Aussicht auf reiche Beutezüge, gepaart mit der abschreckenden Wirkung von Gewalt, zu einem erfolgreichen Reich.

Bei ihren Raubzügen gegen ihre nördlichen Nachbarn in der Levante und Mesopotamien stellten sie fest, dass das Byzantinische und das Persische Reich durch frühere Konflikte so geschwächt waren, dass sie sich zurückgezogen hatten.

Angesichts verlassener Dörfer und verfallender Militärstellungen beschlossen Abu Bakrs Männer, sich dauerhaft niederzulassen. Die zufällige „Eroberung“.

So verstehen insbesondere die Palästinenser und die Araber im Allgemeinen die Macht extremer Gewalt, Frieden zu schaffen. Zumindest zeitweise brachte das arabische Reich Kultur, Bildung, Toleranz, vergleichsweise wenig religiösen Extremismus und einen reichen Frieden in den Nahen Osten.

Das zweite Beispiel ist näher an unserer Zeit. es knüpft an meine frühere Frage zu Saudi-Arabien, den VAE und Syrien an:

Warum gab es so wenig Widerstand gegen die israelischen Aktionen? Warum hat Israel seine Botschaft aus Dublin abgezogen, aber die in Abu Dhabi beibehalten?

Das liegt daran, dass in einem stammeszentrierten, ehrenbasierten Kontext Israels Zerstörung von Hamas, Hisbollah und Iran gebührend zur Kenntnis genommen wurde. Israels arabischen Nachbarn lieben den jüdischen Staat nicht – wie könnten sie auch, wenn er nicht muslimisch ist –, aber sie respektieren ihn, und laut allen psychologischen Studien führt Respekt zu Frieden in rechtsfreien Regionen.

-Glauben Islamisten tatsächlich an Gott? Und warum ist das wichtig?-

Ein letzter Punkt. Manche mögen meine Hypothese aufgrund des Islamismus ablehnen; die fanatische, wahnhafte Ansicht, dass zuerst die islamische Welt und dann die Weltgemeinschaft darüber hinaus nur unter einem aufgezwungenen fundamentalistischen „Islam“ Freiheit finden wird.

Dies setzt voraus, dass der moderne arabische Muslim – anders als die frühe Umma, der Wilde Westen und die gezähmten schottischen Highlands – unfähig ist, seine eigenen Interessen zu erkennen.

Es setzt voraus, dass der unbestreitbare Fanatismus und die Gewalt islamistischer Extremisten der Natur trotzen – dass sie geopolitisch mächtiger sind als Auswirkungen extremer, unverhältnismäßiger, aber völkerrechtskonformer israelischer Gewalt. Dem stimme ich nicht zu.

Die Gefahren des Islamismus und der islamistischen Brutalität werden vom Autor nicht gelehnt, aber der Grund, warum er noch nicht besiegt wurde, liegt darin, dass die zivilisierten Teile der internationalen Gemeinschaft nicht in der Lage oder nicht Willens waren, ihn zu besiegen.

Die Nigerianer wurden durch die Kritik der Menschenrechtsgemeinschaft zum Schweigen gebracht. Die Israelis wurden durch die internationale Delegitimierung zum Schweigen gebracht. Selbst die Saudis wurden wegen des Jemen-Konflikts wiederholt verurteilt.

Doch wenn genügend Gewalt gegen Islamisten angewendet wird, werden sie sich dem Gesetz des Ehrenkodex beugen. Mein Beweis? Syrien. Ein IS-Terrorist als Präsident beugt das Knie.

Die Wahrheit – und das ist eine sehr schmerzhafte Wahrheit für religiöse Leser aller Richtungen – ist, dass niemand mehr an ein direktes Eingreifen Gottes glaubt, zumindest nicht in die öffentlichen, globalen Angelegenheiten.

Selbst islamistische Terroristen wissen genau, dass Gott nicht für sie eingreifen wird – und genau deshalb nehmen sie es auf sich, göttlichen Terror zu verbreiten. In der Vormoderne war es die Furcht vor einem „eifersüchtigen, rachsüchtigen“ Gott, die die Barbaren im Zaum hielt und den relativen Frieden in den Urstaaten bewahrte.

In der Hebräischen Bibel (dem Alten Testament) war es die absolute Angst vor göttlicher Vergeltung, die die ansonsten zerstrittenen zwölf Stämme Israels zu einer homogenen Nation formte.

Dieser Gott, so wird uns berichtet, bestrafte abtrünnige Stockträger am Sabbat, ertränkte die Ägypter im Meer, begrub demagogische Rebellen gegen die Autorität Moses und strafte hasserfüllten Klatsch mit einer lepraähnlichen Krankheit, die den Übeltäter aus dem Lager verbannte.

Würden Sie es wagen, nach dem Anblick eines Gottes von solch gewaltiger Macht, der seine Strafe vollstreckt, den Sabbat zu brechen, schlecht über Ihren Nächsten zu reden oder die politische Autorität Moses in Frage zu stellen? Wohl kaum. Das ist die Macht extremer, gewaltamer Vergeltung. Das ist die übernatürliche Kraft, die nötig ist, um ansonsten verfeindete Stämme im Zaum zu halten, ohne dass sie einander Gewalt antun.

Doch wir müssen nicht nur in der Bibel suchen. Nehmen wir das Merowingerreich im heutigen Frankreich. Sehen Sie, wie die Gottesfurcht die ansonsten brutale, barbarische, brudermörderische, kriegerische und diebstahlverehrende Dynastie Chlodwigs einigermaßen unter Kontrolle hielt. Sie würden es nicht wagen, auf dem ehemaligen Land des heiligen Martin zu stehlen oder ein heiliges Kloster zu entweihen, aus Furcht, die göttliche Hand extremer Gewalt möge sie treffen, geführt von den Bischöfen in ihrer Mitte.

Gregor von Tours, der im bewussten Stil der Hebräischen Bibel schrieb und die Franken als das Neue Jerusalem betrachtete, berichtet von der extremen Bestrafung derer, die es wagten, aus der Kirche zu stehlen. Durch die lebendige, übernatürliche Kraft des heiligen Martin ertranken törichte Diebe auf ihrer verhängnisvollen Flucht aus seinem Kloster. Ob dies historisch korrekt ist oder nicht, eines lässt sich zumindest sagen: Ohne Gottesfurcht wäre das moderne Westeuropa nicht entstanden.

Das Problem mit den Islamisten ist nicht, dass sie mittelalterlich, sondern dass sie modern sind: Sie leben in einem Zeitalter, in dem niemand mehr glaubt (zu Recht oder zu Unrecht), dass Übeltäter vom Blitz getroffen werden. Und zu diesem „niemand“ gehören auch religiöse Fanatiker. Die Tatsache, dass sie die Dinge selbst in die Hand nehmen, zeigt ihren völligen Mangel an Glauben an die Gottheit, der sie sich angeblich verschrieben haben.

Während die Kinder Israels und die Franken der Antike fest an Gott glaubten, führt der Mangel an Glauben bei den Islamisten – und den modernen Fanatikern aller Religionen – dazu, dass sie mit extremer Gewalt vorgehen. Sollten ihre zivilisierteren Feinde jedoch mit noch extremerer Gewalt (selbstverständlich im Rahmen des Völkerrechts) vorgehen, werden sie die Realität der Niederlage akzeptieren. Sie wissen, dass Gott nicht kommen wird, um sie zu retten.

Und so könnte der Frieden im Nahen Osten einkehren. Kein herzlicher Frieden rationaler, vernünftiger Menschen, sondern ein pragmatischer, kalter Frieden, geboren aus der Angst vor Vergeltung. Fragen Sie die Einwohner Arizonas. Sprechen Sie mit den Gelehrten Abu Bakrs. Denken Sie an die Israeliten, die zitterten, als Korach in der Erde verschwand. Es hat schon einmal funktioniert, und mit dem Verständnis der Psychologie wird es wieder funktionieren.

Shalom. Sala'am. Hallo Partner!

KAPITEL 18: Zum Paradigmenwechsel

„EWIGER FRIEDEN“: GESCHICHTE UND HOFFNUNG

„Ewiger Frieden“: Eine Geschichte der Hybris

Trumps „21-Punkte-Plan“ zur Beendigung des Gaza-Krieges wurde von ihm selbst als Anbruch des „ewigen Friedens“ gefeiert. Man kann wohl sagen, dass der Präsident kein Geschichtskenner ist, sonst wäre er nicht in diese hybride Falle getappt.

Wir alle hoffen auf ewigen Frieden. Wir beten täglich dafür in unseren Synagogen, Kirchen und manchen Moscheen. Eine Ära messianischer Glückseligkeit, in der der Löwe mit dem Lamm zusammenlebt und das Kind in der Nähe der Kobrahöhle spielt – oder zumindest, als Vorbote, herzliche zwischenstaatliche Beziehungen, gestützt auf Handel.

Doch das Problem ist nicht der Traum – es ist die Realität im Nahen Osten. Ein kalter Frieden kann durch die Psychologie der Stärke entstehen, aber ein echter Frieden braucht mehr. Es bedarf eines kompletten Paradigmenwechsels.

Niemand bestreitet die Möglichkeit, doch die historischen Präzedenzfälle für „ewigen Frieden“ waren alles andere als vielversprechend (das ist britische Untertreibung). Ein Vertrag mit genau dieser Bezeichnung wurde 1686 zwischen Polen und Russland unterzeichnet. Seine Klauseln beinhalteten die Abtretung Kiews an Russland, und wie alle ironieresistenten Leser wissen, stand der Status dieser Stadt seitdem nie wieder in Frage.

Tatsächlich befinden sich Russland und Polen seither in einem ständigen Konflikt, so dass Polen über ein Jahrhundert lang praktisch nicht mehr existierte. Es wurde sowohl im Kontext des Russischen Reiches als auch der Sowjetunion von Russland besetzt, und bis heute hält Polen es für notwendig, Mitglied eines von den USA geführten Verteidigungsbündnisses zu sein, um einen möglichen Angriff Russlands abzuwehren. Die Ukraine, bekannt für den Kiew-Konflikt, befindet sich derweil in einem existenziellen Krieg mit ihrem immer aggressiveren Nachbarn, der bedrohlich auf ihrem Territorium lauert. Soviel zum Thema ewiger Frieden.

Damit wir nicht meinen, dieses Phänomen sei auf Europa beschränkt, sollten wir uns die Ereignisse des Frühmittelalters in Erinnerung rufen. Dort, im Herzen des nördlichen Nahen Ostens, einigten sich die oströmischen Byzantiner und die persischen Sassaniden schließlich. In einem berühmten Vertrag von 532 n. Chr., der auch als „Ewiger Frieden“ oder „Vertrag des ewigen Friedens“ bekannt ist, vereinbarten der byzantinische Kaiser Justinian I. und der Sassanidenkönig Chosrau I. eine dauerhafte Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den beiden verfeindeten Reichen. Er sollte auf unbestimmte Zeit gelten, doch er hielt bekanntlich nicht lange. Nur acht Jahre später brachen die Perser ihre vertraglichen Verpflichtungen, indem sie ihre Feindseligkeiten gegen das Byzantinische Reich wieder aufnahmen. Vor diesem Hintergrund erscheint es unklug von Trump, seine Diplomatie mit einem vergifteten Kelch zu feiern.

Dennoch soll dies nicht heißen, dass seine Friedensbemühungen unbeachtet bleiben. Zugegeben, er ist von den Reizen eines Friedensnobelpreises motiviert und sein Ego ist so gewaltig wie das des Mongolischen Reiches. Dennoch haben seine Bemühungen bereits zur Freilassung der Geiseln geführt – die Voraussetzung für die erste Phase des Plans. Für diesen Erfolg danken wir ihm herzlich.

Was er jedoch wohl kaum erreichen wird, ist ewiger Frieden. Wie schon im unheilvollen Jahr 532 n. Chr. werden die Feindseligkeiten mit Sicherheit bald wieder aufflammen. Selbst wenn dies nicht geschieht, zeugt es von Israels Stärke im Nahen Osten. Gemäß der im vorherigen Kapitel beschriebenen psychologischen Dynamik kann Entschlossenheit abschreckend wirken – und einen kalten, utilitaristischen Frieden schaffen. Doch das ist nur ein Naturzustand; ein falscher Schritt genügt, um wieder in einen Kriegszustand zu geraten.

Überleben und die Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts sind Welten entfernt von einem harmonischen, ungestörten Zusammenleben, wie ich es unter „ewigem Frieden“ verstehe. Trump lebt vermutlich in einer Traumwelt.

Ist das Zynismus? Sollten wir dem Frieden nicht einfach eine Chance geben? Zugegeben, die Beispiele in der Ukraine und im Nahen Osten sind alles andere als rosig, aber ist es nicht ein Zeichen der Verzweiflung, wie Jeremia aus der Grube zu sprechen?

Ich möchte mit Nachdruck betonen, dass ewiger Frieden zwischen zwei Nationen durchaus möglich ist, und im Laufe dieses Kapitels werden wir ein besonders prominentes Beispiel dafür vorstellen. Im byzantinisch-sassanidischen Fall kam es schließlich tatsächlich zu einer Art dauerhafter Einheit – nur nicht so, wie es sich die beiden Reiche vorgestellt hatten. Mit dem Aufkommen des Islam wurden beide Reiche vollständig zerschlagen, und ihre Gebiete wurden unter dem sanften Schwert des Umayyadenreichs vereint. Dies zeigt uns, dass Frieden möglich ist, aber dazu bedarf es eines beispiellosen Paradigmenwechsels – in diesem Fall der vernichtenden Niederlage beider Mächte durch eine dritte Partei.

-Kants „Ewiger Frieden“ und die kosmopolitische Utopie-

Aber gibt es einen anderen Weg? Kann ein ewiger Frieden (ein warmer, dauerhafter Frieden) ohne die gegenseitige Vernichtung der Kriegsparteien Wirklichkeit werden? In einem berühmten Essay gleichen Namens erörtert Immanuel Kant genau diese Frage.

Der deutsche Philosoph entwarf die Vision einer Welt ohne Grenzen, eines kosmopolitischen „seelenlosen Despotismus“ (seine Worte), in dem Staaten der Vergangenheit angehören. In seinen eigenen Schriften verwirft er die Idee einer Weltregierung, doch die Konsequenz seiner Position macht sie logisch notwendig.

Kant glaubte bekanntlich an den moralischen Universalismus, dass wir allen Menschen als Individuen gegenüber Pflichten haben und dass es verfehlt sei, – wie es andere Philosophien traditionell getan haben – spezifische Pflichten gegenüber Familie, Freunden, Gemeinschaft und Staat aufzuerlegen. Die Folgen dieses Denkens sehen wir heute in der Woke-Bewegung und in der Debatte um offene Grenzen.

Es wäre unangebracht, Kants Essay voreilig abzulehnen, doch als Rezept für ewigen Frieden ist er naiv unzureichend, ja sogar unerwünscht. Eine meiner liebsten Widerlegungen der Kantischen Position stammt von Professor Stephen B. Smith von der Yale University. Erlauben Sie mir, ausführlich zu zitieren:

„Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen haben sich bekanntermaßen als ineffektiv erwiesen, wenn es darum geht, das aggressive Verhalten von Staaten einzudämmen oder zu zügeln, und internationale Gerichte wie der Internationale Gerichtshof in Den Haag sind in ihrer Urteilsfindung äußerst selektiv.“

Es scheint, dass die Abhängigkeit von solchen Organisationen den weiteren Nachteil mit sich brächte, Menschen aus ihren Traditionen und ihren lokalen Gegebenheiten zu reißen, die den meisten Menschen Ehrfurcht einflößen. Im kosmopolitischen Ideal scheint wenig Raum für die Ehrfurcht vor dem Heiligen zu sein. ...

Die Idee des ewigen Friedens beruht darauf, dass das menschliche Leben an sich, unabhängig von der Art des Lebens, ein absolutes Gut ist.

Eine solche Idee kann meiner Ansicht nach langfristig nur zu moralischem Verfall führen, das heißt zu einer Art Unfähigkeit oder Unwilligkeit, sein Leben Idealen zu widmen, den wenigen Dingen, die dem Leben Ganzheit und Sinn verleihen.

Der kosmopolitische Staat – der Weltstaat – wäre die Heimat dessen, was Nietzsche das Letzte nannte.“ ... „Eine Welt, in der nichts mehr wirklich zählt, in der es nichts Wichtiges mehr zu tun gibt, eine Welt der Unterhaltung, eine Welt des Vergnügens, eine Welt ohne moralischen Ernst.“

Dem stimme ich zu. Kants Konzept des ewigen Friedens ist seelenzerstörend und sinnlos – selbst wenn es eine realistische Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Voreingenommenheit und das Mobbing bei den Vereinten Nationen und dem Internationalen Gerichtshof (IGH), auf die der Professor selbst so treffend Bezug nimmt, haben jegliche Träume von dieser Utopie zunichtegemacht.

Die „Weltregierung“ hat sich als *Herrschaft des Mobs* entpuppt.

Wir sind an dem Punkt angelangt, den Hannah Arendt so prophetisch beschrieben hat. Sie erkannte, dass ein auf Verträgen zwischen Staaten basierendes Völkerrecht nicht in der Lage ist, die Rechte von Minderheiten zu schützen, und ging noch weiter, indem sie formulierte, dass eine „Weltregierung“ vor denselben Problemen stehen würde. Selbst wenn das Weltrecht das Recht mit dem Wohl der gesamten Menschheit gleichsetzte:

„...es ist durchaus denkbar und sogar im Bereich des praktisch Politischen möglich, dass eine hochorganisierte und mechanisierte Menschheit eines Tages ganz demokratisch – nämlich durch Mehrheitsbeschluss – beschließen wird, dass es für die Menschheit als Ganzes besser wäre, bestimmte Teile von ihr zu liquidieren.“

So gelangen wir zu dem Schluss, dass eine Weltregierung, selbst wenn sie erreicht würde, ein monumentales Fiasko wäre. Die Menschenwürde von Minderheiten würde in ihrem Inneren erzittern, und nur die großen Weltmehrheiten, darunter die muslimischen Araber der Pax Arabica, würden mit ihren Interessen Gehör finden. Es wäre die „Demokratie“ eines Tyrannen.

Die Vereinten Nationen sind nur die Generalprobe. Eine Weltregierung wäre die eigentliche Inszenierung – und ein Vorbote einer dystopischen Hölle auf Erden.

-George Washington, Führung und der Paradigmenwechsel-

Welche Möglichkeiten bleiben also für den ewigen Frieden? Ist es ein rein utopischer Traum, der nur im biblischen Buch Jesaja erahnt werden kann?

Ist es eine Fantasie, die sich nur durch eine vernichtende militärische Niederlage verwirklichen lässt – und damit weitere Probleme nach sich zieht?

Ich wiederhole: Ewiger Frieden, zumindest zwischen einigen Nationen, ist durchaus möglich, und die Geschichte bestätigt dies.

Dennoch bedarf es eines bisher ungeahnten Paradigmenwechsels. Das beste Beispiel für eine solche Neuausrichtung, die zu zwei Jahrhunderten Frieden und einer nahezu sicheren Aussicht auf ewigen Frieden führte, ist die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich.

Obwohl sie einen erbitterten Unabhängigkeitskrieg führten, dem 1812 ein zweiter folgte, schlossen die beiden Nationen bald Frieden. Warum?

Man könnte die besondere Beziehung leicht mit der Begründung abtun, dass beide Länder englischsprachig sind, ein ähnliches kulturelles Erbe teilen und in den Jahrzehnten vor der Unabhängigkeit sogar ein einziges Land bildeten.

Man darf nicht vergessen, dass der Kriegsgrund die Überzeugung war, die britische Krone im Parlament respektiere die Freiheit der britischen Untertanen nicht.

Trotz der engen Beziehungen zwischen Großbritannien und Amerika vor dem Krieg war der Frieden, den wir bis heute genießen, jedoch kein Naturgesetz. Es waren die Handlungen der jeweiligen Führungspersönlichkeiten – Georg III., John Adams und insbesondere George Washington –, die es den Parteien ermöglichten, zuversichtlich und friedlich in die Zukunft zu schreiten.

Beginnen wir mit Amerikas legendärem ersten Präsidenten. Als man John Adams bat, General Washingtons Talente aufzuzählen, präsentierte der eher belesene John eine kaum verhohlene ironische Liste:

„Talente! werden Sie fragen, welche Talente? Ich antworte: 1. Ein schönes Gesicht. Dass dies ein Talent ist, kann ich anhand tausender Beispiele aus allen Epochen beweisen ... 2. Eine große Statur, wie die des hebräischen Herrschers, der gewählt wurde, weil er größer war als die anderen Juden. 3. Eine elegante Gestalt. 4. Anmutige Haltung und Bewegungen.“

Doch hinter Adams' snobistischem Spott verbarg sich eine wichtige Wahrheit. George Washington besaß die Ausstrahlung eines Generals und die Würde eines Anführers, ohne den dazugehörigen habgierigen Ehrgeiz. Gewiss, er zeigte nicht die Sanftmut eines Moses:

Als der Kontinentalkongress einen Oberbefehlshaber wählte, erschien Washington unmissverständlich in Militäruniform. Er wollte den Posten unbedingt. Doch seine theatrale Kandidatur war von echter Demut geprägt. Als er in Zeitungskarikaturen als Präsident verspottet wurde, geriet der sonst so beherrschte Washington in Wut und beteuerte, er habe das Amt nie gewollt.

Darüber hinaus legte er, in einem völlig beispiellosen und unerwarteten Akt, unmittelbar nach dem Sieg im Unabhängigkeitskrieg sein militärisches Amt nieder.

Dieser letzte Punkt kann nicht genug betont werden. In einer oft erzählten Anekdote reagierte Thomas Jefferson tief schockiert, als Alexander Hamilton seine Bewunderung für Julius Caesar zum Ausdruck brachte.

Es berührte ihn so sehr, dass es zu seiner Lieblingsgeschichte bei Dinnerpartys wurde. Und was war für Jefferson das Problem mit Caesar? Er verkörperte die Summe aller Ängste einer Nation, die den Republikanismus erwog. Die Gründerväter hatten eine tief sitzende, historisch bedingte Sorge: dass ein erfolgreicher Feldherr mit einer loyalen und unbesiegbaren Armee die Macht an sich reißen und zum Tyrannen werden würde. Schließlich war dies die historische Erfahrung republikanischer Regierungen gewesen. Schließlich war dies die Lehre aus Caesars Tod, als er den Rubicon überschritt. Würde dies das Schicksal Amerikas sein?

Als George Washington also von seinem Amt zurücktrat und ins Zivilleben zurückkehrte, wurde er über Nacht zum Helden. Er hatte sich gegen Caesars Vorbild gestellt und war letztlich der machtlose Präsident geworden, den die junge Nation so dringend brauchte. In einem Brief, der die Geschichte veränderte, schrieb Washington:

„Als wir zum Soldaten wurden, legten wir nicht unsere Bürgerrolle ab; und wir werden uns von ganzem Herzen mit Ihnen freuen, wenn die Errichtung der amerikanischen Freiheit es uns ermöglicht, in den Schoß eines freien, friedlichen und glücklichen Landes in unsere privaten Ämter zurückzukehren.“

Endlich war die Stunde des Republikanismus gekommen – mit dem demütigsten aller Generäle, der wusste, wann es Zeit war zu gehen. Alle hatten erwartet, dass Washington die Macht ergreifen würde, doch durch seinen Rücktritt wussten seine ehrfürchtigen Bürger, was zu tun war. Sie brauchten George Washington – ihn und keinen anderen – als Symbolfigur der neuen Nation.

Der Geburtstag des Monarchen sollte nicht mehr gefeiert werden. Stattdessen sollte der demütige, siegreiche General seinen symbolischen Platz als spirituelle Vaterfigur einnehmen. Tatsächlich wurde Washington bereits 1778 als Vater des Landes bezeichnet.

In den Worten von Joanne Freeman:

„Er perfektionierte die Kunst, Macht zu erlangen, indem er sie abgab. ... Er bewahrte ein ideales Gleichgewicht zwischen Ehrgeiz und Bescheidenheit – und dieses ideale und zugleich notwendige Gleichgewicht war in Amerika zu jener Zeit unerlässlich, als die Menschen so große Angst vor Macht, stehenden Heeren, Monarchen, Tyrannen, Diktatoren und all diesen drohenden Gefahren hatten. Und Washington bewies immer wieder aufs Neue, dass er nichts von alledem war.“

Washingtons Rücktritt an jenem Tag veränderte die Welt. Er markierte den Paradigmenwechsel, der für den ewigen Frieden notwendig war, sowohl im Inneren des freiheitsliebenden Amerikas als auch in Bezug auf die Beziehungen zum ehemaligen Mutterland.

Vor dem Rücktritt, als er von dieser beispiellosen Möglichkeit erfuhr, soll König Georg III. gesagt haben, dass ein solcher Schritt Washington zum „größten Mann der Welt“ machen würde. Als es dann tatsächlich geschah, dachte der König vermutlich, er sei Zeuge eines historischen Ereignisses. Ein außergewöhnlicher Akt der Demut, der die Wahrnehmung des amerikanischen Republikanismus in den Augen des britischen Staates veränderte. Er legte den Grundstein für einen dauerhaften Frieden, eine beinahe utopische Vorstellung, die in den folgenden Ereignissen besiegt wurde.

-Als John Adams Georg III. traf: Vergebung, Akzeptanz und Großmut-

Im Juni 1785 sollten wir Zeugen eines historischen Moments werden. Es sollte eine königliche Audienz zwischen König Georg III. und dem Botschafter (späteren Präsidenten) John Adams stattfinden. Wie sollte dieses Treffen verlaufen? Schließlich handelte es sich um ein Treffen zwischen einem Mann, der für die Unabhängigkeitserklärung gestimmt hatte, und einem Opfer ihrer Rhetorik. Es war ein Treffen zwischen den Führern zweier (noch vor kurzem) erbittert verfeindeter Parteien.

Das Folgende stammt aus John Adams' offiziellem Bericht und ist wahrlich bemerkenswert.

John Adams schrieb an König Georg III.:

„Sehr geehrter Herr, ... Es ist mir eine Ehre, Eurer Majestät gemäß ihrem ausdrücklichen Befehl die einhellige Absicht und den Wunsch zu versichern, die freundschaftlichsten und offenen Beziehungen zwischen den Untertanen Eurer Majestät und ihren Bürgern zu pflegen. ... Die Ernennung eines Gesandten aus den Vereinigten Staaten an Euren Hof wird ein historisches Ereignis in England und Amerika darstellen. Ich schätze mich glücklicher als alle meine Mitbürger, die Ehre zu haben, als Erster in diplomatischer Funktion vor Eurer Majestät zu stehen ...“

König Georg III. antwortete:

„Ich möchte, dass Sie, mein Herr, glauben und dass dies in Amerika verstanden wird, dass ich im jüngsten Konflikt nichts anderes getan habe, als das, wozu ich mich aufgrund meiner Pflicht gegenüber meinem Volk unabdingbar verpflichtet fühlte. Ich will Ihnen gegenüber ganz offen sein. Ich war der Letzte, der der Trennung zustimmte, aber nachdem die Trennung vollzogen und unausweichlich geworden war, habe ich stets gesagt, wie ich es auch jetzt sage, dass ich der Erste sein würde, der die Freundschaft der Vereinigten Staaten als unabhängige Macht erwider. ... Mögen die Umstände der Sprache, der Religion und der Abstammung ihre natürliche und volle Wirkung entfalten.“

Die Äußerungen des Königs verdienen besondere Beachtung; denn wenn es sich um die Worte eines Tyrannen handelt, so zeugen sie von einer Tyrannei, die nun in einer Welle realistischer, gelassener Vergebung vergangen ist. Er sagt, dass er, nachdem der Krieg gewonnen und die Unabhängigkeit der USA „unausweichlich geworden“ sei, das Ergebnis des „Konflikts“ ohne Groll akzeptieren würde. Die nun neu gestaltete Beziehung (zweifellos beeinflusst von Washingtons vorheriger Bescheidenheit) ließ ihn einer Zukunft der Freundschaft zwischen den beiden Nationen entgegenblicken. Wahrlich außergewöhnlich! Beispiellos! Unwiederholbar!

Auch John Adams zeigte sich im Sieg von großer Großmut.

Diese beiden Herren weisen uns den Weg zum Frieden.

Im Leben und in der Geschichte sind Konflikte unvermeidlich. Krieg – als letztes Mittel – ist manchmal unausweichlich. Doch nach einem gewonnenen Krieg obliegt es dem Sieger, Anstand zu zeigen, und dem Verlierer, das Ergebnis zu akzeptieren. Auch wenn sie die Schlacht verloren haben, tragen die Besiegten die Verantwortung, in die Zukunft zu blicken und ein gemeinsames Schicksal der Zusammenarbeit und Freundschaft zu gestalten.

-Ein Paradigmenwechsel im Nahen Osten-

Was Adams und der König an jenem Tag erreichten, ist eine Lektion, welche die arabischen Staaten im Allgemeinen und die Palästinenser im Besonderen so beharrlich versäumt haben zu lernen.

Anstatt das Ergebnis des Krieges von 1947–49, den sie selbst begonnen hatten, zu akzeptieren, agierten sie beharrlich aggressiv und feindselig gegenüber dem jungen Staat Israel. Kein Georg III. hat sich erhoben und gesagt:

„Ich war der Letzte, der der Trennung zustimmte, aber nachdem die Trennung vollzogen und unausweichlich geworden war, habe ich immer gesagt, wie ich es auch jetzt sage, dass ich der Erste wäre, der Israel als unabhängiger Macht die Freundschaft entgegennehmen würde.“

Kurz gesagt, es gab keinen Paradigmenwechsel. Stattdessen wiederholt sich die Geschichte. Während die Vereinigten Staaten und Großbritannien also eine glücklich vereinte Familie bilden, sind die Juden und die arabische Welt eine unglücklich entfremdete Familie.

Wenn Donald Trump von ewigem Frieden spricht, ist dieser natürlich möglich, aber er würde voraussetzen, dass die Palästinenser die eben genannten Lehren beherzigen: Akzeptanz, Vergebung und Führung.

Sie müssten aufhören, sich als Vorhut eines größeren arabischen Imperiums zu sehen, und sich stattdessen als eigenständige Nation verstehen.

Sie müssten aufhören, ihre Kinder zu Hass zu erziehen.

Sie müssten aufhören, ihre Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilder zu missbrauchen und unschuldige Menschen für Propagandazwecke zu töten.

Sie müssten die Förderung von Terrorismus durch die berüchtigte „Pay-for-Slay“-Politik beenden.

Sie müssten aufhören, sich als ewige Opfer zu sehen und endlich die Verantwortung für ihre grausame Gewalt übernehmen.

Sie müssten aufhören, sich wie hilflose Kinder zu verhalten – und stattdessen zu selbstbestimmten Erwachsenen mit voller Verantwortung werden.

Sie müssten aufhören, den Konflikt in der Levante als Wiederholung des Algerienkriegs zu betrachten und endlich anerkennen, dass die Juden, anders als die Franzosen, hier zu Hause sind.

Sie müssten aufhören, die Abraham-Abkommen als „Dolchstoß in den Rücken“ zu sehen, sondern als Chance auf eine bessere Zukunft – als Chance für Frieden statt Krieg.

Vor allem aber müssten sie, um es mit Golda Meirs berühmten Worten zu sagen, ihre eigenen Kinder mehr lieben, als sie die Kinder der Juden hassen.

Es wäre jedoch kurzsichtig, den Paradigmenwechsel allein auf die palästinensische Avantgarde zu beschränken.

Sie ist nur ein kleiner Teil des Puzzles. Dieser Konflikt wird von jenen verschärft, die vorgeben, im Namen der „palästinensischen Selbstbestimmung“ zu handeln.

Von UN-Organisationen, die Hamas-Lehrer beschäftigen, über die manisch Israel-fxierte (und die Minderheiten des Nahen Ostens ignorierende) UNO bis hin zu den Medien, die Terroristen-Propaganda nachplappern, und den Professoren, die „Widerstand“ propagieren: es existiert ein ganzes Ökosystem des ewigen Krieges.

Westliche Demonstranten, die für einen „sofortigen Waffenstillstand“ werben und diesen dann im Namen eines imaginierten „Völkermords“ untergraben, sind nichts weiter als Fußsoldaten der totalitären, universalisierenden Mentalität der Pax Arabica.

Und apropos Pax Arabica: Die arabischen Staaten selbst müssten sich zu Nationen wandeln. Zu echten Ländern mit echten Geschichten. Zu engagierten Bürgern, die das nationale Interesse verfolgen. Zu Unternehmern, die nach Innovationen streben, und zu Bürgern, denen das Wohl ihres Landes über alles geht.

Ein arabischer Staat zu sein, müsste mehr bedeuten als nur eine weitere Stimme bei den Vereinten Nationen. Es müsste bedeuten, dass die Bevölkerung regiert, durch das Volk und für das Volk regiert; dass sie stolze nationale Kapitel ihrer Geschichte schreibt; dass sie Regierungsexperimente nach dem Vorbild der amerikanischen Gründerväter wagt.

Anzeichen dafür sehen wir bereits im Mut von Sadat und Zayed und in der Behauptung, dass das marokkanische Nationalinteresse in der Westsahara Vorrang vor panarabischen Belangen hat. Was ist der Konflikt zwischen Marokko und Algerien anderes als ein Kampf zwischen einer aufstrebenden Nation und einem sterbenden panimperialen System?

Doch damit der Traum von einer echten Dekolonialisierung Wirklichkeit werden kann, braucht es mehr als nur Führungspersönlichkeiten – mehr als den Traum von Wirtschaftswachstum im Zeitalter nach dem Erdöl.

Wir brauchen die Zustimmung der arabischen Bevölkerung selbst.

Der Araber muss für das Bewusstsein seiner Nation erzogen werden. Er muss für die Staatsbürgerschaft erzogen werden. Er muss für Toleranz, religiöse Vielfalt und Respekt vor Minderheiten erzogen werden. Er muss zu Frieden durch Wohlstand und Brüderlichkeit erzogen werden.

Er muss sowohl Er als auch Sie werden.

Eine gewaltige Aufgabe, aber genau diesen Paradigmenwechsel brauchen wir.

Und schließlich – ja, endlich – müssen wir die Wahrheit zu unserem höchsten Ziel machen. Nicht irgendeine personalisierte Version von „Gerechtigkeit“. Nicht irgendeine Dringlichkeit, jetzt sofort Frieden zu wollen. Und schon gar nicht irgendeinen widerlichen Traum von Israels Vernichtung. Nur die Wahrheit, die absolute Wahrheit, wird uns befreien.

Wir können nicht länger Märchen über ein palästinensisches Volk akzeptieren, das auf die Kanaaniter zurückgeht. Wir können nicht länger ein palästinensisches Nationalbewusstsein erfinden, das bis ins Jahr 1948 zurückreicht. Wir können nicht länger die vollständige Vertreibung von Minderheiten aus dem Irak nach Algerien als wahre Unabhängigkeit und Dekolonialisierung betrachten. Wir können nicht länger den nasseristischen Traum vom Panarabismus als „Freiheit“ ansehen.

Viel zu lange haben wir Lügen als Abkürzung zu einem utopischen Frieden akzeptiert. Wir haben nach einer „Zwei-Staaten-Lösung“ und nach einem „sofortigen Frieden“ gefragt.

Wir haben allen ahistorischen Behauptungen der Palästinenser zugestimmt, in der Hoffnung, „endlich miteinander auszukommen“.

Am schlimmsten ist jedoch, dass wir Wörter verdreht, „Völkermorde“ erfunden und fadenscheinige Gerechtigkeitsforderungen gestellt haben. Deshalb müssen wir nun im Nahen Osten, an den westlichen Universitäten und anderswo zu den Grundlagen der Zivilisation zurückkehren. Wir müssen die Wahrheit fordern.

Und was ist die höchste Wahrheit? Dass es zwar universelle Ideale gibt; dass es zwar universelle Prinzipien gibt, die unabhängig von Ethnie oder Geografie gelten; dass sie sich aber nur in der spezifischen Geschichte einer bestimmten Nation und in einem legitimen Staatswesen verwirklichen können, das die gesetzlich verankerte Freiheit des Einzelnen achtet. Gott zerstreute die Erbauer von Babel nicht ohne Grund: Sie strebten nach einer eintönigen, totalitären Vereinheitlichung der Welt. Sie strebten nach dem, was jeder utopische Ideologe anstrebt: Mein Weg oder dein Tod. Meine Form der „Gerechtigkeit“ oder deine Vernichtung. Von Hitler über Stalin und die spanischen Katholischen Könige bis hin zur Pax Arabica – letztere in ihren nasseristischen und islamistischen Ausprägungen – war dies ihr Traum und unser Albtraum. Uns blieben nur zwei Möglichkeiten: Konversion oder Tod.

Wir lehnen diese Wahl ab. Wir leben. Wir leben nach unseren eigenen Vorstellungen. Das ist das Fundament des jüdischen Volkes, das die Pax Arabica so vehement herausfordert. Das ist das Fundament des angloamerikanischen Westens. Erst wenn sich der Nahe Osten der angloamerikanischen Freiheit im Nationalstaat ergibt; erst wenn der angloamerikanische Westen seine gesegneten Grundlagen wiederentdeckt; erst dann wird der Paradigmenwechsel endlich kommen.

Es war der Prophet Jesaja, der das ewige Problem aufdeckte:

„Wehe denen, die Böses gut und Gutes böse nennen, die Finsternis für Licht und Licht für Finsternis halten, die Bitteres für Süßes und Süßes für Bitteres halten!“

Es war der Prophet Jesaja, der die Hoffnung darlegte:

„Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern schmieden. Kein Volk wird mehr gegen ein anderes das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr üben.“

Es war der Prophet Jesaja, der die Lösung aufzeigte:

„Er wird zwischen den Völkern richten und Streitigkeiten für viele Nationen schlichten.“

Um ewigen Frieden zu erlangen, müssen wir die Existenz vieler Nationen und Völker anerkennen. Wir müssen die Hoffnung auf Frieden annehmen, in dem Streitigkeiten endgültig beigelegt werden und „Friedensabkommen“ nicht bloß als taktische Pause verstanden werden. Wir müssen eine objektive Gerechtigkeit und ein objektives Urteil über Worte und Taten anerkennen. Wir müssen eine universelle Wahrheit anerkennen, aber auch die Vielfalt nationaler Herangehensweisen. Es gibt keinen einfachen Weg zum Frieden, doch der Weg dorthin könnte so viel leichter sein.

Frieden wird eintreten, wenn Universalisten jeglicher Couleur – ob religiös oder atheistisch, ob intellektuell oder nicht, ob katholisch oder muslimisch, ob westlich oder nahöstlich – die Wahrheit anerkennen: die Wahrheit der Worte, die Wahrheit der Geschichte, die Wahrheit des anglo-hebräischen, von Locke geprägten liberalen Staates für das menschliche Gedeihen in einer vielfältigen Welt.

Das ist der Paradigmenwechsel, den wir brauchen. Vielleicht zu viel, als dass der Präsident seine Reputation dafür aufs Spiel setzen könnte? Sehr wahrscheinlich. In der Zwischenzeit müssen wir uns mit einem kalten Frieden begnügen, vermittelt durch die Psychologie der Stärke.

Doch wir dürfen den Traum Jesajas niemals aufgeben. Wir müssen ihn lehren, wir müssen ihn verbreiten und wir müssen ihn fest im jüdischen Kontext einzelner Nationalstaaten verankern. Wir müssen ihn dem faden und gefährlichen Universalismus der Vereinten Nationen, des Kosmopolitismus, des Nasserismus und des Islamismus entreißen und ihn nach Zion zurückbringen.

Im nächsten und vorletzten Kapitel träumen wir den Traum. Von einer Levante jenseits des Imperiums. Von einem Zion im Zeitalter nach der Pax Arabica.

Wird es Wirklichkeit?

Wir dürfen träumen.

Wir dürfen hoffen.

KAPITEL 19: Zur postimperialen Zwei-Staaten-Lösung

DARF ICH VORSTELLEN : LEVANTIA

„Von allen Menschen, denen wir begegnen, sind neun von zehn durch ihre Erziehung zu dem geworden, was sie sind – gut oder böse, nützlich oder nicht. Das ist es, was den großen Unterschied zwischen den Menschen ausmacht.“ [John Locke in „Einige Gedanken über die Erziehung“¹]

Ein neues Kapitel für LEVANTIA

Dieses Kapitel ist nicht ironisch gemeint. Es ist bitterernst. Und weit davon entfernt, aus Boshaftigkeit gegenüber den Menschen im Westjordanland/Gaza geschrieben zu sein, entspringt es dem aufrichtigen Wunsch, ihr Leben zu verbessern. Indem wir den unten beschriebenen mutigen Weg beschreiten, werden wir eine bessere Zukunft für alle Bewohner der Levante schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine Vorstellungskraft, die die verkümmerte, alternde Führungselite der Welt übersteigt – und eine Reife, die an Universitäten in den Vereinigten Staaten fehlt. Vor allem aber müssen wir der Realität ins Auge sehen; mit dem Tod ringen und ihn besiegen.

Also, haltet euch bereit. Öffnet eure Herzen. Und lasst uns beginnen.

Eine Zwei-Staaten-Lösung ist für Israels Sicherheit und demokratische Zukunft unerlässlich. Doch damit dieser Traum Wirklichkeit werden kann, darf der zweite Staat nicht Palästina heißen. Er würde zwar aus Palästinensern bestehen, aber sie wären nicht mehr Palästinenser. Er läge zwar im Westjordanland und im Gazastreifen, würde aber nicht Palästina heißen. Für ein friedliches Ergebnis ist ein vollständiger Wandel notwendig, und hierfür gibt es ein klares Beispiel: Nazi-Deutschland wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Bundesrepublik Deutschland umbenannt. Gleiche Bevölkerung. Gleches Gebiet. Ein völlig anderes Land. Die Flagge wurde drastisch verändert. Und die Leitideologie noch viel stärker. Das Ergebnis war außergewöhnlich: Europas erfolgreichste Nation.

Die Geschichte zeigt, dass Palästina in den letzten hundert Jahren nie Frieden gesucht oder sich ernsthaft an Friedensverhandlungen beteiligt hat. Jeder Fortschritt wurde mit Schweigen oder, schlimmer noch, mit offener Ablehnung und blutiger Gewalt beantwortet. Zu glauben – wie es scheinbar jeder amerikanische Präsident tut –, dass nur sie den Schlüssel zum Frieden besitzen, grenzt bestenfalls an Selbsttäuschung, schlimmstenfalls an Messianismus.

Ich mache nicht so sehr den einzelnen palästinensischen Bürger verantwortlich, sondern vielmehr die vorherrschende Kultur. Wir alle haben für toxische Unternehmen gearbeitet, und diese Toxizität ist uns in Fleisch und Blut übergegangen. Lieblose Ehen haben Sanguiniker zu Monstern gemacht, und unfreie Gesellschaften haben mit ihrer „Ruhe“ in den Wahnsinn getrieben. Palästina ist ein System, das unschuldige Kinder zu Instrumenten des Hasses macht, und wir müssen den Mut haben, Hier und nicht Weiter ! zu sagen.

Es gibt viele freundliche, friedliebende Palästinenser. Daran besteht kein Zweifel. Und es gibt viele Aspekte ihrer Alltagskultur, die von großem Wert sind; wie in allen Kulturen und in allen menschlichen Gemeinschaften. Doch der Begriff „Palästina“ ist so sehr von gewalttätigem Ablehnungsdenken, Märtyrerkult, Scheinwiderstand und Lügenverbreitung durchdrungen, dass der gewöhnliche, anständige Palästinenser keine politische Stimme hat, um seine Werte zu vertreten. Und das von der UNO finanzierte „Bildungssystem“ verwandelt potenzielle Gandhis in Hannibal Lecter – und das in einem erschreckend hohen Tempo. Es reicht!

Damit die Palästinenser ihr unbestreitbares Potenzial entfalten können; damit Feinde zu Freunden werden; damit wir dem drohenden Untergang den Frieden entreißen können, schlage ich eine neue politische Vision vor: einen zweiten Staat, befreit von der Last des arabischen Imperialismus, des islamistischen Terrors, der „marxistischen Revolution“ und des Wahnsinns im Nahen Osten. Ein Staat, der nur : „Levante“ heißt.

Levantia ist mehr als ein Name. Es ist eine gemeinsame Zukunft voller Hoffnung.

-DER NAME-

„Aber die Philister ergriffen ihn und stachen ihm die Augen aus. Dann brachten sie ihn nach Gaza hinab, fesselten ihn mit bronzenen Ketten zur Plackerei im Gefängnis“ [Das Buch der Richter 16,21). Die Gazaner entführen Samson und nahmen ihn als Geisel. Samson war zuvor im Friedenslager gewesen, nachdem er gegen den Willen seiner Eltern eine Philisterin geheiratet hatte.]

Der Name Levante ist weder von der Geschichte noch von der Religion inspiriert. Er basiert allein auf der geografischen Lage des Staates: der Levante. Der später gewählte Name „Palästina“ war in mehrfacher Hinsicht verfehlt. Als lateinischer Name, mit dem die Römer in kolonialistischer Absicht die jüdische Verbindung zum Land auslöschen wollten, verfolgt das moderne Palästina genau dieses Ziel.

„Levante“ hingegen ist eine unschuldige Bezeichnung, die zum Ausdruck bringt, dass Menschen auf einem geografischen Gebiet leben und – wie alle Menschen – ein Recht auf Freiheit in dem Land haben, in dem sie geboren wurden.

Darüber hinaus weckt der Name Palästina Assoziationen mit den „Philistern“. Die Vorstellung, dass die Palästinenser – eine Gemeinschaft aus Arabern aus Arabien, christlichen Kreuzfahrern aus Europa, Afrikanern, Armeniern, ägyptischen Einwanderern des 19. Jahrhunderts und sogar Nachkommen von Mongolen – die direkten Nachkommen eines Mittelmeervolkes von vor dreitausend Jahren sein sollen, obwohl sie nicht vor dem letzten Jahrhundert kollektiv als „Palästinenser“ bezeichnet wurden, ist schlichtweg absurd.

Ganz abgesehen davon, dass sie der Vorstellung, Palästinenser seien ein arabisches Volk, völlig widerspricht.

Schlimmer noch: Sie stellt eine unglückliche Verbindung zwischen den heutigen Palästinensern und einem antiken Volk her, dessen Name im Englischen gleichbedeutend mit Ignoranz und Brutalität ist. Laut Bibel verfolgten und attackierten sie das Volk Israel unaufhörlich und ermordeten einen jüdischen Propheten mitten im Gazastreifen. Oh je. Das ist – wagen wir es – bedauerlich, und die Assoziationen sind, gelinde gesagt, unangenehm.

Palästina, seit jeher gleichbedeutend mit der Auslöschung der Juden und der gnadenlosen Geschichtsfälschung, ist kein Name für eine neue und hoffentlich friedliche Nation. Das sanft geschwungene Levante hingegen erinnert an Mittelmeerhandel, Seefahrt, Wohlstand, Toleranz, sprachliche Entwicklung, kulturellen Austausch und die Vermischung der Religionen. Ohne historische Ansprüche und zukunftsorientiert. Verkörperte Würde.

Mit Blick auf die Welt jenseits des Sichtbaren werden Reichtum und Wissen bald in die verdienten Hände des levantinischen Volkes fließen.

-DIE FLAGGE-

Die Flagge der Levante wäre eine horizontale Trikolore in Blau, Gold und Blau. Die Gründe dafür werden noch erläutert. Doch zunächst: Warum ist die aktuelle Flagge so problematisch?

Fast identisch im Design mit denen des Sudan und Jordaniens, zeigt die palästinensische Flagge die Nation als bloßen Außenposten des arabischen Imperiums; eines Imperiums, das für seine Vereinheitlichungstendenzen, die Unterdrückung von Minderheitenstimmen, die Unterdrückung von Unfreiheit und seinen Eroberungsdrang steht.

Darüber hinaus stellt die „Nationalflagge“ mit ihrem linksseitigen Dreieck eine direkte Verbindung zu den Flaggen „revolutionärer“, *marxistischer* Regime her, die für ihre expansionistische Politik, Gewalt, tyrannische Herrschaft und ihren Hass auf die Demokratie bekannt sind.

Levantia hingegen würde einen Neuanfang symbolisieren. Ein unbeschriebenes Blatt. Eine *Tabula rasa*, wie John Locke es ausdrücken würde.

Das Blau oben und unten würde in Anlehnung an den israelischen Nachbarn gewählt und so mit den Wunsch nach friedlichen Beziehungen und einer gemeinsamen Zukunft signalisieren. Wie bei der israelischen Flagge stehen die blauen Streifen für den Jordan und das Mittelmeer, die beide Nationen verbinden.

Der goldene Kern der Flagge verweist auf die Wüstenherkunft der arabischen Sprache und Kultur. Das Verhältnis von Blau zu Gold von 2:1 verdeutlicht die Ausrichtung der Nation: nach außen zum Mittelmeer und seinem vielversprechenden Versprechen der Toleranz. Frei von religiösem Einfluss – und die symbolische Freiheit der endlosen Wüste und des offenen Meeres verinnerlichend – wäre Levantien bereit, einen liberal-demokratischen Weg einzuschlagen.

Die Levantiner würden die geografischen (aber nicht historischen) Erben der Küstenvölker der Levante werden. Wie schon die Phönizier vor ihnen, wäre der Nahe Osten für sie lediglich ein Tor zum Handel mit der ganzen Welt – und sie würden sich in Literatur und Philosophie ergehen.

EINE ZUKUNFT

Mit einer solchen Nation gäbe es nicht nur Frieden, sondern auch Wohlstand. Levantien wäre zusammen mit Israel unaufhaltsam. Eine Innovationshauptstadt. Ein Licht für die anderen Nationen.

Werden sie es also tun? Werden sie die arabische Last abwerfen und zu einem mediterranen Volk werden, wie die Philister, von denen sie sich abstammen? Ja, es ist möglich. Aber nur, wenn der *Palästinismus*, dieses Gefäß gewaltsamer Ablehnung und grundlosen Hasses, zerbrochen wird, um diesem lange leidenden Volk neue Hoffnung zu geben.

Alles dreht sich um Symbole. Spüren Sie nicht auch den Unterschied, wenn Sie den Namen Levantia hören? Und weckt die Flagge nicht sofort Hoffnung und lässt Sie vor Freude singen?

Warum erkennt die internationale Gemeinschaft anstatt Palästina nicht die Levante an?

Beide Länder existieren derzeit praktisch nicht, doch zumindest ist dies ein Symbol, das Anerkennung verdient; eine Hoffnung, deren Verwirklichung wir ungeduldig erwarten. Während der Gedanke an ein islamistisches Palästina selbst die Saudis erschaudern lässt, würde die Levante allen eine neue Zukunft eröffnen. Und vor allem den Menschen in der Levante selbst.

Kapitel 20: Vom Ende des Großen Spiels

EIN EPILOG ZUM EMPIRE

„Wenn Du die unerbittliche Minute füllen kannst/ mit sechzig Sekunden Laufstrecke / dann gehört dir die Erde und alles, was darauf ist, und – was noch viel mehr ist – du wirst ein Mann sein, mein Sohn!“

(Rudyard Kipling, „Rewards and Fairies“, 1910)

Wir Briten

Das Große Spiel hat begonnen. Das Abenteuer ist unaufhaltsam in Gang gesetzt. Wir müssen nicht länger in einem von Gesetzen gefesselten Land im Elend verharren.

Wir müssen nicht länger in einer von Klassengegensätzen zerrissenen Nation verzweifelt schmollen. Dort, jenseits des Meeres, werden wir frei sein – nach Gold zu graben, Reichtum in der Sonne zu erwerben, uns in einem kaum besiedelten Land niederzulassen.

Unsere Familie wird uns nicht mehr befehlen. Wir werden unseren Status selbst bestimmen. Der verstaubte Konservatismus der Heimat wird der Vergangenheit angehören.

Wir kamen mit Hoffnung im Herzen nach Arabien – um Sinn in einer Welt des Kapitals zu finden, um Abenteuer zu erleben, wo uns der Darwinismus die Handlungsfähigkeit geraubt hatte.

Die Wissenschaft mag behaupten, wir stammten von Affen ab. Pah! Sie irrt sich. Denn obwohl wir als Individuen an diese Bürde gebunden sind, sind wir keine Individuen. Wir sind Funktionen. Wir sind Rädchen im Getriebe des großen Plans der Geschichte. Was Er anstrebt, wer sind wir, das zu sagen? Doch in seinen Sog zu geraten, bedeutet, in die Begeisterung von Sinn und Ziel katapultiert zu werden.

Als wir die Küsten jener grauen Insel verließen, wo wir durch ein Gewohnheitsrecht, eine freie Presse und ein einmischendes Parlament gefesselt waren, wo wir unter Jahrhunderten angehäufter Nationalität gelitten hatten, fanden wir endlich Frieden. Die Angst ließen wir an der Grenze zurück; die Ohnmacht erstickte in den smogverhangenen, hoffnungslosen Straßen.

Wir waren gerade einmal 28, als wir dort ankamen – voller Tatendrang durch den Wüsten-sand. Wir waren noch jung, doch unsere Mission wurde von der Geschichte selbst benannt. Derselben Geschichte, die den heiligen Georg antrieb, den Drachen zu töten; die seine Nachkommen dazu bringt, es ihr in fremden Ländern gleichzutun. Ich war nicht ich. Ich war wir. Wir alle sind es – all jene, die sich dem Willen des Spiels opferten.

Unsere Mission war es, die Araber für die Briten zu gewinnen – sie gegen ihre türkischen Herren zu vereinen. Doch ich war weder Brite noch Araber. Ich war eine Spielfigur in einem Spiel, das ich nicht verstand. Ich war eine Spielfigur, die ihre Kindheit ausleben konnte. Eine Spielfigur brauchte kein Alter. Ich wurde in einem Wirbelwind der Begeisterung zu einem Wir; Hagens Geschichte wurde sichtbar.

Die Nation, für die wir kämpften, war nicht Großbritannien – das war ein Land der Demokratie, des allgemeinen Wahlrechts, des Rechts und der Menschenrechte. Wir verließen dieses Land, um in seinem Namen zu dienen, aber seine Gebote zu missachten. Dort, jenseits des Meeres, konnten wir in einer Welt unserer Fantasie leben – Lord Cromers Welt –, einer Welt geheimer Bürokratie, in der jeder Beamte ein Werkzeug der Willkür war; ein Gesetz für sich.

Dort, in Großbritannien, wo Debatten offen und Diskussionen frei sind, wird der Mensch von Regeln, Präzedenzfällen und Prinzipien erstickt. Hier, in Cromers Ägypten, in Rhodes' Afrika und Lawrences Arabien, gibt es keine Gesetze – nur eine Nation, die in unseren Köpfen existiert. Wir, die idealistischen Träumer und der tobende Mob, können endlich unsere Vision von „Patriotismus“ ausleben, wo das geschriebene Recht tot ist und nur noch der Willkür-wille der Bürokratie herrscht – ein Beamtentum, das sich nicht an das reale Großbritannien hält.

Im eigenen Land Beamter zu sein, bedeutet verlorene Tugend; den besitzenden Klassen ohne Ehre zu dienen; zwischen Fraktionen zu vermitteln, die nur sich selbst treu sind.

Der Adel ist eine verdienstlose Kaste, die Arbeiter sind egoistisch und die Bourgeoisie ist vulgär. Wir sollten den Staat vertreten, nicht das Volk; das geeinte Land über dem Mob. Aber es gibt kein Land! Nur Klassenunruhen und endloses Streben.

So flohen wir – nach Cromers Ägypten, nach Rhodes' Afrika. Dort waren wir, die Patrioten von La Mancha, und kämpften gegen die Fesseln der Langeweile mit einem imaginierten „Großbritannien“. Manche von uns flohen mit Idealen – die Anhänger von Kiplings Legende. Andere zogen als Schläger los, um das Verbrechen zu bekämpfen. Wieder andere expandierten um der Expansion willen; sie wollten die Planeten annexieren, wenn sie könnten. Nur so konnten wir eine Nation mit einem Ziel vereinen – Expansion! –, um dem Sinn wieder Bedeutung zu verleihen.

Doch wie sehr wurden wir unterdrückt! Immer und immer wieder wurden wir unterdrückt – von „unserem“ Parlament, „unserer“ Nation, jenen „Prinzipien“-Scharlatanen, denen wir zu entkommen suchten. Oh, wie sehr haben uns diese „edlen“ Abgeordneten verraten! Sie stilisierten sich zu einem „imperialen Parlament“ auf, das unsere Launen zügeln wollte – ja, sogar die unterworfenen Völker vertreten wollte!

Sie verstanden es nicht. Sie würden es nie verstehen! Hinter ihrer Prahlgerei verbarg sich Ignoranz. Unser Ziel war nie Herrschaft oder Eroberung. Wir waren nie die Nachfahren Roms, noch die großen Prätendenten – die „Zivilisierer“ – Frankreichs. Wir hatten kein Ziel, kein Motiv, keinen eigenen Willen. Wir waren Gefäße des Willens der Geschichte. Wir suchten Ruhm nicht um unserer selbst willen, sondern für unseren Herrn.

Die Geschichte, der neue Gott, trieb uns an. Wer waren wir, ihren Zweck zu hinterfragen, einen Sinn darin zu ergründen? Wir handelten einfach – im doppelten Sinne des Wortes. Wir sprachen im Namen einer Nation, die die Geschichte mit dem Recht bekämpfte, doch wir waren nichts als Spione für Hegels Gott. Unser Britannien war nicht das wahre Britannien – es war Geschichte in Rot und Blau.

Unser Zeitalter – das Zeitalter der Geschichte – war die Jugend. Wir strebten nicht nach Despotismus, sondern nach dem Zaubertrank einer unbekannten Zukunft. Das Große Spiel musste eines Tages enden – Britanniens Expansion ebenso –, aber wir lebten, und das Leben war zum Leben da.

Unsere Methode – die Methode der Geschichte – war Distanz. Bürokratische Distanz. Wir wollten weder Hindus bekehren noch Muslime zu unseren Bräuchen. Indiens Kultur konnte fortbestehen, nicht aber das Recht. Das Recht war Sache Londons. Geheimhaltung – Verschwiegenheit und Diskretion – war unsere Welt; die panische Welt des Empires.

Doch es gab einen Preis, einen Preis in Form von individuellem Ruhm. Wir waren nicht länger Lawrence, Smyth oder Harrington. Unsere Individualität wurde von der kollektiven Bürokratie verschlungen. Unsere Triumphe und unsere Fehler – sie gehörten nicht uns allein. Sie gehörten uns. Wir waren eins, nicht mit unserer Nation, sondern mit der Geschichte. Das Leben selbst strömte durch unsere Adern.

-Wir, die Araber-

Einst waren wir Briten, doch zuerst – und nun wieder – sind wir Araber. Und doch bleiben wir wir – die Gestalter der Geschichte, die idealistischen Ritter der Legende. Jene Briten brachen von ihrer Insel hervor, während wir aus der Wüste hervorbrachen. Wir waren beide für die Welt so bedeutungslos wie Pluto für die Sonne.

Wir stammten beide von den Enden der Erde – sie (buchstäblich) aus England, wir jenseits der Reichweite der Römer und Sassaniden. Doch „sie“ und „wir“ wurden zu „Wir“, als wir unsere individuelle Bedeutungslosigkeit ablegten und uns in den Strömungen der Geschichte verloren.

Abu Bakr trat hervor, Umar herrschte majestätisch und Mu'awiya begründete unseren Ruhm. Von Spanien bis Sindh eroberten wir die Erde und wurden selbst Geschichte. Wir wussten weder, wo die Expansion enden noch welchen Zweck sie hatte. Es kümmerte uns nicht, denn die Begeisterung über eine „Bedeutung“ trug uns voran.

Auch wir waren eine bunte Mischung aus Idealisten und Schurken; derjenige, der Träume jenseits des Konventionellen hatte, vereinte sich mit dem Plünderer, der eine goldene Gelegenheit ergriff. Uns alle verband eine Macht, die unser Verständnis überstieg. Manche nannten sie Gott. Andere das Wort des Propheten, das sich offenbart hatte. Doch nun begreifen wir, dass es Geschichte war, die geheimnisvolle Geschichte, die große Bühne, auf der wir – und Macbeth – Akteure sind. Es steht uns nicht zu, nach dem Warum zu fragen. Wir sind zum Handeln aufgerufen und müssen es tun.

Es ist glorreich, zu expandieren, mächtig zu sein und Reichtum jenseits aller gierigen Träume zu erlangen. Doch weit jenseits bloßer Tand lag der wahre Preis: Teil von etwas Größerem zu sein. Und nicht von irgendetwas. Geschichte!

Die Moderne zerstörte die Araber, wie sie die gelangweilten Engländer lähmte. Es musste mehr geben als Wissenschaft, Biologie, die Individualität des Hundes im Kampf gegen den anderen.

Wir sind keine Affen, sondern Akteure – Schauspieler im Amphitheater der Götter. So beschlossen wir, das Große Spiel weiterzuspielen.

Araber zu sein bedeutet, Geschichte selbst zu sein. Als die Engländer noch Wilde waren, schritten wir mit der Würde eines Kolosses über diese Erde. Algebra, Arithmetik, Wissenschaft und Bildung.

Der Ruhm der Abbasiden war nur eine weitere Etappe auf unserem Weg zum Schicksal. Wir waren kein rückständiges Wüstenvolk mehr. Wir waren eine Zivilisation! Ein Licht für die Völker, das alles übertraf, was die Juden erreicht hatten. In unserem Ruhm waren wir großmütig. Wir nahmen Wissen von überall her an – von Aristoteles, dem Griechen, bis zum Gesetz des Mose. Doch all ihre Lehren waren nur eine Probe – eine Zwischenstation auf dem Weg zum historischen Ruhm.

Wir wussten nicht, wohin wir gingen, aber dass wir gingen, daran hatten wir keinen Zweifel. Araber zu sein bedeutete, mit Arroganz zu erobern und mit Weisheit zu herrschen. Ach, wieder ein Mensch zu sein!

Die Demütigung der Historie

Und nun hier zu sitzen, in den Trümmern unserer Zivilisation: Das können wir nicht hinnehmen. Was auch immer die Geschichte für uns geplant hatte, es kann nicht dies gewesen sein: einen Engländer auf den Thron Ägyptens zu setzen; den Türken durch die Hand eines Europäers zu besiegen. So sollte es nicht sein.

Und dass der Jude, das Licht, das die Geschichte selbst ausgelöscht hatte, nun wieder aufleuchtet und uns alle in seiner Flamme verzehrt? Das ist die Demütigung selbst: die Rückkehr von kollektiver Hybris zur erbärmlichen Individualität.

Die Rückkehr der Kriegerjungen in die graue Tristesse von Chingford. Einst waren wir Männer – wir Araber, wir Erbauer von Imperien, wir Diener der Geschichte – was ist aus uns geworden? Individuen. Affen. Bedeutungslose Spielbälle des genetischen Determinismus.

Das darf nicht sein! Können wir wirklich nicht die Gestalter der Geschichte sein? Können wir wirklich glauben, dass die Geschichte gleichgültig gegenüber unseren Wünschen und fernab unserer Sehnsüchte ist? Geschichte muss einen Sinn haben – das Leben muss einen Sinn haben – und wenn nicht, werden wir ihm einen geben!

Diese Konservativen in Saudi-Arabien, diese alten Männer in ihren altmodischen Gewändern, sie haben vergessen, was es heißt, ein Junge zu sein – niemals erwachsen werden zu wollen.

Wir, die testosterongeladenen Massen, wir, die jungen Männer in Scharen, die von nichts anderem träumen als von Pan, wir fordern Abenteuer! Wir fordern das Recht, die Welt nach unserem Bild zu formen. Die Gesetze der Al-Saud bedeuten uns nichts! Wir suchen die Flucht. Wir fordern das Recht, die Welt zu verändern, die Macht zu ergreifen, die primitiven Völker mit der Macht unseres eigenen Totalitarismus zu beherrschen. Das ist unsere Revolution – und wenn die Geschichte uns nicht hilft, werden wir selbst zum Schwert greifen.

Wir haben aus den Fehlern der Briten gelernt, die (törlicherweise) zuließen, dass die Nationalstaatlichkeit den wilden Drang des Abenteurers zügelte. Wo immer die imperiale Verwaltung auch hinkam, wurde sie von der gesetzestreuen Nation in der Heimat gefesselt. „Verwaltungsmassaker“ wurden verurteilt. Abgeordnete, Missionare und allerlei Gutmenschen versuchten, jenen die Hände zu binden, die sich in expansionistischen Orgien ergingen.

Wir Araber kennen solche Skrupel nicht. Kein öffentlicher Dienst, keine Eisenbahn, keine Post wird in unserem Gefolge zurückbleiben. Alles wird zu Asche werden. Entweder wir werden die Werkzeuge der Geschichte sein, oder die Geschichte wird sich unserem Willen beugen. Wir sind Götter! Wir sind die letzten Boten!

-Die Geschichte erobern-

“Record, oh History! Revolution is our creed, Revolution is our motto!” (Julia Boutros, singing Wein al Malayeen)

„Schreibe auf, oh Geschichte! Revolution ist unser Credo, Revolution ist unser Motto!“

Die Briten waren mit einer Nation belastet, doch wir haben keine Nationen. Wir haben staatenlose Staaten, regiert von verkümmerten Königen, die sich dem Willen des stagnanten Westens beugen.

Die Briten waren mit Gesetzen belastet, doch wir haben keine Gesetze. Diese Cromer-artigen Funktionäre regierten nach Belieben, doch das Volk der Magna Carta beobachtete sie. Sie kritisierten. Sie rügten. Sie milderten das ungelebte Übel – die endlosen Massaker –, die hätten kommen können, aber irgendwie verhindert wurden. Selbst der unheiligste aller englischen Vizekönige hatte ein Gewissen, das er Heimat nannte.

Unser „Gesetz“ ist der Koran (oder so sagen wir). Er bedeutet, was wir ihm geben wollen. Er bedeutet unsere Freiheit durch ihre Unterwerfung. Er bedeutet Dichotomie – genau wie Sayyid Qutb einst lehrte.

Wir sind die Gesetzgeber. Kein saudischer Gelehrter oder emiratischer Geistlicher wird uns aufhalten. Wir werden nach unseren eigenen Maßstäben brutal sein.

Wir werden im Namen der Geschichte von der Zivilisation in die Barbarei abgleiten. Wir werden den nigerianischen Christen auslöschen, den amerikanischen Journalisten enthaupten und die verräterische Monarchie beseitigen.

Und warum? Weil uns weder Nation noch Gesetz einengen. Weil wir das Leben mit dem Wind der Geschichte im Rücken spüren. Der Ruhm der Pax Arabica muss und wird in einem Feuerwerk gedankenloser, gewalttätiger, totalitärer Gleichförmigkeit zurückkehren. Die Ungläubigen werden auf unser Geheiß Babel wieder aufbauen.

Wir werden die Welt erobern und vernichten, alle, die sich weigern, sich anzupassen. Wir werden ein Lord Cromer sein, der völlig vergessen hat, dass er aus England stammt. Wir werden ein Cecil Rhodes sein, der seinen Wunsch erfüllt bekam und die Sterne annektierte.

Keine Demokratie wird uns einschränken. Keine Monarchie wird uns unterdrücken. Keine Nation wird unseren Willen zügeln.

Wir werden den unternehmungslustigen Juden und den die Sklaverei abschaffenden Briten besiegen. Selbst unsere glorreiche arabische Vergangenheit wird notfalls in Flammen aufgehen ... nur damit wir uns lebendig fühlen; nur damit wir die Geschichte erobern; nur damit wir wieder jung sein können.

Die Briten und ihr Nationalstaat hielten die Mauer aufrecht. Was im Ausland geschah, blieb im Ausland. Im Inland gab es nur Demokratie, Repräsentation und die Anständigkeit des Rechtsstaats. Doch wir haben keine Nationen. Keine Ehre! Wir wurden von Juden gedemütigt und vom Haus der Ungläubigen beherrscht. Deshalb werden wir kämpfen, bis unsere Geschichte der Bühne der Geschichte würdig ist ... und wir werden nicht ruhen, bis die alten Männer von Riyadh sich unserem Willen beugen. Die Geschichte gehört uns, und die Pax Arabica ist unser Weg.

Niemand wird sich uns in den Weg stellen – am wenigsten die „Wächter“ von Mekka. Die Al-Saud haben uns vertrieben und unsere jugendlichen Energien für die Radikalisierung im Ausland missbraucht. Die pakistanische Madrassah wurde zur Indoktrinationsstätte umfunktioniert.

Die Moschee in Bradford wurde für den Heiligen Krieg ausgebildet. Wie naiv diese bärigen Narren aus Riyadh doch waren! Zu glauben, sie könnten ihren verstaubten Konservatismus im eigenen Land aufrechterhalten, indem sie den Mob ins Ausland schickten. Wie schnell sie ihren Irrtum erkennen!

Wir kehren heim. Wir sind heimgekehrt. Hisbollah, Hamas, IS. Bombardierte saudische Ölraffinerien.

Der Terror von Babel ist zurück – der Traum von Qutb ist zurück – und er kommt, um MBS zu holen.

Vom Wir zum Ich, vom Jungen zum Mann.

Das waren die Tiraden der Geschichte, die Stimme ihrer Diener – das berauschende „Wir“. Es war das Wir, das die Briten zur Expansion, die Franzosen zur Revolution, die Araber zum Nasserismus und die gedemütigten Muslime zur völligen Zerstörung ihrer eigenen Zivilisation trieb.

Die Geschichte trieb Jungen in den Wahnsinn, damit sie niemals Männer werden mussten. Sie verehrten weder Wahrheit noch Moral – nur das Große Spiel, den Nervenkitzel des Handelns in einer Welt begrenzter Gesetze. Sie suchten Freiheit im Wir, ohne jemals nach dem Warum zu fragen. Sie handelten wie Zahnräder in einer Maschine, berauscht von der Vernunftlosigkeit.

Manche nannten die Geschichte „Gott“, aber sie war nicht Gott. Gott übt seine eigene Rache; er spricht seine eigene Gerechtigkeit. Die Geschichte war die Gedankenlosigkeit, die Jungen dazu brachte, um des Handelns Willen zu handeln und um ihrer Eitelkeit Willen mächtig zu sein.

Sie begriffen nie, dass Gerechtigkeit nicht im Wir, sondern im Ich liegt.

Im Ich, das verantwortungsbewusst, gütig und moralisch handelt.

Im Ich, das an Recht und Gemeinschaft gebunden ist.

Im Ich, das Langeweile für eine zivilisierte Zukunft in Kauf nimmt.

Die Geschichte, Hegelsche Geschichte mit großem H, entledigte Jungen ihrer Verantwortung. Der „Marxismus“ war unvermeidlich; die „Revolution“ unaufhaltsam; der Qutbismus der unerbittliche Marsch des Fortschritts. Nichts konnte ihn aufhalten. Wir brauchten nicht zu hinterfragen oder nachzudenken. Es war der Wille einer höheren Macht, jenseits unseres Verständnisses.

Das Gegenmittel zur Geschichte war stets die Nation, die durch ihre Vergangenheit (kleines h Geschichte) in Form von Präzedenzfällen und Konventionen gebunden ist. Sie wurde nie vom Wir geformt, sondern von einer Ansammlung denkender Ichs – jedes ein verantwortungsbewusster Akteur, der das nächste Kapitel schreibt.

Die Folgen wurden nie dem Wir aufgebürdet. Es gab kein Wir. Es war mein Ich und dein Ich und sein Ich und ihr Ich, die uns gemeinsam ausmachten. Wir waren nicht der gemeinsame Wille, sondern eine Ansammlung individueller Willen, die im besten Interesse von Moral und Gerechtigkeit, wie sie in unserer Gemeinschaft konkret gelebt wurden, entschieden.

Unsere Gemeinschaften gründeten sich jeweils auf eine gemeinsame Geschichte, eine Legende unserer Ursprünge, so unvollkommen sie auch in der historischen Wahrheit verankert sein möchte. Wir alle waren von der Magna Carta, der Unabhängigkeitserklärung oder dem Gesetz des Mose inspiriert. Doch diese Legenden waren nur der Anfang. Die Zukunft lag in unseren Händen, individuell, mit Handlungsfähigkeit und Verantwortung gegenüber unseren Brüdern und Schwestern.

Keiner von uns würde vor Langeweile ans Kap fliehen oder sich in der indischen Bürokratie verstecken, um der Verantwortung zu entgehen. Jeder von uns würde sich dem Urteil stellen – individuell. Jeder von uns würde sich dem Gesetz verpflichten – individuell. Und so übertrugen wir die Zukunft der Nation nicht einer unerklärlichen historischen Macht, sondern unserem eigenen Gewissen. Wir gewannen Macht durch Verantwortung, Sinn durch Zugehörigkeit – und zwar nicht durch die Zugehörigkeit zu einer mysteriösen Gesamtheit, sondern dadurch, dass wir unsere eigenen Autoren waren, unsere Feder selbst führten.

Die Diener der Geschichte sahen den „geheimen Schlüssel“ zur Zukunft in Ideologien – Panarabismus, Islamismus, Qutbismus, Marxismus, der Zerstörung der westlichen Bildung. Doch sie wurden getäuscht. Sie täuschten sich selbst. Blindlings beugten sie sich falschen Göttern und wurden von der Realität bestraft. Die Geschichte, das kollektive Wir, demütigte sie durch eine fade, aber zerstörerische, handlungsunfähige Einheit. Sie, die „Revolutionäre“, sie, die „Marxisten“, aber vor allem sie, die Araber.

Der Sprachturm Babel, die Uniformität aller in einer Sprache, einer Religion und einer Ideologie, zerstörte das arabisierte Volk. Seine Individuen. Er raubte dem Bürger Sinn und opferte ihn dem Kollektiv. Er ließ sie hoffnungslos und wütend zurück, als die Geschichte sie in einem unverzeihlichen Verrat im Stich ließ. Er nahm ihnen die Verantwortung, gerade als sie sie am dringendsten brauchten. Ohne Macht, Handlungsfähigkeit oder Verantwortung waren sie in den Fängen der Pax Arabica gefangen und suchten nach immer gewalttägigeren Ideologien, um das historische Kollektiv – das Wir – aufrechtzuerhalten. Durch diesen Prozess entzivilisierten sie ihre einst mächtigen Gesellschaften und vernichteten die einheimische Bevölkerung.

Das Große Spiel hat ausgedient. Das Imperium braucht seinen Epilog.

Wir müssen uns dem Ich zuwenden. Staaten müssen zu Nationalstaaten werden. Und testosterongeladene Jungen müssen zu Männern werden.

Nur dann wird die Wahrheit aus der Asche der Lüge erstehen.

Nur dann wird die Sprache aus der Hölle der Verdrehung emporsteigen.

Nur dann wird die Vielfalt in der Wüste von Babel erblühen.

Nur dann wird das Paradies in Frieden ruhen.

Die Würde wird in den Orient zurückkehren, und mit göttlichem Segen gesegnet, wird das Leben auf jedem Hügel und in jedem Herzen geheiligt sein.

Endlich werden sie frei sein – die Einheimischen der Levante, die Kurden, die Drusen, die Maroniten, die Kopten, die Schwarzafrikaner und die Araber selbst.

Alle werden Sinn in Nationen verantwortungsbewusster Ichs finden. Das Paradigma wird sich zum Frieden verschieben.

Das ist unsere Vision, das ist unser Traum: Nur, dass der Terror von Babel ein Ende findet, damit die Wüste in neuem Leben erblüht und die Quellen vor Freude sprudeln.

Die „Pax Arabica“ muss fallen – und die Zeit der Dekolonialisierung ist *jetzt* !